

10 Dringlichkeitsanträge

Bgm.ⁱⁿ **Kahr:**

Wir setzen dann mit der Tagesordnung später fort und kommen jetzt zu den dringlichen Anträgen, und ich darf bitten, den ersten dringlichen Antrag, Herr Gemeinderat Metin Deveci, einzubringen.

10.1 Auftraggeberhaftung für Paketdienstleister (GR Metin Deveci, KPÖ)

GR Deveci:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, geschätzte Mitglieder der Stadtregierung und des Gemeinderates, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer. Bis zu 17 Stunden Tagesarbeitszeit bei einem Stundenlohn von sechs Euro: Die Enthüllungen rund um die Arbeitsbedingungen im DPD-Verteilerzentrum in Kalsdorf schockieren – leider sind sie kein Zufall, sondern die logische Folge politischer Entscheidungen, allen voran der Post-Liberalisierung 2011. Diese hat vor allem Lohnabbau und massive Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen zugunsten der Profite Privater mit sich gebracht. Es ist dringend nötig, die Augen vor den offensichtlichen Missständen in der Paketdienstbranche nicht länger zu verschließen. Konzerne müssen vernünftig kontrolliert werden und es muss sichergestellt werden, dass die Rechte der Arbeiterinnen und Arbeiter eingehalten werden. Mit einer Auftraggeberhaftung, wie es sie zum Beispiel auch für die Bauwirtschaft bereits gibt, wäre genau das möglich. Die Auftraggeberhaftung ist eine rechtliche Regelung, bei der der Auftraggeber bei der Vergabe von Aufträgen an Subunternehmen haftbar gemacht wird. Insbesondere betrifft dies die Entlohnung und die Abgaben aus Arbeitsverhältnissen der Beschäftigten, die im Rahmen des Auftrags arbeiten. Diese Regelung soll sicherstellen, dass die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gewahrt werden und arbeitsrechtliche Verstöße vermieden werden. Im Falle von Verstößen gegen

arbeitsrechtlichen Vorschriften, wie beispielsweise Lohnunterbindung, unzureichende Arbeitszeiten, fehlende Sozialleistungen oder mangelnde Arbeitssicherheit bei den Subunternehmen, würde die Haftung auf den Auftraggeber übertragen werden. Das bedeutet, dass der Auftraggeber für die Zahlung angemessener Löhne, die Einhaltung von arbeitsrechtlichen Vorschriften und die Abführung von Abgaben verantwortlich ist. Die Einführung einer Auftraggeberhaftung kann dazu beitragen, Arbeitsausbeutung, Lohn- und Sozialdumping sowie andere Missstände in Arbeitsverhältnissen zu bekämpfen. Sie schafft Anreiz für Auftraggeber, bei der Auswahl von Subunternehmen sorgfältig auf die Einhaltung von Arbeitsrechten und Vorschriften zu achten. Dies kann dazu beitragen, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer fair entlohnt werden und angemessene Arbeitsbedingungen erhalten, auch wenn sie für Subunternehmen arbeiten.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung:

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz ersucht den Bundesgesetzgeber auf dem Petitionswege, eine Auftraggeberhaftung im Sinne des Motiventextes in der Paketdienstleisterbranche gesetzlich zu verankern. Ich bitte um Zustimmung. Danke (Appl.).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Bis zu 17 Stunden Tagesarbeitszeit bei einem Stundenlohn von sechs Euro: Die Enthüllungen rund um die Arbeitsbedingungen im DPD-Verteilerzentrum in Kalsdorf schockieren – leider sind sie kein Zufall, sondern die logische Folge politischer Entscheidungen, allen voran der Post-Liberalisierung 2011. Diese hat vor allem Lohnabbau und massive Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen zugunsten der Profite Privater mit sich gebracht.

Es ist dringend nötig, die Augen vor den offensichtlichen Missständen in der Paketdienstbranche nicht länger zu verschließen. Konzerne müssen vernünftig kontrolliert werden und es muss sichergestellt werden, dass die Rechte der Arbeiterinnen und Arbeiter eingehalten werden.

Mit einer Auftraggeberhaftung, wie es sie zum Beispiel auch für die Bauwirtschaft bereits gibt, wäre genau das möglich: Sie besagt, dass der Generalunternehmer beziehungsweise der Auftraggeber bei der Erbringung von Bauleistungen für das Entgelt und für die Abgaben aus Arbeitsverhältnissen von Subunternehmen haftet. Trifft die Finanzpolizei auf einer Baustelle nicht korrekt angemeldete Maurer oder Handwerker, geht die Strafe an den Generalunternehmer. Das gilt für alle etwaigen arbeitsrechtlichen Missstände im Zusammenhang mit diesem Auftrag. Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung:

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz ersucht den Bundesgesetzgeber auf dem Petitionswege, eine Auftraggeberhaftung im Sinne des Motiventextes in der Paketdienstleisterbranche gesetzlich zu verankern.

GRⁱⁿ Dr.ⁱⁿ **Unger:**

Sehr geehrter Antragsteller, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Damen und Herren. Das Anliegen, das gerade vorgetragen wurde, ist verständlich und das ist dringend, ich glaube, das wissen wir alle. Seit vielen Jahren ist diese Branche eine, in der auch durch unser aller Konsumverhalten, denke ich einmal, immer mehr Druck entsteht. Das heißt, wir teilen dieses Anliegen, dementsprechend auch die Menschen zu schützen, die darunter leiden, indem sie Dienstleistungen unter schlechten Bedingungen erbringen. Das ist, glaube ich, einmal die Voraussetzung, die uns alle eint. Ich möchte trotzdem darauf hinweisen, dass eine gewisse Unschärfe, vielleicht auch im

Motivenbericht, das Anliegen nicht schwächen sollte und möchte deswegen darauf hinweisen, dass ein paar Dinge einfach ein bisschen vermischt worden sind. Das eine ist, es gibt Regelungen, die gelten im Bereich der Sozialabgaben, das andere gilt als Entgeltregelung für Menschen, die aus dem Ausland nach Österreich entsandt werden, also durch ein ausländisches Unternehmen beschäftigt werden. Es gibt also einfach sozusagen nicht eine unmittelbare Vergleichbarkeit mit dem Beispiel aus der Baubranche. Das möchte ich nur zum Verständnis dazusagen. Grundsätzlich gibt es eine gesetzliche Regelung, auch auf Bundesebene, und da gibt es noch einige Versuche, das auch immer wieder nachzuschärfen, vor allem durch Kontrollen. Ich darf nur das Lohn- und Sozialdumpingbekämpfung-Bundesgesetz erwähnen und auch das Arbeitskräfteüberlassungsgesetz, die beide erstens einmal natürlich zur Anwendung kommen können und zweitens auch entsprechend immer beobachtet werden. Ein Problem ist ganz sicher, dass es sehr viele EPU's gibt, da gibt es auch Umgehungsstrukturen, die selbstverständlich abzulehnen sind. Das passiert immer wieder, unter anderem auch deswegen, weil Menschen vielleicht nicht gut genug über ihre Rechte und die Pflichten von Arbeitgebern und -geberinnen aufgeklärt sind. Deswegen würde ich hier gerne auch anregen, mit den Gewerkschaften, auch mit der Arbeiterkammer in Gespräche zu treten, um einfach hier auch den Informationsfluss zu intensivieren. Das ist, glaube ich, auch eine gute Zusatzleistung für Menschen, die aus anderen Ländern hierher kommen und vielleicht auch über sprachliche Barrieren hier stolpern können. Also diese Sachen könnte man sicher vielleicht noch etwas verbessern. Ich möchte ganz zum Schluss noch sagen, dass hier, wie schon öfter, eine Petition besteht, die wir halt sozusagen mit einer Aufgabe auch an Land oder an Bund schicken. Man muss bei diesen Dingen auch immer die Kompetenzen aus dem eigenen Bereich sozusagen ein bisschen betrachten, also die Wirkkraft und Zuständigkeit beobachten. Und am ganz am Schluss möchte ich sozusagen auch auf das persönliche Handlungsfeld, gerade wenn es um diese Paketzulieferer geht, appellieren, die regionale Wirtschaft zu stärken, indem man hier regional einkauft. Das ist sichere in erster Schritt, den wir alle tun können. Danke (*Appl.*).

KO GR **Ehmann:**

Geschätzte Frau Bürgermeisterin, Kolleginnen und Kollegen im Stadtsenat, im Gemeinderat, Zuhörer:innen auf der Galerie und im Livestream, lieber Antragsteller. Ich bin dir sehr dankbar für den Antrag. Wir haben ja heute schon im Rahmen der Tagesordnung Gelegenheit gehabt, auf so ein Problem, wird oft diskutiert darüber, hinzuweisen. Zu Recht, und deswegen bin ich froh, dass du diesen Antrag gestellt hast. Und Unschärfen hin oder her, Kollegin Unger, ich darf dich erinnern, dass es bereits seit 2018, nämlich am 8. November hat es eine Resolution gegeben seitens der Arbeiterkammer, von der FSG und FCG gemeinsam eine Petition, die genau dieses Thema behandelt hat an den Bund, weil damals schon klar war, da hat es eine Studie von der Marktforschung der Arbeiterkammer gegeben, die hat niemand Geringeres gemacht, ihr werdet sie kennen, die Susi Bauer nämlich, die hier Gemeinderätin war, die hat diese Studie gemacht seinerzeit, und wo sie sehr stark genau auf diese Bereiche, auf diese Drucksituationen, auf diese prekären Arbeitsverhältnisse, auf Scheinselbstständigkeiten und so weiter hingewiesen hat. Also das heißt, die Grundlage, die Evidenzbasierung gibt es. Jetzt ist es wirklich Zeit zu handeln. Und dieser Bericht, der in den Zeitungen war, im Standard ist etwas gestanden und so weiter, also das ist eh erdrückend genug und schlimm genug, was hier vorgefallen ist und welche Umstände hier offensichtlich herrschen, zumindest jetzt, wenn man die Zeitungsberichte sich anschaut. Aber ich glaube, dass wir hier wirklich ein paar Punkte haben, die wir hier konkret ansprechen müssen. Ich glaube, es würde wirklich Abhilfe schaffen, wenn man endlich einmal auch für diese Kleindienstwägen einen Tachographen beziehungsweise die Tachoscheibe, die quasi die Zeit aufzeichnet, so wie es bei LKW-Fahren, bei Transportunternehmen grundsätzlich ist, auch hier einführt. Das wäre ja auch möglich, also technisch kann das ja kein Problem sein. Also die Tachographenpflicht, die ... *(hat sich mehrmals versprochen)*, dass ich es herausbringe, die Scheinselbstständigkeit, ihr seht, wie mir das zuwider ist *(Gelächter im Saal)*, ich bin nur Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gewohnt, also Angestellte, die ordentlich bezahlt werden und so weiter, also das heißt, Scheinselbstständigkeit zu verhindern. Und ich glaube, ein entscheidender Teil, den du quasi hier in deinem

Antrag, in deiner Resolution hast, dass man wirklich darauf eingeht und quasi diese Kontrollen verstärkt über die Sozialversicherungsträger, über das Finanzamt letztendlich, weil es ist ja verpflichtend mittlerweile ab dem ersten Tag quasi zu versichern und anzumelden, und dies wird dann natürlich stärker kontrolliert, weil jemand, der sich daran hält, braucht auch keine Angst vor Kontrollen haben, sage ich einmal. Und alle anderen werden dann eh zu Recht „aufblattet“, weil das Problem ist schon, selbst wenn ihre Fahrer teilweise, wenn wir den Zeitungsberichten Glauben schenken, dass die dann noch Strafe zahlen müssen, wenn das Auto schmutzig ist oder andere Dinge hier vorkommen oder sie Pakete nicht zeitig zustellen und so weiter, also das ist wirklich ungeheuerlich, was hier zu vernehmen ist. Aber ich hoffe, dass dieser Antrag eine breite Zustimmung erhält, hier ein bisschen wieder aufrüttelt und dieses Problem noch einmal klar aufzeigt und aufs Tapet bringt und endlich diese Resolution, die, wie gesagt, seitens der Sozialpartner sozusagen seit 2018 schon bestehend ist, seit November, dass man das endlich angeht und dass man sich hier einen Ruck gibt, weil eine Generalunternehmerhaftung würde hier grundsätzlich nicht schaden, auch wenn man legislativ anschauen muss, wie man so etwas ausführen kann. Aber grundsätzlich halte ich das nicht für schlecht, weil dann überlegt sich jeder, mit wem er zusammenarbeitet und mit wem nicht, weil der Baubranche hat das sehr wohl geholfen, muss man sagen. Danke (*Appl.*).

GRⁱⁿ Wutte:

Lieber Metin, liebe Kolleginnen und Kollegen. Auch von mir ein herzliches Danke, dass du dieses wichtige, sehr, sehr wichtige Thema heute einbringst. Ich kann mich noch gut erinnern, das war in den Osterferien, als es im Standard veröffentlicht wurde der Artikel, und ich habe mir eigentlich vorgenommen gehabt, ich nehme mir einmal ein bisschen Auszeit sozusagen von den Nachrichten und vom Smartphone und habe den Artikel gelesen, war so richtig aufgewühlt, weil es einfach so fürchterlich war, was hier beschrieben wurde. Also das ist jetzt nicht alles genannt worden, also unter welchen Bedingungen hier eigentlich Menschen in unserer unmittelbaren Nähe, vor unseren

Augen arbeiten müssen. Und jetzt ist es ja so, ich komme ja beruflich aus dem Sozialbereich, kenne über die Caritas viele Menschen in prekären und schwierigen Lebenssituationen, aber das, was ich hier gelesen habe, war wirklich noch einmal fürchterlich, vom Lohn her und von den Arbeitszeiten her. Strukturell ist einiges genannt worden neben dem, was du auch schon vorgeschlagen hast, Metin, auch von der Claudia und vom Michi Ehmman. Das Thema Scheinselbstständigkeit ist in vielen Branchen ein großes Problem, und in dem Fall ist ja offensichtlich, dass keine Selbstständigkeit vorliegt, wenn die völlig unter Druck gesetzt werden sozusagen und als Selbstständige Strafen zahlen müssen und so weiter. Das Einzige, was ich vielleicht auch noch wichtig finde, es ist schon angesprochen worden, natürlich, also wir können es hier zum Thema machen durch die Petition, wir wissen, Petitionen haben keinen ganz so großen Effekt, deswegen einfach nicht die Augen davor verschließen, es gibt wirklich in unserer Stadt Menschen, die inmitten unter uns leben, die wirklich unter fürchterlichsten Bedingungen arbeiten und leben, wo wir gar nicht glauben, dass das eigentlich möglich ist sozusagen in Österreich. Es ist aber leider möglich, was dieser Fall wieder gezeigt hat. Und zum Beispiel, Wirtschaftsstadtrat Dr. Riegler, oder wer auch immer, womöglich im Kontakt mit diesen Subunternehmen kommt, dass man hier einfach nachfragt und hinhört, auch wenn wir jetzt als Graz sozusagen nicht gesetzlich etwas machen können, aber ich glaube, in diesen Fällen hilft es auch ganz oft, eben nicht die Augen davor zu verschließen, sondern hinzuhören und hinzuschauen und diese Themen anzusprechen. Danke (*Appl.*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR Deveci:

Ich möchte mich bedanken für die positiven Rückmeldungen. Natürlich, das stimmt schon, also da sind mehrere Probleme, die wir berücksichtigen müssen, aber das wäre einmal ein großer Anfang, dass wir einmal schauen, wir die Paketdienstleistungsbranche nicht aus den Augen verlieren, sondern dass wir immer

hinter ihnen stehen, hinter allen Arbeiterinnen und Arbeitern. Ich danke Ihnen allen und bitte um breite Zustimmung (*Appl.*).

Der Dringlichkeitsantrag wurde einstimmig angenommen.

10.2 Tim-Free-Flow Konzept für Graz (GR Martin Brandstätter, ÖVP)

GR Brandstätter:

Werter Stadtsenat, liebe Zuseherinnen und Zuseher. Zu später Stunde darf ich vielleicht jetzt zu einem versöhnlicheren Thema kommen. Ich freue mich sehr, heute einen Antrag zum Thema tim Carsharing einbringen zu dürfen. Ich glaube, dass tim in Graz seit vielen Jahren beweist, dass man gerade im Bereich Carsharing sehr innovative Konzepte sehr gut umsetzen kann. Und das zeigt sich auch darin, dass es mittlerweile 4.000 Nutzerinnen und Nutzer in Graz gibt und auch daran, dass wir mit tim bereits 221 Tonnen CO₂ einsparen konnten. Trotzdem glaube ich, dass jetzt der richtige Zeitpunkt für tim ist, um den nächsten Schritt zu machen. Und als Grazer Volkspartei sind wir davon überzeugt, dass wir alle Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer mitnehmen müssen auf dem Weg zu mehr Klimaschutz. Und deswegen halte ich es für extrem wichtig, dass wir tim dahingehend eigentlich revolutionieren, dass es flexibler wird und dass es vor allem nutzerfreundlicher wird, das hat verschiedene Hintergründe. Zurzeit, für alle, die nicht tim nutzen, ist es so, dass man das Auto immer zu dem Standort zurückstellen muss, an dem man es abholt, und das verhindert eigentlich ganz viele Wege, die mit tim passieren könnten, gerade in Bezug darauf, dass ich, wenn ich zu einem Ort will und dann dort meine Zeit verbringen möchte, genau diese Zeit eben auch bezahlen muss, obwohl das Auto eigentlich steht. Gerade aber diese Stehzeiten sind etwas, was wir in einer Stadt, wo ja möglichst viel Platz für die Menschen da sein soll, verhindern wollen. Deswegen ist

grundsätzlich Mobilität, die immer stattfinden wird und die auch stattfindet, dann gute Mobilität, wenn sie im fließenden Verkehr stattfindet und wenn sie, und das ist bei tim eben tatsächlich auch sehr toll, mit E-Autos stattfindet, zu einem ganz großen Teil. Darüber hinaus kann die Flexibilität und die Nutzerfreundlichkeit auch in anderen Punkten verbessert werden. Zum Beispiel kann man zurzeit nur stündlich abrechnen, das führt oft zu Stress, das führt auch dazu, dass man mehr bezahlen muss, als man tatsächlich nutzt; kürzere Abrechnungseinheiten, wir haben 15 Minuten vorgeschlagen, oder vielleicht auch noch kürzere, können da auf jeden Fall helfen, das effektiver zu gestalten. In meinem Antrag bitte ich auch darum, weitere Dinge zu prüfen, die tim betreffen. Da geht es um einen Jugendtarif, der insbesondere, und einen Seniorentarif und auch einen gleichen Tarif für Menschen mit Behinderung, der deswegen, glaube ich, wichtig ist, weil wir bei tim eine Preiserhöhung von 25 % haben, oder bis zu 25 %, was schon sehr deutlich über der Inflation liegt. Und mir ist schon klar, und ich habe ja den Herrn Finanzstadtrat neben mir, dass das lange nicht erhöht worden ist, dass auch tim sich wahrscheinlich zum jetzigen Zeitpunkt nicht rechnet. Ich glaube aber auch, dass man gerade eben durch Verbesserung in der Nutzerfreundlichkeit und in der Auslastung hier wesentliche Verbesserungen, die auch wieder zu mehr Nutzern und zu mehr Einnahmen führen, auf jeden Fall zur Verfügung stellen können. Auch darum bitten möchte ich in dem Antrag weitere tim-Standorte zu prüfen. Ich glaube, je besser dieses Netz ausgebaut ist, desto besser wird es möglich sein, hier Leute abzuholen. Ganz viele jetzige tim-Standorte sind an Knotenpunkten, das heißt, es ist tatsächlich auch oft ein Faktor zu sagen, ich nehme das tim-Auto bis zu dem Ort, wo ich dann tatsächlich öffentliche Verkehrsmittel nutzen kann. Ich glaube auch, dass eine Ausweitung auf Graz-Umgebung in vielen Bereichen sehr sinnvoll sein kann, auch darum bitte, das zu prüfen; da muss man wahrscheinlich auch viel verhandeln und mit anderen natürlich reden. So oder so zeigen andere Städte bereits vor, dass solche flexiblen Modelle bereits möglich sind, dass wir keine Angst davor haben müssen, dass sich dann alle Autos an einem Ort bündeln und das nicht lösbar ist, da gibt es auch innovative Startups, die hier bereits Dienste anbieten, die genau solche Dinge vermeiden können. Und im Sinne der Inklusion darf ich auch diesem

Antrag hinzufügen, dass es ja durchaus zu prüfen wäre und anzudenken wäre, ob nicht manche dieser Autos so gestaltet sein können, dass sie auch von Menschen, die zum Beispiel im Rollstuhl sind, genutzt werden können und somit eine weitere zusätzliche positive Alternative bieten. Ich freue mich über weitere Punkte, ich freue mich auch über ganz sicherlich berechnigte Kritik, die es hier dann vielleicht gibt oder zusätzliche Dinge, die ich noch nicht berücksichtigt habe, würde mich aber sehr freuen, wenn wir als Gemeinderat heute zu einer Verbesserung des tim-Carsharing in Graz beitragen können. Vielen lieben Dank (*Appl.*).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Graz liebt tim! Mit diesem Slogan wirbt die Holding Graz für das tim-Carsharing-Angebot. Dies ist abseits der Werbung auch in der Realität der Fall, wie ein Blick auf die Zahlen zeigt. Derzeit gibt es 4.000 tim-Kunden, die 70 Carsharing-Autos (davon 33 E-Autos) nutzen können. Seit 2016 wurde 95.000 Mal ein tim-Auto gebucht und es wurden über 2,5 Millionen Kilometer (davon 1,7 Millionen rein elektrisch) mit den Autos zurückgelegt. Auch die Bilanz in Sachen Nachhaltigkeit lässt sich sehen, denn es wurden seit 2016 bis zu 221 Tonnen CO₂ eingespart¹. Dies entspricht der CO₂ Äquivalenz von ca. 150 Berufspendlern jährlich.² Auf den ersten Blick ist diese Zahl natürlich sehr erfreulich, wirkt aber im Vergleich zu mehr als 90.000 täglichen Einpendlern nach Graz³ sehr gering und zeigt, dass beim Ausbau des tim-Konzeptes und der daraus resultierenden CO₂-Einsparung noch großes Potential vorhanden ist.

Ein wichtiger Faktor für den Ausbau und die Erhöhung der Nutzerzahl ist die preisliche Attraktivität. Derzeit sind monatlich 7 Euro pro Nutzer zu zahlen. Jahreskarten- und

¹ <https://www.holding-graz.at/de/mobilitaet/tim/die-geschichte-von-tim/>

² <https://www.quarks.de/umwelt/klimawandel/co2-in-zahlen-was-ist-viel-was-ist-wenig/>

³ https://www.landesentwicklung.steiermark.at/cms/dokumente/12908106_141979459/c847b729/Tabelle%20Graz%20%28Stadtbezirke%29%20-%20Einpendler%202020.pdf

Klimaticket-Besitzer sind erfreulicherweise von dieser Gebühr befreit und können sich somit ganz unverbindlich als Mitglied registrieren. Die Nutzung kostet derzeit 5 Euro für die ersten zwei Stunden, 7,50 Euro für die nächsten zwei und ab der 5. Stunde fallen 10 Euro pro Stunde an.⁴ Leider wurden die Preise letzten Sommer teilweise über dem Inflationsniveau um bis zu 25 % erhöht, während die Jahresinflation bei 8,6 % lag.⁵ Gerade junge Menschen setzen besonders auf klimafreundliche Mobilitätsformen⁶ und sind daher besonders von den Preiserhöhungen betroffen. Andererseits ist auch die Flexibilität ein wichtiger Faktor, um die Nutzerzahlen zu steigern. Derzeit können die tim-Autos nur an der Station zurückgegeben werden, an welcher sie auch ausgeliehen wurden. In Kombination mit dem stündlich steigenden Tarif, der auch bei Zwischenstopps und Pausen anfällt, wird so eine Hürde für die Verbraucherfreundlichkeit aufgebaut. Ein sogenanntes Free-Flow Konzept, bei dem das Auto an verschiedenen Standorten geholt und retourniert werden kann, würde den Nutzern die notwendige Flexibilität bieten und zugleich einer längeren nutzlosen Blockierung einzelner Car-Sharing-Autos durch Zwischenstopp-Parken vermeiden. In unserer Bundeshauptstadt Wien ist so eine Nutzung bei manchen Anbietern schon möglich,⁷ aber auch kleinere Städte in Deutschland, wie Osnabrück mit unter 200.000 Einwohnern, zeigen vor, dass die Stadtgröße kein Argument gegen ein flexibles und nutzerfreundliches Carsharing-Modell sein kann.⁸

Ein weiterer Punkt, der an die Flexibilität anknüpft, ist die komplizierte Abrechnung in stündlichen Einheiten. Derzeit empfiehlt es sich bei der Nutzung von tim, jeweils eine

⁴ <https://www.tim-oesterreich.at/graz/wp-content/uploads/sites/2/2022/06/tim-tarifinfo-juli-2022.pdf>; verglichen mit tim_tarfininfo_2021.pdf (tim-oesterreich.at)

⁵ <https://www.statistik.at/statistiken/volkswirtschaft-und-oeffentliche-finanzen/preise-undpreisindizes/verbraucherpreisindex-vpi/hvpi>

⁶ <https://vcoe.at/presse/presseaussendungen/detail/vcoe-jugendliche-sind-klimavertraeglicher-mobilerwachsene>

⁷ <https://www.wien.gv.at/verkehr/kfz/carsharing/>

⁸ <https://www.osnabrueck.de/verkehrsmittel/flowk-carsharing>

Stunde länger als notwendig zu buchen, da im Zuge einer verfrühten Rückgabe die Stunde wieder storniert werden kann. Sollte es allerdings etwas länger dauern, ist durch die Zusatzstunde ein Zeitpuffer gegeben und ein etwaiger Nachmieter kommt trotzdem termingerecht zu seinem Auto. Diese Empfehlung ist grundsätzlich sinnvoll, um eine verlässliche Anmietung für nachfolgende Nutzer zu gewährleisten, allerdings kann es durch die stundengenaue Abrechnung dazu kommen, dass eine Ausnutzung einer Minute der „Pufferstunde“ und Rückstellung 59 Minuten vor dem geplanten Ende, schon zur Abrechnung der ganzen Stunde führt. Dies führt häufig zu Stress, welcher sich unbewusst auf das Fahrverhalten auswirkt und generell eine der häufigsten Unfallursachen darstellt.⁹ Mit der Flexibilisierung auf 15-minütige Abrechnungseinheiten könnte dieser emotionale Stress vermieden und ein Beitrag zur Verkehrssicherheit geleistet werden.

Zusammenfassend für die oben genannten Punkte stelle ich daher im Namen des Gemeinderatsclubs der Grazer Volkspartei den folgenden

dringlichen Antrag:

Der Grazer Gemeinderat wolle beschließen, dass die zuständigen Stadtsenatsreferenten an die Holding Graz mit dem Ersuchen herantreten, die folgenden Punkte zu thematisieren:

- *Erarbeitung eines Free-Flow-Konzeptes für das Grazer tim-Carsharing: Dieses Konzept soll in Anlehnung an bereits in anderen Städten erfolgreich umgesetzte Modelle erstellt und mit begleiteten Studien eine nachhaltige Finanzierung durch eine höhere Nutzerauslastung bei gleichzeitiger Erhöhung des Nutzerkomforts und der Flexibilität geprüft werden. Zudem soll ein eigener Jugendtarif für alle unter 26, wie beim Jugend KlimaTicket, auf dessen Umsetzung*

⁹ <https://www.24auto.de/news/umfrage-schuld-risiko-gefahr-verkehrsteilnehmer-selbstkritik-stress-tempohandy-auto-unfall-zr-92041672.html>

hin geprüft werden, der über die Ermäßigung der monatlichen Mitgliedsgebühr hinausgeht. In diesem Zusammenhang wäre auch die Prüfung eines Seniorentarifes notwendig sowie eine ebenso verbilligte Option für Menschen mit Behinderungen, um auch in diesem Bereich eine Unterstützung und Alternative zum eigenen Auto zu bieten.

- *Ausarbeitung eines Abrechnungsmodells im 15-Minuten-Takt:
Damit wird die Nutzerfreundlichkeit und die Verkehrssicherheit erhöht.*
- *Durchführung einer Nutzerbefragung (sofern es derartige Erhebungen nicht ohnehin gibt).*
- *Prüfung von möglichst viele weiteren tim-Standorten in Graz und auch in Graz-Umgebung sowie inwieweit flexiblere Parkmöglichkeiten im allgemein verfügbaren Parkraum möglich sind.*
- *Prüfung der Zurverfügungstellung von Autos für alle Nutzerinnen und Nutzer, die ebenso die Möglichkeit bieten, Menschen mit Behinderung das Fahren mit tim-Autos zu gewährleisten, für die ein Fahren mit herkömmlichen Autos nicht möglich ist.*
- *Über den Ausgang der Gespräche zwischen den zuständigen STS-Referenten und der Holding Graz möge im zuständigen Ausschuss berichtet werden.*

Vorsitzwechsel – StR Eber übernimmt den Vorsitz (20.00 Uhr).

GR Lenartitsch:

Hoher Stadtsenat, werte Mitglieder des Gemeinderates, werter Antragsteller, liebe Zuseher:innen, sofern Sie uns noch folgen können und wollen. Bei tim ist es so, würde ich sagen, es ist ein Nebenprodukt der Graz Linien. Warum ist es ein Nebenprodukt und kein Hauptprodukt? Weil es darauf abzielt, die Leute zuerst mit dem öffentlichen Verkehrsmittel zu transportieren und ihnen die Möglichkeit zu geben, von einem öffentlich erschlossenen Punkt ein Carsharing-Auto oder ein Fahrrad dort zu nehmen

und sich dann dort weiterzubewegen. Das ist einmal das Wesentliche. Mir ist aufgefallen, nachdem das seit 2013, glaube ich, haben wir dieses tim, haben sich die Preise nicht geändert. Das heißt, wir sind bis voriges Jahr noch mit demselben Preis von Anbeginn gefahren und dass sich hier einmal eine Erhöhung um 25 % zu Buche schlägt, ist natürlich auch einmal gerechtfertigt, wenn man sagt, man hat es sonst in den Jahren davor nicht angehoben. Mittlerweile gibt es ja auch schon 5.000 Kunden. Warum gibt es 5.000 Kunden? Weil es auch eine gute Innovation war, sämtlichen Jahreskartenbesitzern eine freie Mitgliedschaft anzubieten. Man muss ja nicht, aber viele sagen natürlich, ok, dann nehme ich das auch an, ob ich nutze, schaue ich dann einmal. Wenn man über die Auslastung spricht, finde ich, ist sie sehr hoch, man muss sich nur den Zeitraum anschauen. Wenn man es sich über 24 Stunden anschaut, ist sie bis zu 35 %, wenn man es allerdings in der Hauptzeit, zwischen 7.00 Uhr und 20.00 Uhr anschaut, sind diese Fahrzeuge zu 70 % ausgelastet. Wenn man sich mit den Leuten von tim unterhält, erfährt man auch, dass sie versucht haben, in der Nacht bereits andere Firmen, irgendwelche Dinge an Land zu ziehen, dass diese Autos auch mitten in der Nacht genutzt werden. Ist aber leider nicht für diese lukrativ. Lukrativ ist es wahrscheinlich auch nicht für andere Startups oder Anbieter, weil sonst würden die schon den Grazer Markt überschwemmen. Dieses Free-Flow-Konzept, was man auch von den E-Scootern so quasi kennt, ist auch wieder rückläufig, weil diese Fahrzeuge irgendwo abgestellt sind. Ich stelle mir das jetzt spannend vor, Herr Brandstätter, ich starte am Jakominigürtel mein Fahrzeug von tim, möchte nach Gösting fahren, stelle es dort ab, weil ich vielleicht jetzt dann halt auf die Ruine gehen möchte, in der Zwischenzeit möchte ich es nicht bezahlen, sage, ein anderer kann es nutzen, der weiß aber nicht, dass es dort drüben steht, weil der braucht es vielleicht ganz woanders, und holt es dann so quasi, aber wahrscheinlich brauche ich es dann wieder von Gösting, um nach Hause zu fahren. Das stelle ich mir etwas schwierig vor und ist auch in der Durchführung administrativ ein bisschen chaotisch. Sie haben auch angefragt, ob es Befragungen dazu gibt. Es gibt unzählige von tim, die sie unter ihren Kunden so quasi schon durchgeführt haben. Unter anderem kommt man auf eine Autoersatzquote von 1:17, sprich ein tim-Auto ersetzt 17 Autobesitzer. Und diese

Autobesitzer haben durchwegs entweder gesagt, ok, ich verzichte auf mein Zweitauto oder haben sich erst gar keine angeschafft. Und wenn man jetzt unsere ganze Flotte, die wir dort haben, von 70 Carsharing-Autos, und davon sind 35 Elektrofahrzeuge, anschaut, ist es schon eine recht beachtliche lange Kolonne, die irgendwo parkend untergebracht werden muss. Und, nur ganz kurz noch, ich weiß, das Licht blinkt schon, auch bei der Abrechnung stelle ich mir das etwas kompliziert vor, denn wenn ich der nächste Kunde bin, der das Fahrzeug nutzen möchte, will ich schon ein Gewissheit haben, dass, wenn ich den ab 14.00 Uhr buche, dass der um 14.00 Uhr für mich zur Verfügung steht. Und vor allem möchte ja tim die Flotte sukzessive rein elektrisch betreiben, und diese Elektrofahrzeuge gehören auch dort abgestellt, wo sie dann geladen werden können, damit es der Nächste so quasi nutzen kann. Aus diesen genannten Gründen tut es mir leid, können wir so quasi dem Antrag leider nicht zustimmen. Danke (*Appl.*).

GR Mag. Dr. **Kozina-Voit:**

Lieber Kollege Brandstätter, freut mich, dass du dieses Thema hier aufgreifst. Du hast es gleich zu Beginn erwähnt, das ist wirklich ein Erfolgsprojekt. Ich glaube, da kann man auch einmal der Holding Graz gratulieren, da haben sie echt etwas sehr Tolles auf die Beine gestellt. Es führt nämlich wirklich dazu, dass wir weniger Autos in der Stadt haben und dass wir da dann auch weniger Parkraum brauchen; also diese 19 Autos, die der Kollege Lenartitsch zitiert hat, für die braucht man ja dann keine Parkplätze mehr. Also das ist toll, ich nutze das selbst gelegentlich und brauche dementsprechend auch kein Auto in der Stadt. Also das ist wirklich ein sehr gutes Modell. Du hast im Antrag dann drinnen, dass man hier auch diverse Dinge prüfen soll, wir haben einmal nachgefragt bei der Verkehrsplanung und bei der Holding, wie die diese Dinge sehen. Natürlich ganz zentral, dieses Free-Floating-Konzept, sie sehen das als Konkurrenz zum ÖV, also, dass das eben eigentlich, wie der Manuel gesagt hat, ein Teil des ÖVs sein soll, und wenn das dann so frei fließt, dann geht das in eine Konkurrenzsituation verstärkt und dadurch ist der Umwelteffekt geringer. Es wird auch deutlich teurer das

Ganze, weil irgendwer die Autos auch zurückstellen muss, das kennt man aus anderen Städten, es konzentriert sich auf einigen Punkten dann und irgendwer muss dann die Autos oder Scooter, oder was auch immer, dann zurückführen. Und es hat eine Vorstudie auch dazu gegeben, bevor dieses System eingeführt wurde, dass sich eigentlich so ein Free-Floating-System erst ab 1 Million Einwohner auszahlt, und da sind wir auch im Großraum noch ein Stück weit davon entfernt. Plus, was auch noch dazukommt, eben das Thema mit den Ladestationen, wenn man Elektroautos hat, dann braucht man natürlich auch die Ladestationen. Deswegen war der Grundsatzbeschluss 2017 für standortgebundene. Nachdem sich die Voraussetzungen jetzt nicht grundsätzlich geändert haben, ist es natürlich auch sinnvoll, das weiterhin so zu belassen, aber wie du auch gesagt hast, es geht darum, die nächsten Schritte zu setzen. Es wird jetzt auch ausgebaut, die tim-Flotte soll von 74 auf 96 Fahrzeuge erweitert werden, bis 2026 auch vollständig elektrifiziert werden. Es macht natürlich Sinn, bei den Tarifen auch zu prüfen, ob man hier irgendwelche Vorteile für junge Menschen schaffen kann, ob man die 15 Minuten oder einen kürzeren Abrechnungszeitraum machen kann. Also das kann man auf jeden Fall prüfen. Das Thema Behinderungen hast du auch angesprochen, also Menschen mit körperlichen Einschränkungen; dort ist es so, dass die Bedürfnisse sehr individuell sind, und die Leute natürlich auch das Fahrzeug vor der Tür brauchen, das heißt, mit einem standortgebundenen System lässt sich das relativ schlecht kombinieren. Das waren die Punkte insgesamt, deswegen werden wir dem Antrag nicht zustimmen, aber wir werden natürlich weiter den Ausbau und die Verbesserungen forcieren. Wir haben jetzt 25 tim-Standorte in der Stadt, 13 im gesamten Zentralraum, also Graz-Umgebung und Voitsberg, also auch schon außerhalb der Stadt, es gibt ja auch den Regionalvorstand für diesen Zentralraum, da sitzt auch die ÖVP drinnen. Also ich glaube, da können alle gemeinsam daran arbeiten. Und wenn es was Neues gibt von Seiten der Holding, dann wird das ja eh immer im Ausschuss berichtet, weil ja diese Berichte aus dem Kontrollausschuss dann zu uns kommen. Danke trotzdem auf jeden Fall für den Antrag, und schauen wir, dass das ein Erfolgsprojekt bleibt (*Appl.*).

GRⁱⁿ **Herlicska:**

Guten Abend, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Stadtregierung und Zuhörerinnen und Zuhörer. Ich möchte mich jetzt ganz kurzhalten, weil der Kollege Kozina hat eigentlich genau das ausgeführt, was ich auch ausführen wollte. Wir werden der Dringlichkeit dieses Antrages nicht zustimmen, da es einen Grundsatzbeschluss gibt zur standortbasierten Ausführung des tim-Modells und auch deswegen, weil wir auch der Meinung sind, dass es eigentlich ein zusätzliches Angebot sein soll zu einem leistungsfähigen öffentlichen Verkehr und einer sehr gut ausgebauten Radinfrastruktur, weil nur dann erfüllt es nämlich den Zweck. Und der Zweck ist es, einfach private Automobile zu ersetzen. Die vorhin genannte Zahl 1:17 vom Kollegen Lenartitsch, das kann sich sehen lassen, besonders wenn man sich auch überlegt, was das an Parkplätzen bedeutet und auch an der notwendigen Schaffung von Ladeinfrastrukturen. Wenn die Flotte weiter elektrifiziert werden soll, hilft ein Free-Floating-System jetzt nicht unbedingt weiter, um es sinnvoll nutzbar zu machen. Und es ist auch so, dass ein Free-Floating-System dazu führt, dass die Autos eben nicht mehr überlegt eingesetzt werden, weil für das ist es gedacht, jedes Mal zu überlegen, muss ich jetzt dort wirklich mit dem Auto hinfahren oder ist es nicht doch öffentlich auch möglich, und somit wieder mehr Kurzstrecken mit Autos zurückgelegt werden, die eben vermieden werden sollen, und das würde hier zu einer Kannibalisierung des öffentlichen Verkehrssystems führen, und das ist genau das, was wir uns nicht wünschen. Ich bin auch momentan ganz oft in Gesprächen bei mir im Bezirk in Andritz, wo auch ein tim-Standort endlich gewünscht wird, und ich hoffe, dass wir das auch bald einmal hinbekommen werden. Weil auch dort, denke ich mir, ist ein großer Bedarf da, dass diese zusätzliche Form der Mobilität genutzt werden kann. Gerade in einem Randbezirk ist einfach der Hang zum Zweitauto sehr groß, ich spreche hier aus persönlicher Erfahrung, nämlich gar nicht als positives Beispiel, weil ich habe auch noch immer meinen Kleinwagen für gewisse Wege und ich denke, es ist eine sehr gute Ergänzung, wenn wir das dann auch dort schaffen. Daher, für eine Erweiterung der tim-Standorte, aber nicht für eine Änderung des Systems. Dankeschön (*Appl.*).

GR Brandstätter:

Werte Damen und Herren, ich nehme zur Kenntnis, dass selbst die Bemühungen dazu einmal wirklich, es wurde vollkommen neutral versucht, eine Prüfung möglichst sinnvoller Dinge, vor allem für die Nutzerinnen und Nutzer, vorzuschlagen und Ihnen als Koalition die Möglichkeit zu geben, auch Ihren Willen darzutun, Weiterentwicklungen auch in anderen Bereichen, außer dem Radfahren, da machen wir eh viel, Gott sei Dank, auch dank unseres heute schon viel zitierten Ex-Bürgermeisters, aber unabhängig davon, bin ich sehr verwundert, dass man diese Prüfung nicht zulassen möchte. Ich kann auch viele Argumente nicht im Detail nachvollziehen. Ich kann nicht nachvollziehen, warum man tatsächlich der Meinung ist, dass nicht noch mehr Autos, private Autos, in einer Vielzahl weniger werden würden, gerade Zweitautos, wenn man eben dieses Konzept verbessert, insbesondere flexibilisiert, dass dann alle sich denken: Na cool, heute fahre ich eine Strecke und bezahle dafür 7 Euro statt dem Öffi-Ticket, das ich wahrscheinlich entweder schon habe oder das ich mir dann vielleicht leisten möchte beziehungsweise bezahle das zweimal, weil ich die Strecke ja wahrscheinlich zweimal fahren würde. Also ich glaube ganz grundsätzlich, dass Menschen ein Auto nutzen, insbesondere wenn es einen bestimmten Preis hat, wenn sie das auch wirklich benötigen und dass, wenn die Bedingungen im öffentlichen Verkehr so sind, dass man tatsächlich leicht und supertoll und auch günstig umstiegen kann, das die Menschen auch sicher tun würden, und beides parallel zu entwickeln, ist, glaube ich, ein sehr sinnvoller Anspruch. Dass es betriebswirtschaftlich sich nicht auszahlt in Graz, das glaube ich sofort, sonst hätten wir schon Startups, liegt auch daran, dass es vollkommen unmöglich ist, mit tim in Konkurrenz zu treten. Ich glaube aber auch, dass, wenn wir hier jetzt nicht die nächsten Schritte machen, das vielleicht dann trotzdem irgendwann passieren wird, weil Carsharing wird für den Individualverkehr, der auch in Zukunft, ich weiß, Sie glauben das nicht, aber der wird auch in Zukunft stattfinden, wird eine Alternative sein, die großartig sich einfügen wird in andere Verkehrskonzepte, insbesondere für Pendlerinnen und Pendler, die dann vielleicht Fahrgemeinschaften etc. machen mit Autos, die ich vielleicht tatsächlich im gesamten öffentlichen Raum abstellen kann,

sodass ich irgendwann einmal in 300 Metern Umgebung ein Auto vorfinde, mit dem ich meine Wegstrecke zurücklegen kann. In Wien gibt es tatsächlich ein Startup, das das finanzieren kann, sogar mit Teslas, das heißt, Nutzer dürfte es auch genügend geben, die haben auch gerade Millionenrunden an Finanzierungen dafür bekommen. All das ist ein Trend, der sich fortsetzen würde, der sich in allen Mobilitätsformen fortsetzt, nämlich, dass sie flexibel sein müssen, dass sie angenehm sein müssen und nutzerfreundlich sein müssen. Und jetzt kann man natürlich sagen, wir wollen das als Stadt Graz nicht, wir wollen das nicht einmal prüfen, obwohl wir mit 1:17 bei den eingesparten Autos liegen, obwohl wir sehen, dass die Auslastung zu den Hauptzeiten sehr groß ist und obwohl wir sehen, dass gerade eben ein Auto, das nicht in Carsharing benutzt wird, über 90 %, ich glaube, es sind sogar 98 % der Zeit einfach nur steht und wir hier Auslastungen von über 24 Stunden von 35 % sehen. Danke für die Zahlen. Das heißt, ein Teil unserer Zukunftsstrategie wird sein müssen, Carsharing-Systeme so aufzubauen, dass sie wirklich von einem großen Teil der Bevölkerung gut, einfach, simpel und im besten Fall auch noch mit nachhaltiger Energie betrieben genutzt werden können. Das ist übrigens auch für viele, die sich vielleicht den Umstieg auf ein Elektroauto jetzt noch nicht leisten können, ihn aber so zum Beispiel vollziehen könnten, das ist für ganz viele Studenten, aber auch für viele andere eine Erleichterung, wenn man kein Auto mehr haben muss. Ein Auto zu haben, ist unfassbar teuer, um zu nutzen kann, wenn man es eben nur sehr selten tut, eine tolle Alternative sein, die dann leistbar ist. All das habe ich versucht, sehr sachlich, sehr fundiert vorzutragen. Naja, macht nichts. Diesmal sind wir anderer Meinung, ich werde es wieder versuchen. Vielen Dank (*Appl.*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP, KFG, FPÖ und Lohr) abgelehnt.

**10.3 Keine Parkgebührenerhöhung 2023
(GR Markus Huber, ÖVP)**

GR Huber:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, lieber Herr Stadtrat Krotzer, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseherinnen und Zuseher. Es ist schon spät. Mein dringlicher Antrag behandelt ein Thema, das für die Bevölkerung wirklich zu einem zentralen Aspekt in der Grazer Stadtpolitik geworden ist und wirklich viele beschäftigt, denn viele fühlen sich beim Thema Parkplatz aufgrund der Parkplatzstreichungen in den letzten Wochen und Monaten nicht ausreichend informiert beziehungsweise auch die ausreichende Information lässt hier zu wünschen übrig. Und ich glaube, dieser Fehler darf sich nicht wiederholen jetzt bei den Parktarifen. Und der zweite Punkt, warum ich diesen dringlichen Antrag einbringe, ist der, dass in den Medien publik geworden ist, dass die Frau Bürgermeisterin zusammen mit dem Herrn Finanzstadtrat einen Brief an die Steirische Landesregierung geschickt hat mit der Bitte, eine Erhöhung der Obergrenze für die Grüne Zone anzudenken. Diese Erhöhung ist ja diese Woche im Landtag beschlossen worden und da finden wir es ein bisschen schade, dass dieser Brief nicht zuvor im Stadtsenat beziehungsweise im Gemeinderat besprochen wurde beziehungsweise auch diskutiert wurde. Und der dritte Punkt, warum wir diesen dringlichen Antrag verfasst haben, ist der, dass es einfach aus unserer Sicht momentan die falsche Zeit ist, Parktarife oder generell Tariferhöhungen in der Stadt durchzuführen. Die Bevölkerung ist durch eine hohe Inflation und durch hohe Preissteigerungen finanziell ohnehin sehr stark belastet und alleine, wenn man da an die Unternehmen der Innenstadt denkt, die durch Dauerbaustellen und Parkplatzstreichungen ohnehin zu kämpfen haben, würde eine Erhöhung der Parktarife ja eher dazu führen, dass man die Konsumenten aus der Innenstadt vertreibt und eher in die Einkaufszentren am Stadtrand drängt. Aber natürlich ist aus unserer Sicht auch die verkehrspolitische Transformation wichtig und muss passieren, jedoch nicht auf Kosten derjenigen, die ohnehin schon mit hohen Lebenshaltungskosten konfrontiert sind und keine oder wenige Ausweichmöglichkeiten für den Umstieg haben. Denn

höhere Parktarife sorgen mit Sicherheit nicht für mehr soziale Gerechtigkeit, wie die Initiative MoVe iT fälschlicherweise behauptet, und die sogar einen Parktarif von 3 Euro fordert, sondern das wäre jetzt für die Innenstadt wirtschaftlich das falsche Signal. Und der zweite Themenaspekt, den wir ansprechen möchten, sind die Dauerparker in den Außenbezirken, da können wir die Parkzone momentan wirtschaftlich auch nicht sinnvoll bewirtschaften, weil einfach die Infrastruktur zu teuer ist. Und da schlagen wir Kurzparkzonen, ohne Gebühren oder ohne eine Gebührenpflicht, vor, aber mit einer Parkuhr und mit Ausnahmeregelungen für Anrainer und Unternehmer. Und daher stelle ich namens des Gemeinderatsclubs der Grazer Volkspartei folgenden

dringlichen Antrag:

- 1) Der Gemeinderat beauftragt die zuständigen Stellen zu prüfen, im heurigen Jahr die Parkgebühren nicht zu erhöhen.
- 2) Die zuständigen Stellen werden ersucht, die Einführung einer wie im Motivenbericht beschriebenen Kurzparkzone ohne Gebührenpflicht (mit Parkuhr) inklusive Ausnahmeregelungen für die Bewohnerinnen und Bewohner sowie Unternehmen zu prüfen. Dies sollte unter Einbindung der Bezirke erfolgen.

Ich bitte um Annahme (*Appl.*).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Der Verkehr, insbesondere das Parkraumthema, ist für viele Grazerinnen und Grazer, zu einem der zentralen Aspekte in der Grazer Stadtpolitik in den letzten Wochen und Monaten geworden. Viele Anrainerinnen und Anrainer fühlen sich im Stich gelassen, da ohne ausreichende Diskussion und auch ohne Alternativlösungen anzubieten,

Parkplätze gestrichen werden. Der Druck für die Menschen, die jeden Tag auf ihr Auto angewiesen sind, ist so merklich gestiegen. Neben den Bewohnerinnen und Bewohnern sowie Parkplatzsuchenden sind auch die Unternehmerinnen und Unternehmer die Leidtragenden einer Erhöhung. Insbesondere die Innenstadtwirtschaft wird ohnehin durch Dauerbaustellen und maßlose Parkplatzreduktionen geschädigt. Höhere Parktarife werden den wirtschaftlichen Druck auf die Unternehmerinnen und Unternehmer zusätzlich erhöhen und langfristig dazu führen, dass die Konsumenten immer mehr auf die Einkaufszentren am Stadtrand ausweichen – eine Situation, die die Innenstadt nachhaltig schädigen wird. Nun aber möchte die Grazer Koalition diesen Druck weiter erhöhen und die Parkgebühren in der Grünen und Blauen Zone hinaufsetzen. Dies wird in Zeiten angedacht, in denen die Bevölkerung ohnehin unter enormen finanziellen Belastungen leidet und eine hohe Inflation herrscht. Zurück bleibt der fahle Beigeschmack, dass ein sehr wackeliges Grazer Budget, auf Kosten der Autofahrerinnen und Autofahrer saniert werden soll. Die Kommunikation der Grazer Koalition zu diesem Thema ist erneut geprägt von Unklarheiten. Aus der Zeitung erfährt man, dass es einen Brief von Bürgermeisterin Kahr und Finanzstadtrat Eber an die steirische Landesregierung gegeben hat, in der um eine Erhöhung der Obergrenze für die Grüne Zone ersucht wird. Leider wurde dieser Schritt ohne die Einbindung des Stadtsenates oder des Gemeinderates gesetzt. Der Landtag ist dieser Bitte nachgekommen. Die tatsächliche Höhe der Tarife muss allerdings der Gemeinderat festlegen. Letztendlich fehlen aber auch die attraktiven Ausweichmöglichkeiten, um den Autofahrerinnen und Autofahrern, den Umstieg auf die öffentlichen Verkehrsmittel schmackhaft zu machen und zu erleichtern. Die Bevölkerung mit höheren Parktarifen praktisch dazu zwingen zu wollen, auf das Auto zu verzichten und die Öffis zu benutzen, ist nicht nur eine beispiellose Bevormundung der Bevölkerung durch die Koalition, sondern macht auch deutlich, dass Grüne und KPÖ Klientelpolitik auf Kosten vieler Steuerzahlerinnen und Steuerzahler machen. Die verkehrspolitische Transformation ist wichtig und muss passieren, jedoch nicht auf Kosten derjenigen, die ohnehin schon mit hohen Lebenserhaltungskosten konfrontiert sind und keine Ausweichmöglichkeiten haben. Denn höhere Parktarife sorgen mit Sicherheit nicht für mehr soziale

Gerechtigkeit, wie die Initiative „MoVe iT“ fälschlicherweise behauptet und sogar einen Parktarif von drei Euro fordert. Neben dem Aspekt der Erhöhung gibt es in Graz, insbesondere in den Außenbezirken, auch immer mehr die Herausforderung, dass Anrainerinnen und Anrainer keinen Parkplatz finden, da die dort frei zur Verfügung stehenden Parkflächen wochenlang von Dauerparkern besetzt sind. Dieser Umstand ist zurzeit nicht lösbar, da eine Einführung von Parkzonen oft an der Wirtschaftlichkeit scheitert. Eine einfache Lösung wäre die Einführung einer Kurzparkzone ohne Gebührenpflicht - wie sie in anderen steirischen Gemeinden oft praktiziert wird – verbunden mit einer ebensolchen Regelung für die Ausnahmegenehmigungen für die Bewohnerinnen und Bewohnern sowie Unternehmen. Ich stelle daher namens des Gemeinderatsclubs der Grazer Volkspartei folgenden

dringlichen Antrag:

- 1) Der Gemeinderat beauftragt die zuständigen Stellen zu prüfen, im heurigen Jahr die Parkgebühren nicht zu erhöhen.*
- 2) Die zuständigen Stellen werden ersucht, die Einführung einer wie im Motivenbericht beschriebenen Kurzparkzone ohne Gebührenpflicht (mit Parkuhr) inklusive Ausnahmeregelungen für die Bewohnerinnen und Bewohner sowie Unternehmen zu prüfen. Dies sollte unter Einbindung der Bezirke erfolgen.*

GR Günter **Wagner:**

Hoher Stadtsenat, werte Kolleginnen und Kollegen, lieber Antragsteller. Ja, ich habe direkt schmunzeln müssen, als dann die Liste der dringlichen Anträge eingeflattert ist, und nicht zu übersehen war dann doch diese Doppelmoral, die hier gespielt wird, die hier vor den Vorhang kommt. Denn, wie du richtig sagst, folgt dem Ganzen als Grundlage ein Beschluss im Landtag, wo eure Fraktion ja dem Ganzen zustimmt, und du bringst heute den Antrag ein, dass das dann doch nicht passieren soll. Ich glaube, die Leute sind nicht so blöd, dass sie das nicht sehen, das muss da einmal festgehalten

werden. Aber zuerst zur KPÖ und zu dem Vorgehen, dem zugrunde liegt eben ein Brief des Finanzstadtrats und der Bürgermeisterin an die Mitglieder der Landesregierung, um so einen Beschluss zu erwirken. Nicht um einen gewünschten Lenkeffekt hier irgendwo zu generieren, sondern um grundsätzlich die Kassen aufzubessern. Die KPÖ, als Gebührenstopp-Partei hat man sie gekannt, und so wie man selbst an der Kasse sitzt, zeigt man dann relativ schnell, dass man eigentlich das Gegenteil lebt. Diese Novelle, dieser Beschluss gibt ja die Möglichkeit, in der Grünen Zone von 80 Cent auf 1,60 Euro zu erhöhen. Das sind plus 100 %, eine schöne Verdoppelung. Das hört sich natürlich super an für den, der das kassiert, aber der, der das zahlen muss, der wird hier ganz, ganz hart darunter leiden. Sehr interessant ist dabei auch, dass im Ausschuss euer Kollege, der Herr Landtagsabgeordnete Murgg, im Ausschuss dagegen gestimmt hat und bei der Landtagssitzung dann zufällig bei dem Tagesordnungspunkt verhindert war und nicht im Saal gesessen hat. Das kann man auch deuten, wie man möchte, aber ich glaube, ganz so eurer Meinung ist er nicht. Ich kann dem Antrag natürlich, und dem Inhalt des Antrages, durchaus was abgewinnen. Aber wie gesagt, noch einmal erwähnen möchte ich schon, dass ich es schon sehr verwunderlich findet, dass du hier nicht mit deinen Kollegen im Landtag sprichst. Wahrscheinlich kennst du die nicht, aber es gibt ein paar Abgeordnete aus Graz. Ich glaube, ich brauche sie jetzt namentlich nicht nennen, du kennst sie hoffentlich besser. Ich glaube, du solltest das nächste Mal dann vorabstimmen, wenn du hörst, dass hier was auftauchen wird, vielleicht einmal absprechen und das dort schon verhindern. Denn eines ist ganz klar, die KPÖ, um das einmal zu verbildlichen, versucht da jetzt in die Handkasse der Bürger und der Autofahrer zu greifen und ihr habt ihnen eigentlich das Brecheisen dafür in die Hand geben, um das überhaupt aufzubrechen. Also Beihilfe kann man das, glaube ich, nennen, aber trotz alledem werden wir diesem Antrag zustimmen, weil wir natürlich keine Parkgebührenerhöhung haben möchten, nicht im heurigen Jahr, und nachdem ich mich es jetzt schon bisschen einschätzen traue, glaube ich auch nicht, dass ich im nächsten Jahr dem irgendwo etwas abgewinnen kann. Danke (*Appl.*).

KO GR Dreisiebner:

Kollege Markus Huber, werte Kolleg:innen, werte Mitglieder der Stadtregierung, sehr geehrte Damen und Herren im Livestream. Ich bin ein bisschen verwundert, nachdem Dani Gmeinbauer heute nicht da ist, die vielleicht einer Erklärung erliegen könnte, ihr habt jetzt einige Sitzungen lange immer ein Gesamtverkehrskonzept eingefordert. Und offenbar ist es euch dann doch nicht so wichtig bei euren eigenen Anträgen, in dem ja dann einfach wieder punktuell, in dem Fall bei den Parkgebühren und bei den Parkzonen, ansetzt. Aber das möge euch so natürlich gestattet sein. Zum Antrag selber muss ich ganz ehrlich sagen, unter Punkt 1 steht: Die zuständigen Stellen mögen prüfen, im heurigen Jahr die Parkgebühren nicht zu erhöhen. Ich lege Wert darauf, dass es auch in Jahren vor 2020, zuletzt 2018, davor 2013, Anpassungen gegeben hat, also alle paar Jahre gibt es Anpassungen. Das ist bei vielen Dingen so und auch bei Parkgebühren, glaube ich, sollte das erlaubt sein. Denn a, müssen wir die Bewirtschaftung, die Kontrolle, die Bodenmarkierungen, die Verkehrstafeln, das Personal und die ganze Technik dazu, die ja auch quasi einem gewissen Tarif und einer Tarifanpassung unterliegen, und die Inflation in irgendeiner Form natürlich darstellen. Also diese Anpassung wäre eine Idee, diese jetzt durchzuführen, weil es, so wie vorher auch, ziemlich oft im Vier-, Fünf-Jahresrhythmus gelaufen ist und von 2018 bis 2023 wäre es wiederum genau dieser Rhythmus. Das ist die eine Geschichte. Die andere Geschichte mit dieser Parkzone ohne Gebührenpflicht, mit Parkuhr inklusive Ausnahmeregelungen für Bewohnerinnen und Bewohner zu prüfen, das führt auch wiederum dahin, sowie Unternehmen zu prüfen, das führt auch wiederum dahin, dass wir im Grunde Kosten generieren. Wir müssen diese Parkzonen markieren, wir müssen sie verordnen, wir müssen Tafeln, und zwar nicht wenige Tafeln, es muss für jeden ersichtlich und jede ersichtlich sein, aufstellen, wir müssen das natürlich auch überwachen. Ja, wir brauchen keine Parkscheinautomaten, das ist richtig und wir müssen für die Ausnahmegenehmigungen auch sehr viel an Arbeit aufwenden, und das wiederum würde auch keine Gegenfinanzierung darlegen. Im Übrigen würde das nicht nur Anwohner:innen, sondern auch Wirtschaftstreibende in diesen Bereichen betreffen. Dann gibt es noch das Thema, dass es ja innen eine Kurzparkzone mit drei

Stunden gibt, die heute bekannte Blaue Zone, dann gibt es drumherum eine Zone, die Grüne, die Grüne Zone ist zeitlich unbeschränkt benutzbar gegen Gebühren. Kann man tageweise, Monate und so weiter und so fort, oder auch wenige Stunden nutzen. Und dann gibt es wiederum eine Kurzparkzone mit drei Stunden. Es ist nämlich rechtlich nicht möglich, StVO § 25, ohne diese Beschränkung eine solche Zone zu machen. Ich weiß nicht, ob das am Ende wirklich sehr kundinnenfreundlich und kundenfreundlich wäre, die Anwohner:innen und die Wirtschaftstreibenden habe ich schon erwähnt. Die wirtschaftliche Nachteiligkeit für die Stadt, die auch Auswirkungen auf Bewohnerinnen und Bewohner beziehungsweise Wirtschaftsbetriebe in dieser neuen gebührenfreien Parkuhrzone, alles das spricht dagegen; die Einbindung der Bezirksräte passiert alle Jahre und auch unter der Zeit, indem wir Anträge bekommen, und ansonsten auch alle Jahre geordnet, weil genau das dann auch geprüft wird auf die Auslastung. Also das ist schon vorhanden. Wenn Auslastungen wirklich sehr hoch sind, dann kommen auch Grüne Zonen und für diese neue Parkuhrzone sehen wir weder eine Dringlichkeit noch eine inhaltlich gute Erklärung. Wir werden dem leider nicht näher treten können, so gerne ich dich habe (*GR Huber lacht, Appl.*).

StR Eber:

Vielen Dank. Gibt es weitere Wortmeldungen? Wenn das nicht der Fall ist, würde ich vielleicht vorher noch ein, zwei Sätze dazu gerne noch sagen. Liebe Kollegen Gemeinderäte Wagner und Huber, Sie sind ja natürlich sehr aufmerksame Bürger in unserer Stadt und Sie wissen natürlich auch, dass diese Koalition sich jetzt eigentlich entschlossen hat dazu, die Parkgebühren anzupassen. Karl Dreisiebner hat schon einiges dazu gesagt. Nach 2013 und 2018 haben wir das auch für heuer vor. Und es wird Sie daher also nicht verwundern, wenn wir alle drei Parteien aus der Koalition gegen diesen Antrag stimmen werden. Ich möchte dazusagen, es gibt natürlich bei Parkgebühren, Parkgebührenerhöhungen, alles was damit zusammenhängt, immer zwei Aspekte zu beachten: der eine ist natürlich der finanzielle und der andere ist aber auch sozusagen die verkehrspolitische Lenkungsmaßnahme, die wir damit verfolgen.

Zum ersten Punkt möchte ich sagen, ich glaube, der Kollege Wagner hat es angesprochen, auch der Kollege Huber, ja, es hat einen Brief an die Landesregierung gegeben von der Frau Bürgermeisterin und mir, wo wir ersucht haben, die Steirische Kurzparkzonenverordnung, oder wie das genau heißen mag, dahingehend zu verändern, dass höhere Parktarife möglich sein sollen. Derzeit sind sie mit 80 Cent pro halbe Stunde limitiert, das ist richtig, und der Steirische Landtag hat, wie gesagt, jetzt beschlossen, das auf 1,60 Euro zu erhöhen. Möchte hier an dieser Stelle aber auch gleich dazusagen, das bedeutet selbstverständlich nicht, dass wir automatisch diese Möglichkeit zur Gänze ausnutzen wollen. Wir sind jetzt dabei, natürlich in fachlichen Runden, in politischen Runden zu diskutieren, wie das genau jetzt alles ausgestaltet sein soll. Es geht ja nicht nur um die, unter Anführungszeichen, „normalen“ Stunden- und Halbstundentarife, sondern es geht ja auch um die zahlreichen sonstigen Tarife und Ausnahmen, die es in diesem Bereich gibt, beispielsweise die Anwohnerkarte, es gibt für Unternehmen eigene Tarife und so weiter und so fort. Das alles werden wir uns in den nächsten Wochen noch sehr genau anschauen und werden dann natürlich, wenn wir zu einem Entschluss gekommen sein werden, das im Gemeinderat hier auch berichten und zur Beschlussfassung dann möglichst noch vor dem Sommer, sage ich gleich dazu, vorlegen. Damit kommen Sie zum Schlusswort, bitte.

GR Huber:

Vielen Dank. Naja, ich meine, es ist ein Tag voller Überraschungen, denn wenn die FPÖ von Moral spricht im politischen Diskurs, finde ich das eigentlich ganz witzig, obwohl ich dich persönlich sehr schätze. Aber ich glaube, deine Partei ist die letzte, die hier den Begriff Moral in den Mund nehmen muss, außerdem haben wir nur den Rahmen geschaffen auf Landesebene und haben nicht beschlossen, dass sie auf 1,60 Euro zu erhöhen ist in Graz. Zum Karl Dreisiebner, ja, das stimmt, wir fordern ein Gesamtkonzept für Graz, das ihr weiterhin schuldig bleibt eigentlich als Koalition. Aber das heißt nicht, dass die Parktarife automatisch bis zum Maximum ausgereizt werden müssen und dass die Bevölkerung weiter finanziell belastet wird, sondern dass wir uns

einmal Gedanken machen, wie wir schneller von a nach b kommen, ohne dass die Tarife dauernd erhöht werden müssen. Und das ist schon richtig, dass alle fünf Jahre oder alle vier Jahre einmal eine Tarifierhöhung vorgenommen wird, aber ich glaube, 2023 ist noch immer ein spezielles Jahr. Wir haben mehrere Krisen hinter uns, und ich glaube, da wäre es schon ein gutes Zeichen von der Stadt Graz und der Koalition, wenn man die Bevölkerung wenigstens dieses Jahr mit einer Tarifierhöhung in Ruhe lässt. Weil wenn man genau liest, sprechen wir nur vom Jahr 2023. Was 2024 ist, muss man dann beurteilen, wenn es so weit ist, beziehungsweise wenn man sieht, wie sich die Krise weiterentwickelt hat. Was ich noch mitnehme vom Karl Dreisiebner, ist, dass die Kosten für die Außenbezirke einfach zu hoch sind und dass die Grünen anscheinend nur die Grazer Innenstadt interessiert, aber die Grazer Außenbezirke, naja, die gibt es halt. Aber schauen wir einmal, vielleicht können wir die Grünen hier noch umstimmen. Und die KPÖ ist ja immer damit angetreten im Wahlkampf, einen Tarifstopp durchführen zu wollen, egal ob es die Kanalgebühren oder die Verkehrsgebühren oder den öffentlichen Verkehr betrifft. Naja, wenn man jetzt in der Regierung sitzt, ist es doch lässig, wenn man ein paar Einnahmen hat. Also nehme ich hier, trotz deiner netten Worte, lieber Herr Finanzstadter, mit, dass das Wort Tarifstopp bei euch nur im Wahlkampf vorkommt. Dankeschön (*Appl.*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP, KFG, FPÖ, Lohr) abgelehnt.

10.4 Erhöhung des Bio-Anteils auf Bauernmärkten (GR Mag. Dr. Christian Kozina-Voit, Grüne)

GR Mag. Dr. **Kozina-Voit:**

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen. Viele Menschen in Graz wollen ja gesunde, nachhaltig produzierte Lebensmittel aus der Region kaufen. Wir haben Bauernmärkte, die bieten ein breites Angebot an regional produzierten, an frischen Lebensmittel, die

bieten ein tolles Flair zum Einkaufen. Aber wenn man sich das näher anschaut, ich bin jetzt neulich einmal sehr bewusst über den Bauernmarkt am Lendplatz gegangen, ich habe mir die Marktstände angeschaut, ich habe mit den Marktstandlern auch gesprochen. Es ist halt nicht so klar, wenn man sich die einzelnen Produkte anschaut, sind die jetzt biologisch, sind die nicht biologisch, sind die gespritzt, sind da chemische Düngemittel drauf, sind die Eier zum Beispiel aus artgerechter Haltung oder nicht. Also es ist nicht so einfach. Es gibt zwei Bio-Bauernmärkte, im Herz-Jesu-Viertel und in Grottenhof. Aber ansonsten ist das Ganze sehr schwierig, es gibt einzelne Biostände, eben einen zum Beispiel auch am Lendplatz, aber unterm Strich ist das relativ schwierig zu wissen, was hier bio ist und was nicht. Dabei ist Bio eigentlich überhaupt kein Nischenprodukt mehr. Also wenn man in die Supermärkte schaut, die haben längst ein sehr breites Sortiment. Die nutzen das auch, dass die Leute darauf schauen, dass die Leute sich bewusst ernähren, dass ihnen das sehr wichtig ist. Und auf der anderen Seite wissen wir aber, dass die Situation bei den Bauernmärkten gerade sehr schwierig ist. Der Stadtrat Hohensinner war auch in der Zeitung damit, dass hier die Umsatzeinbußen zurzeit relativ hoch sind. Und insofern ist es natürlich auch spannend, sich da Konzepte zu überlegen, wie man das verbessern kann. Und wir sehen eben ganz klar, da gibt es eine Zielgruppe, da gibt es Menschen, denen eben dieses biologische Angebot sehr wichtig ist und dementsprechend geht es auch darum, für diese ein Angebot zu schaffen. Jetzt haben wir natürlich immer das Problem mit der Zertifizierung, das wissen wir auch, das ist aufwendig, das ist gerade für kleine Betriebe relativ schwierig und dementsprechend muss man hier Lösungen finden, die zwischendrin sind, weil zum Beispiel eben, auch gesehen oder öfters gesehen, manche Marktstandler weisen ja auch gewisse Produkte als unbehandelt, ungespritzt oder was auch immer aus. Ich glaube, wenn wir da Schritte setzen, dann können wir da auf mehreren Ebenen dazugewinnen. Einerseits, dass wir eben die Bäuerinnen und Bauern unterstützen, weil sie eben davon profitieren, wenn dann mehr Menschen da hinkommen, weil natürlich auch die Landwirtschaft, die Umwelt profitiert. Wir haben ja Vorteile für die Biodiversität, Vorteile für den Boden, Vorteile für das Wasser, Vorteile für das Klima, also biologische Landwirtschaft ist in diesen Belangen einfach

deutlich besser. Und natürlich eben letzten Endes die Menschen in Graz, die einfach wieder einen leichteren Zugang zu gesunden, nachhaltig produzierten Lebensmitteln haben.

In diesem Sinne möchte ich den

dringlichen Antrag

stellen:

Stadtrat Hohensinner wird ersucht, in Zusammenarbeit mit den zuständigen Fachämtern ein Konzept zu erarbeiten mit der Zielsetzung, den Anteil an Lebensmitteln auf Grazer Bauernmärkten, die die Bio-Kriterien erfüllen, deutlich zu erhöhen. Unter anderem soll das entsprechende Angebot für die Grazer:innen, die auf den Bauernmärkten einkaufen, besser ersichtlich gemacht bzw. beworben werden. Ein Umsetzungsplan dafür mit konkreten Zielen sowie ein Entwurf für eine entsprechende Änderung der Marktordnung sind dem Grazer Gemeinderat bis Oktober 2023 vorzulegen. Ich darf um Diskussion und Annahme bitten (*Appl.*).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Viele Menschen in Graz wollen gesunde, nachhaltig produzierte Lebensmittel aus der Region kaufen – ohne Gentechnik, ohne chemische Düngemittel und aus artgerechter Tierhaltung. Unsere Bauernmärkte bieten nicht nur ein breit gefächertes Angebot und ein wunderbares Flair zum Einkaufen, sondern auch Produkte, die garantiert in der Region erzeugt werden. Für die Kund:innen bleibt jedoch häufig unklar, wie die Produkte produziert wurden. Neben den beiden Bio-Bauernmärkten im Herz-Jesu-Viertel und in Grottenhof gibt es auf den anderen Märkten nur vereinzelt Bio-Stände, obwohl viele Marktbesucher:innen die Kriterien eigentlich erfüllen würden. Aber da dies nicht sichtbar gemacht wird, weiß man als Konsument:in nicht, wie viele Spritzmittel beispielsweise beim Anbau von Obst und Gemüse eingesetzt oder welche

Zutaten für Bauernbrot oder Mehlspeisen verwendet wurden. Bio-Eier werden am größten Bauernmarkt am Kaiser-Josef-Platz überhaupt nicht angeboten. Dabei sind Bio-Lebensmittel längst kein Nischenprodukt mehr. Immer mehr Konsument:innen achten bei ihrem Einkauf sehr genau auf Herkunftsangaben und Biosiegel. Supermärkte haben dieses Potenzial längst erkannt und bieten inzwischen Bio-Produkte in allen Kategorien an. Sie sprechen damit Kund:innen an, die großen Wert auf gesunde Lebensmittel legen – und werden dadurch zu einer immer größeren Konkurrenz für unsere Bauernmärkte. Die Situation für die Marktbesucher:innen ist derzeit ja auch aus anderen Gründen schwierig: Sie haben Umsatzeinbußen zu verzeichnen, was mit der wirtschaftlichen Gesamtsituation zu tun hat, in der die Konsument:innen verstärkt auf billige Produkte von Diskontern zurückgreifen. Daher muss es in unser aller Interesse sein, die Bauernmärkte dabei zu unterstützen, Kund:innen wieder zurückzuholen und neue Zielgruppen anzusprechen. Ein Weg dazu wäre ein attraktives Angebot an Produkten, die die Bio-Kriterien erfüllen – unabhängig von den zum Teil sehr aufwändigen Zertifizierungsverfahren. Wer seine frischen Lebensmittel ausschließlich in Bio-Qualität haben möchte, sollte nicht gezwungen sein, dafür in den Supermarkt zu gehen. Dafür brauchen die Bäuerinnen und Bauern, die ihre Bio-Produkte auf den Grazer Märkten anbieten, sichere Rahmenbedingungen und entsprechende Unterstützung. Letztlich würden die Grazer Bauernmärkte mit einem breiten, klar sichtbaren Angebot an Lebensmitteln, die die Bio-Kriterien erfüllen, mehr Menschen erreichen. Es würde den Bäuerinnen und Bauern helfen, eine naturverträgliche Landwirtschaft attraktiver machen und es den Menschen in Graz erleichtern – ganz im Sinne der künftigen Lebensmittelstrategie – regionale, nachhaltig produzierte Lebensmittel zu kaufen.

In diesem Sinne stelle ich namens des Grünen Gemeinderatsklubs – ALG folgenden

dringlichen Antrag:

Stadtrat Hohensinner wird ersucht, in Zusammenarbeit mit den zuständigen Fachämtern ein Konzept zu erarbeiten mit der Zielsetzung, den Anteil an Lebensmitteln auf Grazer Bauernmärkten, die die Bio-Kriterien erfüllen, deutlich zu erhöhen. Unter anderem soll das entsprechende Angebot für die Grazer:innen, die auf den Bauernmärkten einkaufen, besser ersichtlich gemacht bzw. beworben werden. Ein Umsetzungsplan dafür mit konkreten Zielen sowie ein Entwurf für eine entsprechende Änderung der Marktordnung sind dem Grazer Gemeinderat bis Oktober 2023 vorzulegen.

Vorsitzwechsel – Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner übernimmt den Vorsitz (20.40 Uhr).

StR Hohensinner:

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, sehr geehrte Herr Gemeinderat. Das Bio-Thema ist auf den Beschickermärkten, auf den Bauernmärkten ein wichtiges Thema. Es ist aber jetzt nicht dringlich. Ich versuche, das zu erläutern, warum es nicht dringlich ist. Der Ist-Stand ist folgender: Wir haben auf den Bauernmärkten für die Beschicker Produzent:innennachweise. Hier wird sichergestellt, dass die Produkte, die verkauft werden, auch tatsächlich von dem Bauern auch wirklich gezüchtet und erzeugt werden. Dabei wird nicht unterschieden, ob das jetzt bio ist oder konventioneller Herkunft beziehungsweise konventioneller Produktion. Wer bio-zertifiziert ist, kann das natürlich auch präsentieren am Bauernmarkt und das bringt natürlich auch eine Kundschaft. Der Anteil von unseren Bio-Bäuerinnen und Bauern auf den Märkten ist jetzt circa 15 %. Wir versuchen, das auch zu steigern. Und warum habe ich eingangs gesagt, dass es nicht dringlich ist? Weil wir ja auch eine Lebensmittelstrategie gemeinsam mit der Wirtschaftsabteilung derzeit erstellen. Das haben wir schon Anfang der Periode untereinander ausgemacht, der Günter und ich, wir haben dann auch die Rückendeckung durch einen dringlichen Antrag, ich glaube, eh von Ihnen eingebracht, bekommen. Von dem her sind wir am Thema dran und sehen jetzt keine Dringlichkeit.

Aber Sie haben auch etwas Wichtiges angesprochen, dass es einen gewissen Rückgang derzeit gibt und da will ich auch versuchen, mit einer digitalen Strategie entgegenzuwirken. Ich glaube, wenn wir die Märkte digitalisieren, können wir neue Gruppen, neue Kundenschaften auch wieder erschließen, und das versuchen wir jetzt in den nächsten Wochen und Monaten anzugehen. Und ich möchte mich bedanken bei Finanzstadtrat Eber, der hat uns dafür auch ein Geld bereitgestellt. Danke (*Appl.*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP und Lohr) angenommen.

GRⁱⁿ Potzinger:

Hohe Stadtregierung, werter Gemeinderat, geschätztes Publikum, lieber Antragsteller. Wir sehen uns wieder zum Thema Bauernmarkt, auch für mich ein Herzensthema. Wir haben einen Abänderungsantrag vorbereitet, bezugnehmend auf die Wortmeldung vom Herrn Stadtrat Hohensinner. Nachdem ja die zuständigen Stellen bereits im Februar mit der Erarbeitung einer Lebensmittelstrategie beauftragt wurden, stellen wir den

Abänderungsantrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Das im dringlichen Antrag geforderte Konzept wird in die sich in Ausarbeitung befindliche Lebensmittelstrategie eingearbeitet. Wir wollen einfach hereinholen, nur ein paar Anmerkungen, unser langjähriger Baunerbundobmann von St. Peter, der Andreas Friedmann, hat zum Beispiel nachhaltig produziert, auf Pflanzenschutzmittel chemischer Art verzichtet und Marienkäfer eingesetzt, er war nicht bio-zertifiziert, aber hat eben mit den Käfern gearbeitet, hatte auch das Emblem des Marienkäfers, auch andere Bauer haben das verwendet. Und er hat mir gesagt, es wird ständig streng kontrolliert, was auf den Grazer Märkten verkauft wird, da hat man kein einziges Mal Rückstände von Chemikalien gefunden. Die Spritzmittel sind ja auch sehr teuer, also

die Bauern setzen möglichst wenig ein und versuchen natürlich auch durch Fruchtwechsel am Feld am Feld möglichst schonend die Ressourcen zu nutzen. Wie gesagt, wir haben schon Grottenhof und Herz-Jesu, aber es gibt auch Bio-Läden, und da wollte ich nur kritisch anmerken, es ist schön, wenn man bio einkauft, aber ich kaufe nicht unbedingt Bio-Bohnschoten aus Marokko oder Bio-Kiwi aus irgendwo oder Bio-Mango aus Südamerika. Das heißt, mir ist sehr wichtig der ökologische Fußabdruck, dass möglichst naturnah und regionalnah produziert wird. Und das ist aber gar nicht so einfach mit der Bio-Zertifizierung, da gibt es verschiedene Arten der Zertifizierung. Also ich habe hier von einem Fachmann gehört, es gibt keinen einheitlichen Bio-Standard und unterschiedliche Zertifikate, die das belegen. Das Marktamt könnte gar nicht vorschreiben, wie viele Bio-Bauern jetzt am Markt sein müssen, weil es ja doch auch diese Freiheit gibt der Produzent:innen. Wesentlich, wie der Herr Stadtrat Hohensinner gesagt hat, es darf nur verkauft werden, was der Bauer oder der Gemüsegärtner selbst produziert. Interessant auch, es gibt immer mehr Möglichkeiten, ab Hof zu kaufen, das sind auch Bio-Bauern. Das sind oft kleine Betriebe, Familienbetriebe, das muss man ja alles sehen, es können ja nicht alle Bauern auf den Markt fahren, weil sie zuhause ihre Arbeit tun am Acker, am Feld, aber dann ab Hof anbieten. Und seit Corona gibt es auch immer mehr kontaktlose Einkaufsmöglichkeiten, sowas in der Art wie eine Gemüsebox oder ein kleiner Laden, wo man hineingeht, sich selbst bedient und ehrlicherweise das Geld dann in die Kassa gibt, und die Bauern sagen, das funktioniert sehr gut, nämlich auch mit der Ehrlichkeit. Also ich glaube, wir sind auf einem guten Weg. Ich habe eine Liste, was es alles an Bio-Produkten auf unseren Märkten gibt, das sind 96, ich erspare Ihnen die Auflistung. Bitte höflich, unseren Abänderer auch zu berücksichtigen. Und kaufen wir weiterhin ein bei unseren Bauernmärkten (*Appl.*).

Originaltext des Abänderungsantrages:

Da die zuständigen Stellen bereits im Februar mit der Erarbeitung einer Lebensmittelstrategie beauftragt wurden, stelle ich im Namen des Gemeinderatsclubs der ÖVP folgenden

Abänderungsantrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Das im dringlichen Antrag geforderte Konzept wird in die sich in Ausarbeitung befindliche Lebensmittelstrategie eingearbeitet.

GR Mag. Dr. **Kozina-Voit:**

Danke für die Rückmeldungen auch. Ich denke, dringlich ist es aus meiner Sicht vor allem deswegen, weil wir diese Umsatzeinbußen haben, und ich finde es gut, wenn wir da eine Digital-Strategie und andere Dinge machen. Aber ich glaube, wir sollten da alle Potenziale nutzen, die uns zur Verfügung stehen, und wenn wir da einige Menschen wieder dazugewinnen, die zum Bauernmarkt kommen, ich glaube, dann ist es sehr gut. Sie haben angesprochen 15 % jetzt bei den Bauernmärkten, wir haben 25 % landwirtschaftliche Flächen, die biologisch bewirtschaftet werden. Also da gibt es schon noch einen Unterschied, glaube ich, und dementsprechend auch Potenzial, dass man das sicher heben kann. Sie haben gesagt, das wollen Sie auch erhöhen. Und ich glaube, das ist eine gute Richtung. Und letzten Endes geht es ja genau darum, dass man Bio und Regional bekommt, weil eben im Supermarkt bekomme ich oft Bio von irgendwo und am Bauernmarkt, oder wo auch immer, bekommt man dann halt die Lebensmittel, die sind aus der Region, aber vielleicht eben nicht bio. Diese Kombination, glaube ich, da ist sehr viel drinnen und das würden die Leute sehr goutieren hier in der Stadt. Ganz wichtig noch zur Lebensmittelstrategie. Also bitte, das ist nicht nur ein Riegler-und-Hohensinner-Projekt, sondern da sind noch mehr

betroffen und miteingebunden, ich habe da letztens eh ein Gespräch mit dem Herrn Inninger geführt. Also da bitte schauen wir, dass alle gemeinsam daran arbeiten, weil Lebensmittel betrifft dann doch noch mehr Ressorts natürlich. Und die innovativen Konzepte, die die Frau Potzinger angesprochen hat, die kann man natürlich auch immer genau in dieser Strategie berücksichtigen. Also es macht Sinn, das Ganze natürlich in dieser Strategie zu berücksichtigen. Uns ist es wichtig, dass diese Aspekte, die Erhöhung des Bio-Anteils, der dezidiert auch mit drinnen ist, deswegen wollen wir diesen Antrag heute auch so einbringen. Wenn dieses Konzept am Ende dann Teil der kompletten Strategie ist, dann ist das gut, wenn dieser Umsetzungsplan dann Teil dieser Strategie ist, ist das gut. Aber jetzt dem Abänderungsantrag dann zuzustimmen, wäre dann wieder zu wenig, weil dann fällt ja alles andere wieder raus; also dementsprechend werden wir dem Abänderungsantrag nicht zustimmen, sondern eben bei dem bleiben, was wir ursprünglich hier auch hineingeschrieben haben. Dankeschön (*Appl.*).

Der Abänderungsantrag wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP und Neos) abgelehnt.

Der Dringlichkeitsantrag wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP und Lohr) angenommen.

**10.5 Petition an den Landtag Steiermark zu Fair Pay und Valorisierung der Kulturförderungen
(GRⁱⁿ DIⁱⁿ Zeynep Aygan-Romaner, Grüne)**

GRⁱⁿ DIⁱⁿ **Aygan-Romaner:**

Nach dem Christian zu reden, ist ein bisschen herausfordernd (*stellt die Höhe des Rednerpultes ein*).

Sehr geehrte Zuschauer:innen online, falls noch welche da sind, liebe Kolleg:innen, liebe Stadtregierung, lieber Günter, Herr Stadtrat. Es geht wieder um Kultur. Ich möchte heute eine Petition an das Land Steiermark einreichen, es geht um Fair Pay

und um die Indexierung der Kulturförderungen. Vielleicht zu Fair Pay, einige sind schon involviert gewesen in dieser Fair-Pay-Geschichte; für die, die sich noch nicht so damit beschäftigt haben, als Fair Pay wird der Ansatz bezeichnet, gerechte Entlohnungen im Kunst- und Kulturbetrieb herbeizuführen, weil Kulturschaffende sehr häufig von prekären Arbeitsverhältnissen betroffen sind, von Niedrigentlohnung, unfairen Verträgen, generell einer schlechten sozialen Absicherung. Und Fair Pay in Kunst und Kultur zu erreichen, ist nicht leicht, das ist eine sehr komplexe Aufgabe. Man muss hier verschiedene Beteiligte einfach miteinbeziehen, eine gewisse Transparenz gewährleisten, gut auf einander abgestimmte Fair-Pay-Konzepte im Zusammenwirken, das ist ganz wichtig, zwischen Bund, Land und Gemeinde erwirken und natürlich, last but not least, darauf läuft es im Endeffekt immer hinaus, die Sicherstellung der dafür notwendigen finanziellen Mittel einfach zu gewährleisten. Zu Fair Pay, es wurde ein gemeinsamer Prozess des Bundesministeriums für Kunst und Kultur mit den Bundesländern, dem Städte- und Gemeindebund und den Interessensgemeinschaften, also zum Beispiel IG Kultur, des Kultursektors, aufgesetzt, das war ca. vor einem Jahr, um die Bezahlung im österreichischen Kunst- und Kulturbereich gerechter zu gestalten. Vielleicht noch kurz, es wurde das sogenannte Fair-Pay-Gap ermittelt, das bedeutet, das ist ein Fehlbetrag, den es zwischen den bezahlten Honoraren beziehungsweise einfachen Entlohnungen gibt, eine Differenz zwischen dem, was notwendig wäre, was fair wäre und was in Wirklichkeit bezahlt wird. Und um diesen sogenannten Gap herauszufinden, hat es einen Prozess des Bundesministeriums gegeben, und im Zuge dessen wurde auch so ein Fair-Pay-Katalog entwickelt. Also das kann man ganz genau nachschauen, was die Empfehlungen für Entlohnungen für ein Honorar im Kunst- und Kulturbetrieb sind. Ist ein sehr interessantes Dokument, kann sich man auch online herunterladen beziehungsweise durchschauen, würde allen empfehlen, die sich für Kunst und Kultur interessieren und auch für Entlohnungen und prekäre Verhältnisse in diesem Sektor. Am 10. Juni 2022 wurde ein gemeinsames Papier unterzeichnet, die Strategie, die von der Kunst- und Kulturstaatssekretärin Andrea Mayer aufgesetzt wurde, wurde unterschrieben von den neun Bundesländern, von den Vertretern der neun Bundesländer und auch dem Städte- und Gemeindebund. Also das wurde schon

vor ungefähr einem Jahr unterschrieben dieses Bekenntnis dazu, dass man einen Fair-Pay-Prozess startet. Und der Bund hat nach dieser Ermittlung des Fair-Pay-Gaps auch ein Bundesmittel einführt, um das die Kunst- und Kulturschaffenden ansuchen können, um eben diesen Gap in ihren Projekten zu schließen. Das Problem dabei ist, dass der Fair-Pay-Zuschuss am Anteil der Gebietskörperschaften bei diesen Subventionen und Förderungen gemessen wird. Das heißt, zum Beispiel, wenn Subventionen aus Bundesmitteln zu 30 % gewährt werden, dass dann auch die Fair-Pay-Zuschüsse nur zu 30 % gewährt werden. Deswegen auch so wichtig ist, dass Bund, Land, Gemeinden und die Stadt zusammenarbeiten, um den gesamten Fair-Pay-Gap zu schließen. Im Moment schließt eigentlich nur der Bund diesen Fair-Pay-Gap zu dem Anteil, den der Bund eh im Wege einer Subvention gewährt. Was führt dazu? Das führt dann in der Kunst- und Kulturbranche dazu, dass um eine Förderung angesucht wird oder um einen Zuschuss zum Schließen des Fair-Pay-Gaps angesucht wird, wenn das dann nur zu dem Anteil gewährt wird, den der Bund zusagt, dann können die Projekt nicht in dem Ausmaß durchgeführt werden, wie es eigentlich gedacht wären. Das heißt, die Kunst- und Kulturschaffenden müssen teilweise in diesen unfairen Entlohnungen und in diesen prekären Situationen verharren. Wir haben gemeinsam mit dem Land ungefähr vor einem Jahr ebenfalls einen Prozess zur Erhebung des Fair-Pay-Gaps bei den Kunst- und Kulturschaffenden in der Steiermark begonnen. Das war, wenn ich mich nicht irre, auch im Juni circa. Die Erhebung ist noch nicht abgeschlossen, die ist gerade im Laufen. Ich überziehe, wie ich sehe. Ich war auch bei dieser Infoveranstaltung dabei, als die Erhebung mit Fragebögen an die Kunst- und Kulturschaffenden ausgegeben worden ist. Das ist jetzt gerade im Laufen, aber die Stadt Graz hat schon im Nachtragsbudget Voranschlag 2023 schon einen Budgetposten eingerichtet um 600.000 Euro, um die Mittel zur Schließung des Fair-Pay-Gaps zur Verfügung zu haben. Also wir haben schon darauf reagiert, dass wir Mittel eben zur Verfügung stellen, wenn herauskommt, wie viel jetzt dieser Fair-Pay-Gap sein wird, dass wir dann zumindest einmal eine Abschätzung haben und im Budgetposten schon bevoranschlagt haben. Und das finde ich ein eindeutiges Bekenntnis zur Kunst und Kultur in unserer Stadt Graz. Es ist natürlich auch ganz wichtig, dass die

Valorisierungen der Kulturförderungen unbedingt notwendig sind, um ein breites Kulturangebot zu sichern, und hier hat auch die Stadt Graz ebenso gehandelt, die Förderverträge für 2023 wurden mit 8,65 % valorisiert und die Gespräche zu der Valorisierung 2024 sind eingeplant. Ein vergleichbares Handeln auf Landesebene fehlt allerdings bisher, im Landesbudget vom Dezember 2022 fehlen die Budgetmittel im Land sowohl für Fair Pay als auch für die Valorisierung der Kulturförderungen und auch im Nachtragsbudget im Februar ist davon überhaupt nichts zu finden. Daher stelle ich namens des grünen Gemeinderatsklubs folgenden

dringlichen Antrag:

1. Der Gemeinderat der Stadt Graz ersucht den Steiermärkischen Landtag am Petitionsweg, budgetäre Vorsorge sowohl für den angestrebten Fair-Pay-Prozess als auch für eine Valorisierung der Kulturförderungen zu treffen.
2. Kulturstadtrat Riegler wird ersucht, mit dem für Kulturagenden zuständigen Landeshauptmann Christopher Drexler Gespräche zu führen mit dem Ziel, dass auch das Land Steiermark die entsprechenden finanziellen Mittel für Fair-Pay und Valorisierung in ähnlicher Weise wie die Stadt Graz für 2023 zur Verfügung stellt und so ein gutes Zusammenwirken von Bund, Land und Stadt bei der Absicherung der Kulturangebote und der Kulturschaffenden in Graz gewährleistet wird (*Appl.*).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Als Fair Pay wird der Ansatz bezeichnet, gerechte Entlohnungen im Kunst- und Kulturbetrieb herbeizuführen. Die Kulturschaffenden sind häufig von prekären Arbeits- und Lebensbedingungen, Niedrigentlohnung, unfairen Verträge und generell einer schlechten sozialen Absicherung betroffen. Fair Pay in Kunst und Kultur zu erreichen, ist eine komplexe Aufgabe. Es braucht Transparenz und die Einbeziehung der Kulturschaffenden, gut aufeinander abgestimmte Fair-Pay-Konzepte im Zusammenwirken von Bund, Land und Stadt und natürlich – last but not least – die

Sicherstellung der dafür notwendigen finanziellen Mittel. Zu Fair Pay wurde ein gemeinsamer Prozess des Bundesministeriums für Kunst und Kultur (BMKÖS) mit den Bundesländern, dem Städte- und Gemeindebund, sowie den Interessensgemeinschaften des Kultursektors aufgesetzt, um die Bezahlung im österreichischen Kunst- und Kulturbereich gerechter zu gestalten. Als Fair-Pay-Gap bezeichnet man jenen Fehlbetrag bei den Personalkosten eines Vorhabens, der für eine faire Bezahlung aller Beteiligten zusätzlich (etwa im Vergleich zum Vorjahr) benötigt wird. Am 10.6.2022 hat Kunst- und Kulturstaatssekretärin Andrea Mayer eine gemeinsame Fair-Pay-Strategie der Gebietskörperschaften für den Kulturbereich der Öffentlichkeit vorgestellt. Der BMKÖS, die neun Bundesländer und auch der Städte- und der Gemeindebund haben das Dokument mitgestaltet und unterzeichnet. Der Bund hat eine Erhebung zur Ermittlung des Fair Pay Gaps durchgeführt, Kunst und Kulturschaffende können seit einem Jahr um Bundesmittel ansuchen, um den Fair Pay Gap in ihren Betrieben und Projekten zu schließen. Das Problem dabei ist, dass der Fair Pay-Zuschuss am Anteil der Gebietskörperschaften gemessen wird. Beträgt der Anteil der Subventionen aus Bundesmitteln zum Beispiel 30 %, so wird auch ein Fair Pay Zuschuss von 30 % des ermittelten Fehlbetrages gewährt. Fehlen die Anteile von Land und/oder Gemeinde/Stadt, so kann dass das Projekt nicht wie eingereicht durchgeführt werden bzw. ist es nicht möglich, die Künstler:innen und Kulturschaffenden fair zu bezahlen. Vor etwa einem Jahr hat das Kulturamt der Stadt Graz gemeinsam mit der Kulturabteilung des Landes einen Prozess zur Erhebung der Fair Pay Gaps bei Kunst- und Kulturschaffende in der Steiermark begonnen. Diese Erhebung ist noch nicht abgeschlossen. Die Stadt Graz hat aber schon vorausschauend einen Budgetposten von 600.000 Euro jährlich eingerichtet, um Mittel zur Schließung der Fair Pay Gaps zur Verfügung zu haben. Das ist ein eindeutiges Bekenntnis zu Kunst und Kultur in der Stadt Graz. Neben Fair Pay sind auch die Valorisierungen der Kulturförderungen unbedingt notwendig, um ein breites Kulturangebot zu sichern. Auch hier hat die Stadt Graz schon gehandelt, die Förderverträge für 2023 wurden mit 8,65 % valorisiert, Gespräche zu den Valorisierungen für 2024 auf Basis der Fördersummen von 2023 sind eingeplant. Ein vergleichbares Handeln auf Landesebene fehlt allerdings bisher. Im Landesbudget

vom Dezember 2022 fehlen die Budgetmittel sowohl für Fair-Pay als auch für die Valorisierung der Kulturförderungen, auch im Nachtragsbudget vom Februar 2023 ist noch keine Budgetvorsorge dafür getroffen worden.

Daher stelle ich namens des Grüne Gemeinderatsklubs folgenden

dringlichen Antrag:

- 1. Der Gemeinderat der Stadt Graz ersucht den Steiermärkischen Landtag am Petitionsweg, budgetäre Vorsorge sowohl für den angestrebten Fair-Pay-Prozess als auch für eine Valorisierung der Kulturförderungen zu treffen.*
- 2. Kulturstadtrat Riegler wird ersucht, mit dem für Kulturagenden zuständigen Landeshauptmann Christopher Drexler Gespräche zu führen mit dem Ziel, dass auch das Land Steiermark die entsprechenden finanziellen Mittel für Fair-Pay und Valorisierung in ähnlicher Weise wie die Stadt Graz für 2023 zur Verfügung stellt und so ein gutes Zusammenwirken von Bund, Land und Stadt bei der Absicherung der Kulturangebote und der Kulturschaffenden in Graz gewährleistet wird.*

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner:**

Dankeschön, ich muss wirklich angesichts der fortgeschrittenen Stunde darum bitten, in der Zeit zu bleiben, aber vielleicht kannst du es danach dann einsparen.

StR Dr. **Riegler:**

Ich darf mich zunächst einmal zur Dringlichkeit für meine Fraktion zu Wort melden und muss schon mit einer gewissen Verwunderung bemerken, dass wir einmal Fragestunde, dann wieder Dringliche haben, es geht ständig darum, dass wir etwas für Fair Pay tun sollen, dabei wäre es ganz einfach gewesen, ganz einfach. Ihr hättet mir einfach nur im Rahmen des Doppelbudgets für 2022 und 2023, wo ich ausdrücklich

einen Budgetposten für Fair Pay beantragt habe, diesen genehmigen müssen. So einfach wäre das gewesen. Dann hätten wir uns jetzt alle diese ganzen Fragen und dringlichen Anträge ersparen können (*Appl.*).

Da gab es eine eigene Zeile, die nannte sich Fair Pay, ich kann es sogar wiederholen, was wir unlängst in dieser Runde mit Bürgermeisterin, Vizebürgermeisterin vorgerechnet haben. Ich habe gesagt, das Förderbudget für die Freie Szene beträgt ungefähr 10 Millionen Euro. Wenn man davon ausgeht, dass das Fair-Pay-Gap 10 % betragen würde, wäre es ungefähr eine Million Euro, daher habe ich im Mai/Juni beim Herrn Kollegen Eber angemeldet 1 Millionen Euro für Fair Pay. Das wurde mir dann abgeschlagen, das wurde nicht genehmigt mit der Begründung, und das war das Interessante, mit der Begründung: Naja, es gibt ja noch kein fertiges Modell, es gibt ja noch keine fertigen Erhebungen, also warum sollen wir jetzt schon etwas budgetieren, wenn es noch gar nicht fertig ist? Und das Interessante an Ihrem jetzigen dringlichen Antrag ist, dass Sie jetzt aber genau das Gleiche machen. Sie begründen, dass Sie sagen, die Erhebungen zwischen Stadt und Land sind gerade im Laufen, aber Sie wollen unbedingt jetzt schon haben, dass der Herr Drexler in seinem Kulturbudget im Land dringend jetzt sofort einen Budgetposten vorsieht, was Sie aber mir im Grazer städtischen Budget verweigert haben. Also das ist eine bemerkenswerte Vorgehensweise, wir sehen auf jeden Fall einmal grundsätzlich die Thematik als dringlich an und werden uns dann natürlich noch inhaltlich zur Sache mit einem Vorschlag zur Güte zur Wort melden (*Appl.*).

GRⁱⁿ DIⁱⁿ **Aygan-Romaner:**

Vielleicht zur Dringlichkeit, ich finde das Thema eben auch sehr, sehr dringlich, da müssen wir schon an einem gemeinsamen Strang ziehen, dass das ein runder Prozess wird und dass wir den Fair-Pay-Gap gemeinsam mit Bund, Land und Stadt gleichzeitig schließen können im Sinne der Kunst- und Kulturschaffenden (*Appl.*).

Dir Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KFG, FPÖ und Lohr) angenommen.

GRⁱⁿ Dr.ⁱⁿ **Unger**:

Liebe Antragstellerin, liebe Gemeinderäte, sehr geehrte Frau Vorsitzende. Das Thema des Fair Pay und der Valorisierung der Gehälter und Honorare im Kulturbereich ist für uns auch sehr wichtig, weil wir uns seit Jahren dafür einsetzen, dass sich die Bedingungen verbessern. Das heißt, dass es Planungssicherheit und auch eine gewisse soziale Sicherheit geben soll. Ich darf hier anführen, dass es unter anderem auch ein Rückschritt ist, dass wir die mehrjährigen Förderverträge nicht im gewohnten Ausmaß und damit auch nicht korrelierend mit den Rhythmen im Land diesmal zusichern konnten, also insofern gibt es sozusagen zu diesem Thema der Valorisierung und des Fair-Pay-Gap auch noch andere Komponenten hinzuzufügen, die einfach auch sehr wichtig sind. Ich kenne die Broschüre, die du vorhin erwähnt hast, insofern ist mir bekannt, worum es hier geht, möchte hier auch noch anmerken, dass es beim Fair-Pay-Gap eben nicht ohne Grund sozusagen noch zu Verhandlungen kommt. Erstens einmal ist die genaue Festlegung, also auch der Prozentsatz, noch nicht ganz klar, hier gibt es noch divergierende Aussagen, die müssen berücksichtigt werden, weil sie natürlich auf die entsprechende Summe eine große Auswirkung haben. Ich darf auch anmerken, dass der im Antragsmotivtext angeführt Betrag von 600.000 Euro, den die Stadt Graz zur Verfügung bereits reserviert hätte, zumindest im Kulturbudget in der Form nicht aufscheint. Also da würde ich um Aufklärung bitten, woher dieses Geld tatsächlich kommt und wo diese Summe benannt ist. Weder wir, wir haben es uns genau angeschaut, noch die Kollegen und Kolleginnen im Kulturamt konnten diese Summe in der Form ausmachen, also man möge uns hier bitte entsprechende Informationen geben. Was jetzt den konkreten Wunsch betrifft, mit einer Petition an das Land heranzutreten: Ich habe es heute schon einmal gesagt, dass man sich Petitionen auch ganz gut überlegen muss; gerade in diesem Fall möchte ich dringend darauf hinweisen, dass es hier um ein Kooperationsprojekt geht, wo wir, glaube ich, nicht gut beraten wären, dem Land auszurichten, wie es die Budgetvorsorge zu treffen hat. Also ich würde auch bitten die Kollegen und Kolleginnen von der SPÖ, die ja den Finanzlandesrat und Vizelandeshauptmann stellen, zu überlegen, wie der Herr Lang es finden würde, wenn man hier entsprechenderweise an ihn herantritt. Also es ist,

glaube ich, allen, die sich in d er Kulturszene auch politisch bewegen, bekannt, dass gerade im Land sehr viele Prozesse jetzt laufen. Ich darf nur das Stichwort der Kulturstrategie in dem Zusammenhang auch erwähnen, um einfach zu sagen, da wird eigentlich einiges auf Schiene gebracht und wir werden gut beraten sein, diesen Weg entsprechend abzuwarten. Danke vielmals (*Appl.*).

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner**:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Bitte, Frau Gemeinderätin Robosch.

Es wird noch ein Abänderungsantrag eingebracht.

GRⁱⁿ Dr.ⁱⁿ **Unger**:

Verzeihung, das ist der späten Stunde geschuldet. Ich darf den

Abänderungsantrag

folgendermaßen stellen:

Der Gemeinderat wolle beschließen, die Stadt Graz möge sich im Fair-Pay-Prozess, der vereinbarungsgemäß in enger Absprache mit den zuständigen Stellen im Land Steiermark stattfindet, zunächst den unerledigten Aufgaben in der eigenen Zuständigkeit befassen und folgende Punkte erledigen:

1. Der konkrete finanzielle Bedarf, der im ursprünglichen Antrag mit 600.000 Euro benannt wird, wird in Bezug auf die ausreichende Bedeckung des tatsächlichen Fair Pay-Gaps überprüft.
2. Für diesen Bedarf werden im Kulturbudget die entsprechenden Mittel eingestellt.

Danke vielmals (*Appl.*).

Originaltext des Abänderungsantrages:

Namens des ÖVP-Gemeinderastclubs stelle ich zum angeführten dringlichen Antrag folgenden

Abänderungsantrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen, die Stadt Graz möge sich im Fair-Pay-Prozess, der vereinbarungsgemäß in enger Absprache mit den zuständigen Stellen im Land Steiermark stattfindet, zunächst den unerledigten Aufgaben in der eigenen Zuständigkeit befassen und folgende Punkte erledigen:

- 1. Der konkrete finanzielle Bedarf, der im ursprünglichen Antrag mit 600.000 Euro benannt wird, wird in Bezug auf die ausreichende Bedeckung des tatsächlichen Fair Pay-Gaps überprüft.*
- 2. Für diesen Bedarf werden im Kulturbudget die entsprechenden Mittel eingestellt.*

GRⁱⁿ Robosch:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich mache es auch sehr kurz, ob der späten Stunde, aber ich habe mich ein bisschen angesprochen gefühlt von der Kollegin Unger. Ich habe keine Einblicke, wie die Gemeinderats- und Klubarbeit in anderen Parteien, wie der ÖVP, funktioniert, aber bei uns funktioniert das sehr wohl so, dass man sich nicht nur im Klub abspricht, sondern auch mit unseren Kolleginnen und Kollegen im Landhaus abspricht, und dieser Antrag wurde auch thematisiert und wir sind diesem Antrag sehr, sehr dankbar, wir unterstützen diesen Antrag natürlich. Wir setzen uns jetzt schon seit sehr langer Zeit auch auf Landesebene für das Thema Fair Pay ein und wir sehen diesen Antrag und diese Petition eher als Unterstützung für dieses Thema und nicht als Ausrichten. Du hast eh erwähnt, es gibt diesen Prozess, wir möchten auch diesen Prozess, der im Gange ist und der ja auch mit den Kulturschaffenden und uns selbst gerade am Laufen ist, auch unterstützen, und wir glauben, dass es da eben

schon bald zu einer guten Entscheidung kommen wird im Thema Fair Pay. Das ist nämlich das, worauf wir alle gemeinsam hinarbeiten sollten. Deswegen danke für diesen Antrag, wir unterstützen ihn von hier aus und von überall aus (*Appl.*).

KO GRⁱⁿ Dipl.-Museol.ⁱⁿ (FH) **Braunersreuther:**

Ich mache es auch ganz kurz. Zum Antrag möchte ich nichts sagen, außer dass ich es traurig finde, dass der Dringlichkeit nicht alle zugestimmt haben, weil wer das nicht dringlich findet, kennt keine Kulturschaffenden. Zum Abänderungsantrag möchte ich sagen, wir können dem nicht folgen, auch aus inhaltlichen Gründen nicht. Der konkrete Bedarf, der kann derzeit noch nicht angegeben werden, weil ja noch die Erhebung läuft, die in Zusammenarbeit von Stadt und Land gemacht wurde, und der IG Kultur, die ist derzeit in der Endphase, aber noch nicht komplett finalisiert, und erst dann können wir den genauen Bedarf sagen. Aber trotzdem, deswegen musste eben dieser grob geschätzte Betrag bereitgestellt werden, werde danach noch genauer ausführen, in welchem Budgetbereich sich der findet. Wir haben immer gesagt, dass wir das nicht ins normale laufende Kulturbudget vermischen wollen, sondern dass Fair-Pay ein eigener Posten sein soll und muss, weil es hier nicht um die Kulturförderung geht, die regulär ausgeschüttet wird, sondern ganz konkret um die faire Bezahlung von Kulturschaffenden (*Appl.*).

StR Dr. Riegler: (tatsächliche Berichtigung)

Ich möchte jetzt nur schon in aller Deutlichkeit das auch als tatsächliche Berichtigung noch einmal deponieren. Es gibt keinen eigenen Budgetposten von 600.000 Euro im Budget. Ich habe das untersucht, weder im Kulturbudget, noch sonst irgendwo. Daher ist die Angabe im Motivenbericht, dass es angeblich einen 600.000-Euro-Budgetposten für Fair Pay gäbe, ist falsch (*Appl.*).

KO GR Mag. **Pascuttini:**

Hoher Gemeinderat, sehr geehrte Frau Vorsitzende, liebe Klubobfrau Braunersreuther. Sie haben gesagt, wer bei dieser Dringlichkeit nicht mitstimmt, der kennt keine Kulturschaffenden. Das stimmt nicht, also ich kenne hier wirklich einige Kulturschaffende, war auch diese Woche erschüttert, als ich in den Zeitungen lesen musste, dass der aus Graz stammende, könnte man sagen, Erfolgsautor Thomas Glavinic in finanziellen Schwierigkeiten ist, da gibt es schon ein Problem. Und was mich an diesem Antrag stört, ist, man weiß nicht genau, wer ist mit diesen Kulturschaffenden gemeint? Weil, dass man ein großes Problem hat also in der Zukunft, der ich auch seit kurzem angehöre, mit den Autoren, das ist schon seit längerem bekannt, das muss man schon sagen. Also all jene, die vom Schreiben leben wollen, die tun sich sehr schwer, sage ich ganz offen. Sind die mitumfasst, sind die nicht mitumfasst, um welche Kulturschaffenden geht es hier? Weil Kultur ist halt ein breiter Begriff. Und wir haben diesen Antrag so interpretiert, dass es hier halt um die üblichen Verdächtigen geht, wo man über die Kultur sehr streiten kann. Dort wo man vielleicht nicht darüber streiten kann, dass hier einen Fair-Pay-Ansatz braucht, das sehen wir durchaus auch, man muss aber dazusagen, dass dieser Antrag, der hier vorliegt, das Problem nicht lösen wird. Also bitte nicht verallgemeinern, wer hier dagegen ist, der ist gegen die Kultur oder gegen die Kulturschaffenden. Bei unserer Frage geht es um die Begriffsbestimmungen: Wen meinen Sie damit mit diesen Kulturschaffenden, denen dann geholfen werden soll? Das würde mich ehrlich interessieren (*Appl.*).

StR **Eber:**

Liebe Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich darf erstens einmal festhalten, also ich glaube, ich halte das für sehr wichtig, wie es eh von mehreren Seiten jetzt schon angesprochen worden ist, dass wir da zu einer engen Abstimmung zwischen Stadt, Land und auch den Bund kommen und dass man da möglichst natürlich im Einklang vorgehen sollte. Was nun diese Fair-Pay-Budgetierung angeht, darf ich Folgendes sagen: Also zunächst einmal global, was sozusagen das

Kulturbudget anbelangt, haben wir im Rechnungsabschluss für 2022 rund 13,8 Millionen. Wir haben im Doppelbudget, ich sage jetzt, Voranschlag 2023 alt, haben wir 14,9 Millionen und im Nachtragsvoranschlag, Voranschlag neu für 2023 15,26 Millionen. Insgesamt haben wir bei dem Nachtragsvoranschlag die finanzielle Ausstattung im Kulturbereich im Personalbereich um 1,4 Millionen erhöht, wohlgermerkt für fünf Jahre, also für die gesamten fünf Jahre, ICF-Bereich um 4,7 Millionen vom Nachtragsvoranschlag zum Doppelbudget für diese fünf Jahre. Besonders hinweisen möchte ich, dass der Bereich der diversen Subventionen, wie dies heißt, wurde von 11,3 auf 12 Millionen erhöht und wächst dann in den nächsten Jahren auch stärker an, nämlich jährlich um 500.000, also auf 14 Millionen im Jahr 2027, und das verstehen wir eigentlich, dass wir damit das Fair-Pay-Budget sozusagen abgebildet haben. Auch wenn trotz dieser Zuwächse, wie gesagt 4,7 Millionen mehr in fünf Jahren, es natürlich auch interne Verschiebungen gibt, also das Globalbudget etwa sowohl Kulturbereich als auch Stadtbibliotheken ist hier durchaus gedeckelt worden, aber wie gesagt, im Bereich der Subventionen ein deutliches Plus. Danke (*Appl.*).

StR Dr. Riegler:

Also nur, dass man es jetzt gut einordnen kann, es ist natürlich ein bisschen schwierig, aber fürs Protokoll ist es wichtig, dass man das schon festhält. Also du hast richtigerweise, Manfred, angemerkt, dass es eine geringfügige Erhöhung gegeben hat vom 23er-Budget auf den Nachtragsvoranschlag 2023 von 14,9 auf 15,26. Wie du sagst, das sind ungefähr 0,3, das ist jetzt sicherlich kein Fair-Pay-Posten von 600.000. Zweitens, wenn man von einem eigenständigen Posten für Fair Pay von 0,6 Millionen spricht, dann ist damit halt gemeint, ein eigenständiger Posten, der ist nirgendwo auffindbar. Und wenn du jetzt sagst, du hast hier eine Erhöhung getätigt, dann darfst du bitte nicht vergessen, dass wir daraus ja eben schon den normalen Teuerungsausgleich bedecken müssen, einerseits für die mehrjährigen Förderverträge, das sind 78 Einheiten vom Theater im Bahnhof bis Elevate und vom Musikverein bis weiß Gott was alles, und dann müssen wir auch noch für die normale Freie Szene, für

die Einjahresförderungen ebenfalls einen Teuerungsausgleich vorsehen. Das heißt, alleine diese Teuerungen, da habe ich aber noch keinen Fair-Pay-Zuschlag gewährt, fressen genau diese Erhöhung schon einmal auf. Überhaupt möchte ich ganz allgemein und abschließend noch einmal zu dem Thema sagen, wenn wir darüber reden, weil die Frau Slama heute auch auf Twitter oder auf Facebook oder irgendwo gepostet hat, der Herr Riegler bunkert hier die Millionen. Ich meine, grundsätzlich ist es schon so, es geht nicht darum, dass ich jetzt Budgetmittel bunkere für irgendwelche eigenen Zwecke, sondern es geht darum, dass die Budgetmittel dazu dienen, um eben den Künstlerinnen und Künstlern, Kulturschaffenden eben einen ausreichenden Teuerungsausgleich gewähren zu können, und die kommen mich tagtäglich besuchen, die wollen eben für ihre Projekte einen Teuerungsausgleich haben und der kann durchaus beträchtlich sein. Ich darf Ihnen bei nächster Gelegenheit gerne den Mathis Huber schicken, Styriarte Recreation, und viele andere große Kulturveranstalter, die durchaus in einem Bereich von 10 % sich Erhöhungen erwarten. Also ich halte noch einmal fürs Protokoll fest, es gibt keine eigenständigen Budgetposten von 0,6 Millionen für Fair Pay, sondern das, was wir jetzt an Erhöhungen, Gott lob, erfreulicherweise im Nachtragsvoranschlag 2023 bekommen haben, das wird dafür gebraucht, dass wir für die normalen Kulturförderungen, für mehrjährige und für Einjahresprojektförderungen, einen adäquaten Teuerungsausgleich geben. Und wie wir zum Beispiel die Sparbücher verwenden, habe ich heute eh schon in der Fragestunde erklärt, da ist einmal 1 Million sofort weg, eigentlich nur für Infrastruktur und für Teuerungsausgleich bei Musik und bei Theater. Also bitteschön, noch einmal, bemühen wir uns und stimmen Sie dem Abänderer zu und geben Sie zumindest einmal die nötigen Budgetmittel, damit wir tatsächlich ordentlich einen solchen Posten vorsehen können (*Appl.*).

GRⁱⁿ DIⁱⁿ Aygan-Romaner:

Ich finde das interessant, dass wir wieder über das Budget der Stadt reden, aber mir ist es eigentlich darum gegangen, dass wir an das Land eine Petition richten, dass wir als

Stadt ein Zeichen setzen wollen oder zeigen wollen, dass uns die Kunst- und Kulturschaffenden am Herzen liegen, dass es uns wichtig ist, dass dort auch an die finanziellen Mittel gedacht wird, so wie wir das gemacht haben. Es ist vielleicht nicht ein eigener Posten, aber es sind Finanzmittel eingestellt im Nachtragsbudget, im Nachtragsvoranschlag, und auf das Land, das ist nicht Ausrichten, liebe Claudia, sondern wenn man dazu schweigt, was heißt denn das? Wir haben das immer wieder betont, uns ist das wichtig, wir wollen, dass in Gespräche gegangen wird. Und, lieber Günter, du hast ja ein gutes Verhältnis zum Landeshauptmann, also du bist wahrscheinlich auch im Austausch mit ihm; wir wünschen uns, oder alle wünschen sich, dass du noch mehr im Austausch mit ihm bist und zeigst, dass uns das ein ganz, ganz wichtiges Anliegen ist, dass unsere Kunst- und Kulturschaffenden einfach hier nicht im Regen stengelassen werden, sondern dass wir gemeinsam an einem Strang ziehen. Daher wünsche ich mir eine breite Zustimmung zu dieser Petition und dass wir als Stadt Graz mit einer Stimme an das Land treten könnten. Dankesehr (*Appl.*).

Der Abänderungsantrag wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP) abgelehnt.

Der Dringlichkeitsantrag wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP, KFG, FPÖ und Lohr) angenommen.

Vorsitzwechsel – Bgm.ⁱⁿ Kahr übernimmt den Vorsitz (21.20 Uhr).

10.6 Kostenlose Fahrradchecks (GR Manuel Lenartitsch, SPÖ)

GR Lenartitsch:

Werte Frau Bürgermeisterin, hoher Stadtsenat, liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat und liebe Zuseher, wie ich schon vorhin erwähnt habe, sofern Sie uns

noch folgen können und wollen. Es geht in meinem dringlichen Antrag um ein Stück Sicherheit. Ein Stück Sicherheit, das unsere allerliebsten Kinder betrifft, nämlich in einer Phase, wo sie sich dann bald alleine im Straßenverkehr bewegen dürfen. Es geht um Fahrradchecks, die, so wie es im Antrag drinnen steht, auch mit der Fahrradprüfung oder im Zuge dessen zusammenhängen sollen. Warum ist das so wichtig? Weil Radfahren immer mehr herangezogen wird eben für kurze Strecken, sei es in die Schule, sei es zum Einkaufen, sei es zum Job, weil man einfach manchmal schneller unterwegs ist als mit dem Auto, und weil es uns auch ein bisschen mehr fit hält. Die Sache mit den Fahrrädern für die Kinder ist meistens dann ein bisschen prekär, wenn Kinder, und es gibt ja auch jetzt schon Gruppen, die mit den Fahrrädern schon vorher, bevor sie die Fahrradprüfung haben, in die Schule fahren, indem sie einfach von jemandem abgeholt werden. Auch diese Projekte gibt es schon, wo sich die Kinder dann an bestimmten Plätzen dann dazuhängen können und fährt halt eine sehr lange Schlange dort in die Schule. Das heißt, die Kinder sind eigentlich in Obhut ihrer Eltern oder anderen Erwachsenen im Straßenverkehr unterwegs. Worum geht es mir bei diesem Antrag? Nämlich darum, dass diese Kinder auch mit sicheren Fahrzeugen unterwegs sind. Deshalb gibt es ja auch öfters von NGOs mit tollen Betrieben, die wir bei uns in der Stadt haben, immer wieder Fahrradchecks, wie wir sie vor allem im Frühjahr oder im Herbst oft auf freien Plätzen sehen, wo einfach nur ein Fahrrad ganz kurz überprüft wird, ob es noch die Verkehrssicherheit hat. Das heißt, man schaut, ob genug Luft drinnen ist, man schaut, ob das Licht geht, ob die Bremsen gehen. Sollten größere Reparaturen sein, muss natürlich der Fachhandel dann aufgesucht werden, um das Fahrrad wieder fit zu machen, aber oft sind es nur kleine Dinge, die schnell repariert sind. Wobei ein solches Projekt idealerweise im Zusammenhang natürlich mit der Fahrradprüfung, wie ich schon angeführt habe, stehen soll, denn wenn die Kinder dann selbstständig fahren dürfen, sollen sie einfach mit einem sicheren Fahrzeug unterwegs sein. Warum stelle ich diesen Antrag genau in die Richtung von Kurt Hohensinner? Weil wir hier als Stadt noch die Möglichkeit haben, in der Volksschule hier einzuwirken und hier das gemeinsam über Kurt sein Ressort, über die Volksschulen so quasi, gemeinsam mit der Fahrradprüfung, das ja

auch abgewickelt wird, dort gemeinsam so quasi abarbeiten könnten. Und deshalb stelle ich im Namen des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs folgenden

dringlichen Antrag:

Stadtrat Kurt Hohensinner wird beauftragt, über seine entsprechenden Fachabteilungen (ABI, Sportamt, Amt für Jugend und Familie) gemäß Motivenbericht die Möglichkeit des Angebotes von kostenlose Fahrradchecks

- a) beginnend in Zusammenhang mit den Fahrradprüfungen in den Schulen und
- b) in weiterer Folge ausgeweitet für alle Grazer:innen zu überprüfen und ein entsprechendes Konzept ausarbeiten zu lassen. Dem Gemeinderat ist bis zur Julisitzung ein entsprechender Bericht vorzulegen.

Ich bitte um breite Annahme und freue mich schon über die Diskussion (*Appl.*).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Geschätzte Mitglieder der Stadtregierung,

liebe Kolleginnen und Kollegen!

Graz gilt zu Recht als eine der fahrradfreundlichsten Städte, was nicht zuletzt von einer Vielzahl an Initiativen und Aktionen herrührt, die seitens der Stadt gesetzt werden. Und die Forcierung des Fahrrades erfolgt aus gutem Grund, ist es doch gerade für den urbanen Raum ein ganz wesentliches Verkehrsmittel, weil es für sanfte Mobilität und die Mobilitätswende steht. Auch aus diesem Gesichtspunkt heraus ist das Vorhaben der Koalition, jedes Grazer Kind mit einem Fahrrad auszustatten, das heuer mit Pilotprojekten gestartet und in der Folge sukzessive umgesetzt werden soll, von Bedeutung. Ein Aspekt wird aber von manchen leider immer noch unterschätzt – dass Fahrräder für den Straßenverkehr vorschriftsmäßig ausgestattet sein müssen, beginnend von der Beleuchtung bis zu den Bremsen. Es kommt daher nicht von

ungefähr, dass sich Verkehrssicherheitsfachleute einig sind, dass dieses Bewusstsein noch mehr gefördert werden müsste – durch möglichst niedrighschwellige Angebote beispielsweise Fahrradchecks. Dabei geht es nicht um aufwändige Reparaturen, für die dann an Fachwerkstätten weiterverwiesen wird, sondern in erster Linie um einen kritisch-prüfenden Blick von Expert:innen auf das Fahrrad bzw. um kleiner Nachjustierungen vor Ort. Insofern wäre eine flächendeckende Ausweitung dieser Fahrradchecks, wie sie zum Teil bereits jetzt von Parteien, Organisationen oder auch Bezirksvertretungen angeboten werden und auf enormes Interesse stoßen, zielführend und zweckmäßig – zumal es in Graz ja eine ganze Reihe von Organisationen, Vereinen und sozioökonomischen Projekten gibt, die solche Fahrradchecks fachgerecht durchführen könnten. Wobei ein solches Projekt idealerweise in Zusammenhang mit den Fahrradprüfungen über die Abteilung für Bildung und Integration in den Schulen begonnen und das Angebot dann in weiterer Folge Schritt für Schritt über das Sportamt sowie das Amt für Jugend und Familie für alle Grazer:innen ausgeweitet werden könnte.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den

dringlichen Antrag:

Stadtrat Kurt Hohensinner wird beauftragt, über seine entsprechenden Fachabteilungen (ABI, Sportamt, Amt für Jugend und Familie) gemäß Motivenbericht die Möglichkeit des Angebotes von kostenlose Fahrradchecks

- c) beginnend in Zusammenhang mit den Fahrradprüfungen in den Schulen und*
- d) in weiterer Folge ausgeweitet für alle Grazer:innen zu überprüfen und ein entsprechendes Konzept ausarbeiten zu lassen. Dem Gemeinderat ist bis zur Julisitzung ein entsprechender Bericht vorzulegen.*

KO GR Mag. **Pascuttini:**

Hohe Stadtregierung, sehr geehrte Kollegen im Gemeinderat, lieber Antragsteller. Wir haben diesen Antrag sorgsam gelesen, wir haben ihn als Pull-Maßnahme identifiziert, nicht als Push-Maßnahme. Endlich einmal kein Druck, sondern ein Angebot. Das haben wir nicht schlecht gefunden, muss ich sagen, weswegen wir, kurz und bündig, bei der Dringlichkeit mitgehen werden. Wir werden auch beim Inhaltlichen dann auch mitgehen, haben aber noch eine kleine Ergänzung. Wir hätten gerne das Regionale mehr bedacht. Ich weiß, dass das auch in den Bezirksräten immer wieder ein Thema ist, wenn man irgendeinen Anbieter nimmt, der nicht aus dem Bezirk ist, obwohl es jemanden gäbe. Also das bitte mitberücksichtigen, dann sind wir schon sehr zufrieden. Vor allem, weil, weitergedacht könnten man ja, und da werden wir einen neuen Anlauf starten, wenn dann endlich die Kennzeichenpflicht für Radfahrer kommt, wie es die Polizei in Graz wünscht, ja dann können wir das ja gleich mitmontieren, kostenfrei, ohne Probleme, ohne Barriere, dann schaffen wir noch mehr Sicherheit. Das würde mich sehr, sehr freuen, sicherer Radverkehr. In diesem Sinne, die Zustimmung wird es geben. Ich darf auch den

Zusatzantrag

noch kurz vorstellen:

Das zu erarbeitende Konzept soll dahingehend ausgearbeitet werden, dass dort, wo möglich, in erster Linie Unternehmen, die entsprechendes Know-how und die notwendige Expertise besitzen und in den jeweiligen Bezirken ansässig sind, bevorzugt für die fachgerechten Fahrradchecks vorgeschlagen werden.

Ich bitte auch hier um Zustimmung (*Appl.*).

Originaltext des Zusatzantrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs stelle ich den

Zusatzantrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen:

Das zu erarbeitende Konzept soll dahingehend ausgearbeitet werden, dass dort, wo möglich, in erster Linie Unternehmen, die entsprechendes Know-how und die notwendige Expertise besitzen und in den jeweiligen Bezirken ansässig sind, bevorzugt für die fachgerechten Fahrradchecks vorgeschlagen werden.

GR Günter **Wagner:**

Hoher Gemeinderat, lieber Antragsteller. Also ich sehe das hier ein bisschen anders, vor allem, weil du das Argument der Dringlichkeit ja bereits im Motivenbericht weggenommen hast, weil du richtig geschrieben hast, gibt es ja bereits eine Vielzahl an Initiativen, die die Bezirksräte, die die Parteien und andere NGOs durchführen. Demnach kann das ja grundsätzlich nicht mehr so dringlich sein. Die andere Geschichte, die mir hier auch sauer aufstößt, ist ja eigentlich, dass du alle unter einen Generalverdacht stellst, dass sie selbst nicht wissen, wie ein Fahrrad heute beieinander sein muss. Grundsätzlich jeder Fahrzeughalter, ob der jetzt ein Fahrrad oder Auto fährt, ist selbst in der Lage, das festzustellen. Und bei Kindern, ja klar, da muss das jemand den Kindern beibringen. Ich und auch meine Kinder haben das in der Fahrradprüfung gelehrt bekommen. Also ich müsste mich irren, aber ich glaube, das ist Standard, dass dort darüber gesprochen wird, was für Sicherheitseinrichtungen ein Fahrrad braucht. Ja, das ist wichtig, aber ich glaube, dass hier durchaus bereits etwas passiert und dementsprechend der Antrag somit obsolet ist. Ich glaube, dass wir uns auf die Eigenverantwortung der Grazer hier verlassen können, vor allem die Erwachsenen, glaube ich, wissen schon sehr wohl, ob sie mit einem straßentauglichen Fahrrad unterwegs sind oder nicht. Und diesen kritisch prüfenden Blick, ich gebe es zu, dem bin ich auch schon unterzogen worden, das sind die netten Beamten der

Exekutive, die beurteilen das kritisch und geben einem dann aber gleich einen Erinnerungszettel mit, falls da etwas nicht passt, und dann kann man das dann auch ausbessern. Ich glaube, da braucht es jetzt nicht zusätzlich ein weiteres Angebot. Das ist dann, glaube ich, zu viel des Guten und ist überbordend. Danke (*Appl.*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP, FPÖ und Lohr) angenommen.

GRⁱⁿ Kreiner:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Stadtregierung, werte Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, werte Zuseher. Wie im Motivenbericht von meinem Kollegen Gemeinderat Manuel Lenartitsch beschrieben, finden bereits einige Fahrradchecks von verschiedenen Organisationen und Vereinen statt. Das enorme Interesse ist vermutlich der Anwesenheit der Polizei geschuldet, die freundlich darauf aufmerksam macht, was am Fahrrad fehlt und das aber sofort vor Ort nachgerüstet werden kann. Unabhängig davon sind Fahrradchecks sinnvoll, zweckmäßig und tragen wesentlich zur Verkehrssicherheit bei. Tatsache ist, dass es bereits Angebote für Fahrradchecks gibt, weil diese auch schon von der Abteilung für Verkehrsplanung unterstützt werden. Warum also das Sportamt beauftragen, welches wohl eher für den Fitnesscheck der Fahrradfahrerinnen und Fahrradfahrer zuständig wäre (*Appl.*)?

Die Zuständigkeit des Amtes für Jugend und Familie wäre wohl auch eher die Verteilung der von der Koalition angekündigten Gratis-Fahrräder für alle Grazer Kinder, von denen ja nicht bekannt wäre, dass hier schon ein Rad verteilt wurde, aber das ist eine andere Geschichte, zurück zum Antrag. Zeitgleich mit der Fahrradprüfung finden auch diverse Fahrradtrainings in den vierten Klassen der Grazer Volksschulen statt. Fast alle Volksschulen nehmen an diesem Fahrradtraining teil, auch hier könnte man bereits vorhandene Strukturen sinnvoll nutzen und über das bestehende Angebot für jüngere Radfahrer:innen den Fahrradcheck leicht zugänglich machen. Meiner Meinung nach muss man das Rad nicht neu erfinden, darum stelle ich namens des Gemeinderatsclubs der Grazer Volkspartei folgenden

Abänderungsantrag:

Stadträtin Mag.^a Judith Schwentner wird beauftragt, über die Abteilung für Verkehrsplanung und das Straßenamt gemäß Motivenbericht die Möglichkeit zu prüfen,

- a) das Angebot für Fahrradchecks in Schulen im Zuge der durch einen der angesprochenen soziökonomischen Vereine während des Radfahrtrainings, welches in der 4. Klasse Volksschule angeboten wird, mitanzubieten;
- b) die im Motivenbericht genannte flächendeckenden Fahrradchecks über die bereits bestehenden Angebote auszuweiten, um so für alle fahrradfahrenden Grazer:innen ein Angebot zu schaffen.

Ich bitte um Annahme (*Appl.*).

Originaltext des Abänderungsantrages:

Wie im Motivenbericht von meinem Kollegen Gemeinderat Manuel Lenartitsch beschrieben, finden bereits einige Fahrradchecks von verschiedenen Organisationen und Vereinen statt. Das enorme Interesse ist vermutlich der Anwesenheit der Polizei geschuldet, die freundlich darauf aufmerksam macht, was am Fahrrad fehlt und das aber sofort vor Ort nachgerüstet werden kann.

Unabhängig davon sind Fahrradchecks sinnvoll, zweckmäßig und tragen wesentlich zur Verkehrssicherheit bei.

Zeitgleich mit der Fahrradprüfung finden auch diverse Fahrradtrainings in den vierten Klassen der Grazer Volksschulen statt. Auch hier könnte man bereits vorhandene

Strukturen sinnvoll nutzen und über das bestehende Angebot für jüngere Radfahrer:innen den Fahrradcheck leicht zugänglich machen.

Namens des Gemeinderatsclubs der Grazer Volkspartei stelle ich folgenden

Abänderungsantrag:

Stadträtin Mag.^a Judith Schwentner wird beauftragt, über die Abteilung für Verkehrsplanung und das Straßenamt gemäß Motivenbericht die Möglichkeit zu prüfen,

- a) das Angebot für Fahrradchecks in Schulen im Zuge der durch einen der angesprochenen soziökonomischen Vereine während des Radfahrtrainings, welches in der 4. Klasse Volksschule angeboten wird, mitanzubieten;*
- b) die im Motivenbericht genannte flächendeckenden Fahrradchecks über die bereits bestehenden Angebote auszuweiten, um so für alle fahrradfahrenden Grazer:innen ein Angebot zu schaffen.*

GR Lenartitsch:

Herzlichen Dank, ja, es wird flott gehen. Danke dem KFG für diese Unterstützung der Pull-Maßnahme. Und ich glaube, es ist auch ein sehr guter Einwand, hier in den Bezirken die einzelnen Betriebe mit ins Boot zu nehmen, die so etwas anbieten können, und dass man hier nicht von einer großen Institution vielleicht abhängig ist, finde ich sehr gut. Zur FPÖ, lieber Herr Wagner, was checkt man zuerst, Bremsen oder Licht? Ich weiß es nicht, ich hoffe, Sie lernen das bei der Fahrradprüfung, und wenn man das dann im Zuge dessen gleich machen kann, wäre das top (*Gelächter im Saal*).

Zum Abänderungsantrag der ÖVP, so wie ich das gerade herausgehört habe, ist hier gerade gesagt worden, man soll es im Zuge der Fahrradprüfung anbieten. Wunderbar, nichts anderes steht bei mir drinnen. Und da das die Schule betrifft, in deren Wirkungskreis wir noch einwirken können über das ABI, geht eben die Idee in Richtung Hohensinner, der dafür zuständig ist, und deshalb finde ich es zwar nett, aber bleiben wir doch bei dem, wie der Antrag hier gestellt ist, und ich würde mich über eine breite Mehrheit freuen. Danke (*Appl.*).

Der Abänderungsantrag wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP, FPÖ und Lohr) abgelehnt.

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP, FPÖ und Lohr) angenommen.

Der Zusatzantrag wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ und Lohr) angenommen.

10.7 Berechnungs-Index für schulautonome Mittel (GRⁱⁿ DIⁱⁿ (FH) Daniela Schlüsselberger, MBA, SPÖ)

GRⁱⁿ DIⁱⁿ (FH) **Schlüsselberger:**

Liebe Frau Bürgermeisterin, lieber Stadtsenat, lieber Gemeinderat und liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, falls noch welche im Livestream sind. Mein dringlicher Antrag wird wahrscheinlich ein bisschen ein Déjà-vu für den einen oder die andere sein. Ja, es gibt wiederum die zusätzlichen schulautonomen Mittel, inhaltlich werde ich deswegen nicht mehr allzu sehr darauf eingehen, weil ich glaube, wir haben das schon das eine oder andere Mal diskutiert. Nur zur Genese, er wurde eingebracht, er wurde mehrheitlich angenommen und dann hatte das ABI den Auftrag, einen Index für die Berechnung zu kreieren, dem Ausschuss zu präsentieren und dann kam die Ernüchterung, das war nicht so das Richtige, es war ein bisschen ein verkürzter Weg, es war ein Ansatz, den man machen kann, wenn man es nicht voller Leidenschaft macht.

Dann bin ich vor dem Ergebnis gestanden und habe gesagt, ok, wir können es jetzt so machen, wie es eigentlich nicht gedacht war, oder ich nehme die Sache selbst in die Hand. Und ich habe mich dann selbst damit beschäftigt, nicht nur ich alleine, ich habe mir Expertinnen und Experten geholt, ich habe die Leute gefragt, die sowas schon gemacht haben, und es gibt schon einen Index, der genau diese Bedürfnisse abbildet, und mit denen habe ich einmal geschaut, wie man es machen könnte. Und siehe da, es hat zwar ein bisschen gedauert, aber wir haben jetzt einen Weg gefunden, wir haben einen Index gefunden, der dem Rechnung trägt, für was diese Mitteln auch gedacht sind, und wir haben es uns auch erkämpft, sage ich jetzt einmal ganz salopp, dass die budgetären Mitteln auch da sind. Und deswegen freue ich mich heute und schließe jetzt gleich einmal zur Dringlichkeit, ich glaube, wir haben alle eh schon einen langen Tag hinter uns und freue mich heute auf breite Zustimmung, vielleicht sogar ein bisschen mehr als beim ersten Mal. Dankeschön (*Appl.*).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Jedem Kind die gleichen Chancen. Diese Forderung ist nicht neu jedoch kennt jede:r die Problematik. Es ist traurig aber wahr: Nicht jedes Kind in Graz hat mit Schuleintritt die gleichen Bildungschancen – sehr viel hängt vom Wohnviertel und damit vom Schulstandort, von den finanziellen und materiellen Möglichkeiten der einzelnen Schule ab. Zusätzliches technisches Equipment, Sonderprojekte, spannende Ausflüge, Veranstaltungen, Unterstützungen usw. gibt es oft nur dort, wo ein finanzkräftiger Elternverein mit guten Netzwerken und Sponsoren vorhanden ist: Die vielzitierten „Brennpunktschulen“ haben das alles nicht, wodurch diese Standorte natürlich noch mehr an Attraktivität verlieren. Deshalb braucht es dringend zusätzliche schulautonome Mittel nach einem Sozialindex. Dass es diesen eigentlich schon gibt, scheint an dieser Stelle kurz erwähnt. Weswegen die SP in Graz seit Jahren zur Stärkung genau dieser Schulstandorte bereits in den vergangenen Gemeinderatsperioden vehement zusätzliche schulautonome Mittel einforderte: Allerdings vergebens,

wortreich wurde jahrelang behauptet, die vorhandenen schulautonomen Mittel, die alle Grazer Pflichtschulen in derselben Höhe ausbezahlt bekommen, wären ausreichend bzw. könnte man die SozialCard als Referenz heranziehen, wenn man zusätzliche Mitteln vergeben möchte. Beide Antworten sind unzureichend. Weil die sogenannten Brennpunktschulen, also jene städtischen Volks- und Mittelschulen, die sich besonderen Herausforderungen zu stellen haben, mehr Unterstützung brauchen, wurde seitens der Koalition daher vereinbart, diesen Schulstandorten zusätzliche schulautonome Mittel zur Verfügung zu stellen – konkret in Summe 300.000 Euro pro Schuljahr, beginnend mit dem Schuljahr 2023/24 und insgesamt 1,2 Millionen Euro in dieser Periode. Wobei dieses zusätzliche Geld tatsächlich bedarfsorientiert und zielgenau vergeben werden soll, dem Ausmaß der Herausforderungen entsprechend. Grundlage für die Bewertung soll dabei der IQS-Index sein, wie er auf jeden Fall der Bildungsdirektion Steiermark für jeden Schulstandort vorliegt, wie er ja auch Basis für das österreichweite Programm 100 Schulen 1.000 Chancen war, mit dem versucht wurde, Akzente gegen die Bildungsungleichheit zu setzen.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den

dringlichen Antrag:

Die Abteilung für Bildung und Integration wird beauftragt, auf Basis des IQS-Index einen Vorschlag zu entwickeln, welche städtischen Volks- und Mittelschulen gemäß Motivenbericht in welcher Größenordnung mit zusätzlichen schulautonomen Mitteln unterstützt werden sollen. Dem Bildungsausschuss ist bis zur Juni-Sitzung ein entsprechender vertraulich zu behandelnder Bericht vorzulegen.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP und Lohr) angenommen.

GR Brandstätter:

Weil der Herr Eber auch schon besorgt ist um die Anzahl meiner Wortmeldungen, werde ich mich sehr kurz halten. Ich möchte trotzdem ein paar Dinge sagen. Sehr geehrte Frau Antragstellerin, danke für den Antrag. Er verwundert uns dennoch, weil wir selbstverständlich, beziehungsweise nicht wir, sondern die Bildungsabteilung, den Antrag aus dem Jänner 2022 umfassend beantwortet haben. Und es ist ja durchaus legitim, dass Sie jetzt sagen, Sie haben jetzt mit Expertinnen und Experten gesprochen, die einer anderen Meinung sind oder die der Ihren Meinung sind, dass ein anderer Index für diese Mittel verwendet werden soll. Ich glaube aber auch, dass das ein bisschen geringschätzt, dass sehr viele Menschen in der Stadt Graz sich schon was dabei überlegt haben bei dieser Beantwortung, insbesondere aus den Abteilungen, die das ja nicht mit einer politischen Vorgabe gemacht haben, sondern die sich hingesetzt haben und sich gefragt haben: Was ist der klügste Weg für unsere Stadt Graz? Was sind die Daten, wo wir darauf Bezug nehmen können, die wir verwenden können, wo wir der Meinung sind, dass die sinnvoll verwendet werden können? Und da haben verschiedene Ämter, ergeht aus der Beantwortung hervor, neben dem ABI die Präsidialabteilung, das Referat für Innovation und Recht, das Referat für Statistik und in gleicher Weise das Sozialamt, die Stabstelle für Organisation, Kommunikation, IT und Statistik mitgearbeitet. Und die haben sich jetzt Folgendes gedacht: Wir haben eine SozialCard in Graz, von der Sie als Koalition ja durchaus sehr überzeugt sind, dass sie sehr treffsicher ist. Wenn wir diesen Gedanken weiterspinnen, dann ist die SozialCard aus Ihrer Sicht ja auch ein Indikator dafür, um sehr gut auf die Bedürfnisse einzugehen von den Menschen, die eben gerade solche Mittel gerade auch in den Schulen brauchen. Und jetzt hat die Abteilung, aus meiner Sicht sehr schlüssig, angenommen, dass die SozialCard, die wir ja auch jährlich anpassen, wo wir jährlich neue Erhebungen haben, die auch immer wieder weiterverwenden können, angefragt, ob diese Daten dafür verwendet werden dürfen, und das war durchaus auch ein langer Prozess, wo Genehmigungen von der Datenschutzbehörde etc. eingeholt werden mussten. Insofern ist es schade, wenn wir da jetzt eine neue Schleife drehen müssen, anstatt im Herbst endlich die notwendigen Mittel den Schülerinnen und Schülern, die

sie tatsächlich brauchen, zur Verfügung stellen zu können. Daher darf ich im Namen meines Gemeinderatsclubs folgenden

Abänderungsantrag

einbringen:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Abteilung für Bildung und Integration möge prüfen, ob die Auszahlung der im Motiventext angesprochenen 300.000 Euro, für diese noch einmal vielen Dank, ich glaube, die kommen den Schülerinnen und Schülern jedenfalls sehr zu Gute, im Sinne des im Juli 2022 dargelegten Berichtes der Abteilung von Bildung und Integration erfolgen kann. Dankeschön (*Appl.*).

Originaltext des Abänderungsantrages:

Auf der Grundlage meiner Ausführungen stelle ich im Namen des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

Abänderungsantrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Abteilung für Bildung und Integration möge prüfen, ob die Auszahlung der im Motiventext angesprochenen 300.000 Euro im Sinne des im Juli 2022 dargelegten Berichts der Abteilung für Bildung und Integration erfolgen kann.

GRⁱⁿ DIⁱⁿ (FH) **Schlüsselberger:**

Nur ganz kurz, dass Sie verwundert sind, Kollege Brandstätter, verwundert mich wiederum. Die umfassende Beantwortung habe ich damals auch schon umfassend

kommentiert. Und in keinster Weise möchte ich irgendwelche Abteilungen oder irgendwelche Beteiligten bei dieser Beantwortung geringschätzen, und ich glaube, wer mich kennt, weiß, dass ich grundsätzlich keinen für seine Arbeit und die Leistung geringschätze. Aber nicht böse sein, die SozialCard heranzuziehen als Ergebnis von einem langen Prozess, also das ist wohl eher ein kurzer gewesen und ein nicht ganz durchdachter. Und genau deswegen gibt es noch einmal einen Antrag, und deswegen, kleiner Spoiler, werden wir auch jetzt nicht dem Abänderungsantrag zustimmen, weil es würde den gleichen Blödsinn einfach bestätigen, den wir schon einmal nicht gut gefunden haben, weil es mehr braucht als die SozialCard. Es gibt dafür auch schon etwas, und das nennt sich dann IQS-Index und der hat genau den Sinn, nicht nur die Faktoren einer SozialCard zu berücksichtigen, sondern das größer zu denken und die Faktoren heranzuziehen, die dem Thema auch würdig sind. Und ja, es wäre für euch vielleicht auch ein Leichtes an den zu kommen, und ich glaube, wir können im Sinne der Kinder hier auch gut zusammenarbeiten, weil ich müsste jetzt in der Steirischen Bildungsdirektion nachfragen, die haben den. Deswegen stelle ich eben noch einmal, und jetzt grüßt täglich das schulische Murmeltier, im Name des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs den

dringlichen Antrag,

dass anhand der Basis des IQS-Index das Ganze für die Stadt Graz passieren soll, für die Schulen, die es brauchen. Und die Älteren im Raum, zähle ich mich auch schon dazu, kennen vielleicht noch eine Werbung aus dem 93er-Jahr, da gibt es dann den Schlusssatz: „Du hattest deine Chance, Cowboy.“ Ganz getreu dem Motto, sage ich, machen wir es bitteschön jetzt gescheit nach dem Index und freue mich vielleicht dann doch wieder auf breitere Zustimmung für so ein wichtiges Thema. Danke (*Appl.*).

GR Huber: (zur Geschäftsordnung)

Frau Kollegin Schlüsselberger, ich finde es schon ein bisschen despektierlich, wie du hier mit unseren Anträgen umgehst. Also ich meine, das ist kein Blödsinn, sondern das ist unsere Meinung und das ist unser gutes Recht, das wir kundtun, oder (Appl.)?

Der Abänderungsantrag wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP) abgelehnt.

Der Dringlichkeitsantrag wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP und Lohr) angenommen.

10.8 Maßnahmenpaket zum Schutz christlicher und jüdischer Einrichtungen in Graz (KO GR Mag. Alexis Pascuttini, KFG)

KO GR Mag. **Pascuttini:**

Sehr geehrte Frau Vorsitzende, hohe Stadtregierung, sehr geehrte Damen und Herren Gemeinderäte. Wir haben heute schon etwas Zeit gewonnen, den Standard-Artikel habe ich ja schon vorgelesen, der auch in die Genese dieses Antrages miteingeflossen ist. Danke, lieber Max, auch für deinen Artikel. Jetzt könnte ich wieder im Standard-Archiv recherchieren, dann könnte ich wieder einen zitieren, wo es um die Aufstellung geht, wie das so in den österreichischen Justizanstalten ausschaut mit den Verteilungen und mit den Prozentsätzen, aber sparen wir uns das. Wir sind beide scheinbar begnadete Standard-Leser, da können wir uns dann regelmäßig auch austauschen dazu. Zum eigentlichen Antrag, es hat vor einigen Tagen ja einen Angriff gegeben, hinlänglich bekannt, die Zeitungen haben berichtet, es werden in der Vergangenheit und in den vergangenen Jahren immer wieder Glaubenseinrichtungen in Graz Opfer von Gewalttaten. Das ist natürlich maximalst zu verurteilen, hier muss die Stadt Graz auch aktiv werden, gerade auf kommunaler Ebene hat man hier auch Möglichkeiten, etwas zu tun. Man darf eines nicht vergessen, das sind ja Symbole, das sind ja Symbolakte, dahinter steht ja etwas, und wenn man immer wieder davon redet

von Problemen, dann muss man die auch an der Wurzel packen. Wir haben diesen Antrag vorbereitet, ich möchte vielleicht später noch ein bisschen was zum Inhalt sagen, nur zuerst einmal schauen, wie die Dringlichkeit bewertet wird.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen bis zum Sommer einen Vorschlag für ein Maßnahmenpaket erarbeiten, wie die Stadt Graz künftig auf die mehrschichtige und zunehmende Tendenz zu Angriffen auf christliche und jüdische Einrichtungen in Graz reagieren muss.
2. Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, ob, bis wann und in welcher Höhe die Einrichtung eines Fonds zur raschen finanziellen Abdeckung von Schäden, die durch Angriffe auf christliche und jüdische Einrichtungen entstehen, erfolgen kann.

Ich bitte um breitestmögliche Zustimmung und um ein Zeichen. Vielen Dank (*Appl.*).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Die evangelische Kreuzkirche in Graz wurde kürzlich angegriffen, mit Rauchbomben attackiert und mit satanistischen und nationalsozialistischen Symbolen beschmiert. Laut des päpstlichen Hilfswerks „Kirche in Not“ ist das Christentum die am meist verfolgte Religion der Welt. Über 250 Millionen Christen leben demnach in Ländern, wo es Verfolgung und Diskriminierung gibt und wo sie Bürger zweiter Klasse sind. In muslimisch geprägten Länder schüren islamistische Prediger Hass gegen Christen und Juden. Diese Einstellung wird durch Zuwanderung auch nach Europa und in Folge nach Graz importiert. Wie der Angriff auf die Kreuzkirche zeigt, gibt es aber auch zunehmend atheistisch bzw. politisch extremistisch geprägte Attacken auf das Christentum. So kann festgestellt werden, dass sich der Hass des linken so wie auch des rechten politisch-extremen Spektrums immer häufiger gegen christliche Einrichtungen, christliches Gedankengut und in weiterer Folge gegen Christen selbst richtet. Angriffe auf Kirchen und christliche Einrichtungen nehmen aus oben genannten Gründen in

Europa stetig zu. Vor Kurzem hat es die Kreuzkirche in Graz getroffen, Sachschaden in der Höhe von rund 40.000 Euro sind die Folge. Auch die Jüdische Gemeinde in Graz war in der Vergangenheit Opfer von Attacken. Bei der Synagoge wurden Scheiben zerschlagen und Wände beschmiert. Auch hier kann attestiert werden, dass es an den rechten und linken Rändern seit Jahren und Jahrzehnten antiisraelische und antizionistische Tendenzen gibt, die sich aggressiv entladen. All das wird verstärkt durch Zuwanderer, die aus Ländern kommen, wo diese Einstellungen zur Staatsräson zählen. Die Verfolgung von Menschen aufgrund ihres Glaubens und die Angriffe auf religiöse Einrichtungen sind zutiefst zu verurteilen. Laut Medienberichten ist der aktuelle Vandalismusakt bei der Kreuzkirche längst kein Einzelfall. Im Gegenteil: Immer wieder kommt es zu ganzen Serien von Vorfällen. Vandalen können in den wenigsten Fällen überführt werden, heißt es seitens der Polizei. Aufgrund der Faktenlage ist daher davon auszugehen, dass sich künftig solche Angriffe häufen und sich die Stadt Graz entsprechend darauf vorbereiten muss. Namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs ergeht daher nachfolgender

dringlicher Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

- 1. Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen bis zum Sommer einen Vorschlag für ein Maßnahmenpaket erarbeiten, wie die Stadt Graz künftig auf die mehrschichtige und zunehmende Tendenz zu Angriffen auf christliche und jüdische Einrichtungen in Graz reagieren muss.*
- 2. Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, ob, bis wann und in welcher Höhe die Einrichtung eines Fonds zur raschen finanziellen Abdeckung von Schäden, die durch Angriffe auf christliche und jüdische Einrichtungen entstehen, erfolgen kann.*

GR Ammerer:

Werte Kolleginnen und Kollegen. Ich kann der Beschreibung des aktuellen Zustandes durchaus zustimmen, dass es vermehrt zu Angriffen auf Gotteshäuser gekommen ist. Wir hatten vor kurzem eben den erschütternden Anschlag neonazistischer Weise auf die Kreuzkirche am Volksgarten. Ich war auch schon selbst dort, habe mich mit Pfarrer Nitsche getroffen und meinen Teil beigetragen, Blumen vorbeigebracht bei dieser sehr tollen Aktion, diese Hasssymbole mit Blumen zu verdecken. Wir hatten auch die Anschlagsserie auf die Synagoge in Graz, die in einem Anschlagversuch auf den Präsidenten der Jüdischen Gemeinde Elie Rosen gipfelte. Auch da war ich einer der Ersten, damals als Bezirksvorsteher, vor Ort, und habe versucht, dieses Gotteshaus vor weiteren Übergriffen zu schützen. Es ist mir ein riesiges Anliegen, dass Religionen in unserer Stadt ...

Unverständliche Gespräche in den Reihen des Gemeinderates.

GR Ammerer:

Entschuldigung, störe ich Sie hier hinten gerade?

... dass Gotteshäuser in unserer Stadt geschützt sind, dass Menschen ihre Religionen frei ausüben können, ohne bedroht zu werden. Das ist mir ein überaus wichtiges Anliegen, ich selbst bin Atheist, aber die Religionsfreiheit steht für mich sehr weit oben. Was Sie leider vergessen haben in Ihrem Antrag, das sind die Angriffe und die Anschläge auf die Moscheen, weil die gab es auch. Ich will jetzt nicht unterstellen, dass das bewusst ausgelassen wurde, aber es ist auffällig. Und es fällt mir auf, dass besonders eine Religionsgemeinschaft dann halt nicht so schutzwürdig ist. Meiner Meinung nach wären alle schutzwürdig, alle Religionen, die ausgeübt werden, haben das Recht, frei ausgeübt zu werden und ohne bedroht zu werden. Tatsächlich ist es aber so, dass wir von der Stadt intensivst im Austausch mit allen Religionsgemeinschaften sind, und jedes Mal, wenn so etwas passiert, und es ist

tatsächlich öfters passiert jetzt und es ist furchtbar, waren wir da, sind wir da und unterstützen sofort. Was in diesem Antrag gefordert wird, setzen wir bereits um, die Landespolizeidirektion setzt das um. Im Fall der Synagoge setzt das auch das Landesamt und Bundesamt für Verfassungsschutz um. Aus diesen Gründen sehen wir jetzt als Koalition die Dringlichkeit nicht gegeben, hier weitere Maßnahmen zu setzen als das, was wir ohnehin bereits tun. Weil alles, was hier gefordert wird, tun wir bereits, und das mit Vehemenz. Weil Angriffe auf Religionsgemeinschaften in unserer Stadt nehmen wir nicht hin. Und ich bin froh, dass wir uns hier in diesem Raum einig sind, dass das überhaupt nicht geht und dass wir hier gemeinsam dagegenstimmen. Danke (*Appl.*).

GRⁱⁿ Dr.ⁱⁿ **Unger**:

Lieber Antragsteller, sehr geehrte Damen und Herren. Es ist schon vieles vorweggenommen worden jetzt durch die Wortmeldung vom Kollegen Ammerer, insofern hoffe ich, dass der Zusatzantrag, den wir einbringen, auf breite Zustimmung stößt. Ich kündige das gleich an, damit ich nicht wieder vorzeitig das Podium verlasse, möchte kurz auf das verweisen, was dem Ganzen zu Grunde liegt, nämlich die Menschenrechte und das Recht auf Religionsfreiheit und selbstverständlich auch die anerkannten Religionsgemeinschaften. Die Anschläge sind bereits benannt worden. Laut Auskunft aus dem Umfeld des Verfassungsschutzes ist, obwohl das natürlich sehr bedauerliche Vorkommnisse sind, keine Tendenzsteigerung in dem Sinn zu belegen aktuell durch die Zahlen. Dennoch ist jeder Fall, der vorkommt, einer zu viel, weil das zu einer großen Verunsicherung führt und letztendlich auch dazu, dass es zu einer Spaltung kommen kann. Wir sind also sehr dafür, dass erstens einmal die Einrichtungen und vor allem die Menschen in ihrer Religionsausübung geschützt werden, sofern das der Fall ist, wir sind auch für die Präventionsarbeit, die dem vorausgeht, und wir möchten natürlich auch, dass es keinerlei Naivität gegenüber den Gruppen oder Einzelpersonen gibt, die sich in diesem Fall auf diese negative Art und Weise betätigten. Das meinen wir sowohl, was sozusagen die Ablehnung einzelner

Religionsgemeinschaften anbelangt als auch die Verquickung von politischen Ideologien im Zusammenhang mit Religion, das meinen wir sowohl rechts als auch links. Wir kennen alle die Problematik, was jetzt den Nationalsozialismus anbelangt, wir kennen aber auch die Problematik, was PDS und ähnliche Dinge anbelangt. Also ich würde bitten, dass man diese Dinge tatsächlich in der Gesamtheit erfasst, all das ist gefährlich und da sind wir als Politiker und Politikerinnen auch wirklich dringend aufgerufen, auch im Sinne unserer eigenen Gesinnungsgemeinschaften solchen Dingen nicht Tür und Tor zu öffnen, sondern ganz im Gegenteil, entgegenzuwirken. Aus diesem Grund darf ich folgenden

Zusatzantrag

stellen:

Der Gemeinderat wolle beschließen, dass in Graz gemäß den rechtlichen Bestimmungen für alle in Österreich anerkannten Religionsgemeinschaften Schutz und Unterstützung in vergleichbaren Situationen gewährt wird.

Zugleich tritt die Stadt Graz mit Vehemenz gegen durch politischen oder religiösen Extremismus provozierte Gewalt gegen Personen und Einrichtungen mit religiöser Konnotation auf, indem sie Gruppierungen, die mit linker und rechter Agitation oder religiös motiviertem Fundamentalismus Gewaltakte provoziert, klar verurteilt.

Ich bitte um Zustimmung. Danke (*Appl.*).

Originaltext des Zusatzantrages:

Namens des ÖVP-Gemeinderastclubs stelle ich zum angeführten dringlichen Antrag folgenden

Zusatzantrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen, dass in Graz gemäß den rechtlichen Bestimmungen für alle in Österreich anerkannten Religionsgemeinschaften Schutz und Unterstützung in vergleichbaren Situationen gewährt wird.

Zugleich tritt die Stadt Graz mit Vehemenz gegen durch politischen oder religiösen Extremismus provozierte Gewalt gegen Personen und Einrichtungen mit religiöser Konnotation auf, indem sie Gruppierungen, die mit linker und rechter Agitation oder religiös motiviertem Fundamentalismus Gewaltakte provoziert, klar verurteilt.

Vorsitzwechsel – StR Eber übernimmt den Vorsitz (21.50 Uhr).

Bgm.ⁱⁿ Kahr:

Verzeihung, dass ich so abrupt einschneide, aber das ist natürlich wichtig und das ist, denke ich, für Sie auch hier wichtig, dass ich als Bürgermeisterin der Stadt Graz mich hier zu Wort melde. Es ist mir selbst ein großes Anliegen und insofern bin ich auch dem Herrn Klubobmann Pascuttini sehr dankbar, dass er dieses Thema hier aufgegriffen hat, um uns und auch mir persönlich hier die Möglichkeit zu einer Wortmeldung zu geben. Ich kann alles unterstreichen, was hier gesagt worden ist, muss aber auch erwähnen, dass natürlich der Gemeinderat mit seiner Wortmeldung insofern richtig liegt, weil das für mich natürlich ja als Bürgermeisterin selbstverständlich ist, ich sitze ja dem Interreligiösen Beirat auch vor und es ist selbstverständlich, dass, egal welches Gotteshaus oder welche religiöse Stätte auch immer, und eben nicht nur, ob das jetzt katholische oder jüdische Religionsstätten sind, das gilt für alle, immer ist jeder Gewaltakt und jeder Vandalismus abzulehnen aufs Schärfste. Und insofern haben wir natürlich am selben Tag, als wir das erfahren haben, auch mit dem Pfarrer der Kreuzkirche Kontakt aufgenommen und auch jede Hilfestellung, die er braucht und benötigt und der Solidarität zum Ausdruck gegeben. Wir werden auch, also Stadtrat Manfred Eber, entweder werden wir vom Bürgermeisterinnenamt hier die

Unterstützung geben, um die Sanierung hier auch vorzunehmen beziehungsweise auch über die GBG, das ist jetzt noch offen, aber einer von uns beiden wird das auf jeden Fall machen, und das gilt im Übrigen auch für andere Einrichtungen, sollte es hier zu einer ähnlichen Vorgehensweise kommen. Und ich gebe hier der Kollegin Unger vollkommen Recht, egal wie viele, jeder einzelne ist hier zu viel und das ist aufs Schärfste abzulehnen und ich bin sehr dankbar und froh, dass das hier noch einmal so eindeutig auch gesagt wird und ich denke, wir sehen das alle gleich, aber Sie können vergewissert sein, dass wir hier immer sofort und rasch auch reagieren und hier jedwede Unterstützung, auch in finanzieller Hinsicht, wenn es notwendig ist, hier gegeben ist. Insofern ist es aber nicht dringlich, weil wir von Haus natürlich auch schon reagiert haben. Danke aber noch einmal für das Einbringen (*Appl.*).

Vorsitzwechsel – Bgm.ⁱⁿ Kahr übernimmt den Vorsitz (21.52 Uhr).

KO GR Mag. **Pascuttini:**

Vielen Dank für die Wortmeldungen, dass sich hier jetzt keine Dringlichkeit abzeichnet, das ist natürlich sehr schade. Ich möchte hier noch einmal einen der Vordenker im Grazer Gemeinderat zitieren, den Kollegen Kozina, der hat ja gesagt: Parteitaktiken sind hintanzuhalten. Darum würde ich auch in diesem Fall wirklich bitten. Eine Unterstellung muss ich, Herr Kollege Ammerer, zurückweisen. Ich habe mir das sehr genau angeschaut, welche Gotteshäuser in den letzten Jahren in Graz irgendwelchen Vandalismusakten oder Akten der Gewalt zum Opfer gefallen sind, und waren eben diese beiden Religionsgemeinschaften, die im Antrag angeführt sind, federführend. Wir haben viele andere Religionsgemeinschaften nicht genannt, weil es halt keine Angriffe gegeben hat, weil sie von Angriffen auf die Moschee gesprochen haben, ja, ich weiß schon. Jetzt kommt die tatsächliche Berichtigung, dieser Anschlag, wo das Heeresabwehramt irgendwie mitinvolviert war, meinen Sie den? Der ist etwas sonderbar. Ich weiß nicht, ob der politisch motiviert war ...

Zwischenruf GR Ammerer: Das waren Neo-Nazis, ja.

KO GR Mag. **Pascuttini:**

Naja, aber da war das Heeresabwehramt in Beobachtung der Beihilfe, da laufen die Verfahren noch. Das finde ich einfach komisch, was dort passiert ist, ich verstehe es nicht, muss ich sagen. Also ob das jetzt wirklich ein politischer Extremismus war oder etwas anderes, das weiß ich nicht, deswegen haben wir es rausgenommen. Vielleicht wissen Sie mehr als ich, dann können wir darüber diskutieren, nur das ist der einzige Vorfall, der mir in Graz bekannt ist und der ist etwas sonderbar. Vielleicht ändern Sie ja doch noch Ihre Meinung, wir können auch noch der Dringlichkeit zustimmen, vielleicht auch nicht, aber ich glaube, man hat darüber gesprochen. Im Geiste vereint, aber in der Abstimmung getrennt scheinbar. Dann soll es halt so sein (*Appl.*).

GRⁱⁿ **Robosch: (tatsächliche Berichtigung)**

Ich möchte nur ganz kurz mir doch die Zeit nehmen für eine tatsächliche Berichtigung. Es gab in den letzten Jahren drei mir bekannte Anschläge auf die Moschee. Eine davon war auch ein Anschlag mit einem Schweinekopf, der an der Moschee befestigt wurde. Es gab mehrere Sachbeschädigungen und es gab auch mehrere Aufnahmen, weil die Moschee in der Laubgasse sich nicht zu helfen wusste und selbst auf eigene Kosten auch Videosysteme eingerichtet hat, wo es auch nach einer dieser ominösen quasi Österreich-Karte, wo Gotteshäuser des islamischen Glaubens zu finden waren, gab es auch danach mehrere Videoaufnahmen von Menschen, die dort quasi an der Moschee uriniert haben und auch andere Zerstörungen dort gemacht haben. Also zu sagen, dass es keine Angriffe gegeben hat, finde ich ein bisschen befremdlich, wenn man wirklich in Graz lebt. Dann haben auch sehr oft danach alle Parteien die Einladung bekommen, zu Gedenkveranstaltungen zu kommen und zu Solidaritätsveranstaltungen zu kommen. Ich habe da sehr viele von hier auch dort dann wieder getroffen, die FPÖ und auch den neuen KFG-Klub habe ich dort leider nie gesehen (*Appl.*).

Bgm.ⁱⁿ **Kahr**:

Danke für die Berichtigung. Ich sage es noch einmal, wichtig ist, und hier, denke ich, sind wir uns alle einig, dass jede Verächtlichmachung hintanzuhalten ist und das ist in wirklich das Wichtige und das hat eigentlich den Grazer Gemeinderat auch in der Vergangenheit immer ausgezeichnet.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP, KFG, FPÖ und Lohr) abgelehnt.

10.9 Qualzucht (GRⁱⁿ Mag.^a Astrid Schleicher, KFG)

GRⁱⁿ Mag.^a **Schleicher**:

Hoher Gemeinderat, liebe Zuseher via Livestream. In meinem Antrag geht es um die Qualzucht. Was ist Qualzucht? Da wird mit Tieren, vornehmlich Hunden, gezüchtet, die körperliche Merkmale aufweisen, die sie natürlich auch an ihre Welpen weitergeben, die zu erheblichen körperlichen Einschränkungen führen und sehr oft auch zu Leid und Angst das ganze Tierleben lang. Qualzucht ist seit Jahrzehnten ein Thema und ein Problem, leider wird seitens der Politik und des Gesetzgebers viel zu wenig getan. Der aktuelle Fall, der in den Medien war, von Tierquälerei und Qualzucht im Bezirk Weiz ist Anlass für diesen Antrag, Frau Tierschutzstadträtin Schönbacher und uns, eben auf dieses ungelöste Problem den Scheinwerfer zu richten. Anfang April sind eben in der Südoststeiermark 13 amerikanische Bulldoggen ihrem Besitzer abgenommen worden. Die sind im Keller untergebracht gewesen unter miesesten Umständen, haben auch Qualzuchtmerkmale gehabt, das heißt, sie haben einen viel zu großen Schädel für ihren Körper gehabt. Die Hündinnen können auch auf natürlichem Weg keine Welpen gebären, und der zuständige Amtstierarzt hat da sehr massiv gefordert, endlich so handeln. De facto ist Qualzucht eben durch das Österreichische Tierschutzgesetz zwar verboten, jedoch sind die begleitenden Maßnahmen vollkommen unzureichend und

wie man in den letzten Jahren gesehen hat, auch vollkommen wirkungslos. Es hat sich einfach nichts geändert. Typische Rassen, die darunter leiden, sind zum Beispiel der Chihuahua, wo es zum Hervortreten der Augäpfel kommt, Kindchenschema wird hier bedient, der leidet unter Augenentzündungen. Die französische und die englische Bulldogge, das ist sehr bekannt, da werden die Schnauzen so kurz gezüchtet, dass die Tiere einen Lebtage lang Probleme mit der Atmung haben, unter Atemnot leiden, Erstickungsanfälle haben, Probleme beim Fressen haben oder Deformationen beim Skelett, also gekrümmte Beine, Kurzbeinigkeit. Sehr bekannt ist auch der Faltenhund, der Sharpei, der sein Leben lang unter Entzündungen leidet, oder eben die Tiere, denen komplett das Fell abgezüchtet wird, wie dem chinesischen Nackthund oder der Nacktkatze. 2021 haben die Tierschutz-Ombudsleute Österreichs eine Stellungnahme dazu formuliert und dringend Änderungen gefordert. 2021 hat es auch in der Bundesregierung ein Heimtierpaket gegeben, wurde beschlossen. Bis jetzt ist, zwei Jahre später, nichts passiert, was die Qualzucht betroffen hätte. Der zuständige grüne Minister Rauch hat erst kürzlich dazu Stellung genommen und gesagt, es wird intensiv daran gearbeitet. Ich weiß zwar nicht, was daran so lang dauern kann, zwei Jahre, weil inzwischen sind sicher sehr viele Welpen wieder mit Qualzuchtmerkmalen zur Welt gekommen und es wäre sicher einfach gewesen, die Forderungen der Tierärzte und Tierschutz-Ombudsleute zu erfüllen. Diese Petition soll eben eine Erinnerung an die Dringlichkeit dieses Themas sein und deshalb stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs daher folgenden

dringlichen Antrag,

der genaue Antrag liegt euch vor, es sind drei Punkte:

1. die umgehende Streichung des Absatzes 17 in § 44 Tierschutzgesetz, der Züchter ohne jegliche zeitliche Beschränkung die Möglichkeit gibt, weiter mit von Qualzucht betroffenen Tierrassen zu züchten – sofern sie dokumentieren, dass sie Maßnahmen zur Reduzierung der gesundheitlichen Einschränkungen

setzen. Das hat es eben gegeben und da hat sich herausgestellt, dass das vollkommen zahnlos ist.

2. Die Festlegung von Grenzwerten. Was sind Qualzuchtmerkmale? Da haben Tierärzte auch eine Datenbank angelegt, diese soll geprüft werden.
3. Die Einrichtung einer unabhängigen Expertenkommission im Ministerium, damit eben dieses Verbot dann auch kontrolliert und vollzogen werden kann.

Ich bitte um Annahme (Appl.).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Qualzucht, vor allem bei Hunden aber auch bei Katzen und Kleintieren, ist seit Jahrzehnten ein Problem, doch seitens der Politik, seitens des Gesetzgebers, passiert viel zu wenig. Der aktuelle Fall von Tierquälerei, Qualzucht und Hunde-Abnahme im Bezirk Weiz sind Anlass für Tierschutzstadträtin Claudia Schönbacher und uns, auf dieses ungelöste Problem den Scheinwerfer zu richten. Anfang April sind eben in der Südoststeiermark 13 amerikanische Bulldoggen ihrem Besitzer abgenommen worden, die im Keller unter miesesten Bedingungen gehalten wurden und mit denen Qualzucht betrieben wurde. Sie hatten viel zu große Köpfe, die Hündinnen können nicht einmal auf natürlichem Weg Welpen zur Welt bringen. Der zuständige Amtstierarzt forderte wie viele andere auch, die mit diesem Thema seit Jahren beschäftigt sind, dass endlich gehandelt wird. de facto ist Qualzucht in Österreich zwar verboten, jedoch sind die Maßnahmen vollkommen zahnlos und sie haben auch keinerlei Erfolg gebracht. Laut österreichischem Tierschutzgesetz ist es nicht erlaubt, Qualzuchtungen vorzunehmen oder Tiere mit Qualzuchtmerkmalen zu importieren, zu erwerben, zu vermitteln, weiterzugeben, auszustellen oder zu bewerben bzw. in der Werbung abzubilden. Dennoch sind Qualzuchten allgegenwärtig. Qualzucht bezeichnet das bewusste Verpaaren zweier Tiere mit ganz bestimmten Merkmalen, deren Nachkommen aufgrund der Ausprägung dieser Merkmale Schmerzen, Leiden, Schäden oder Angst erleiden werden. Typische Rassen sind der

Chihuahua mit den hervortretenden Augäpfeln, französische und englische Bulldoggen und der Mops, aber auch die Perserkatze, mit viel zu kurzer Schnauze. Diese Tiere leiden ein Leben lang an Atemnot, Erstickungsanfällen beim Schlafen, Problemen beim Fressen. Kurzbeinigkeit, gekrümmte Beine, Hüftfehlstellungen, viele Hautfalten, die zu Entzündungen führen wie beim Sharpei oder komplett fehlendes Fell wie beim chinesischen Nackthund oder der Nacktkatze sind eine Qual für diese Tiere.

2021 haben die Tierschutz-Ombudsleute Österreichs eine Stellungnahme formuliert und dringende Änderungen gefordert. 2021 ist auch ein Heimtierparket von der Bundesregierung beschlossen worden. Jedoch ist bis jetzt, 2023, nichts die Qualzucht betreffend umgesetzt worden!

Um das Verbot in Österreich tatsächlich zu gewährleisten, sind nach Meinung der Experten folgende drei Punkte essenziell.

Namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs ergeht daher nachfolgender

dringlicher Antrag:

Der Bundesgesetzgeber wird am Petitionswege aufgefordert, die Gesetzgebung dahingehend zu ändern, dass sie folgende Punkte umfasst:

- 1. Die umgehende Streichung des Absatz 17 in § 44 TSchG, der Züchter ohne jegliche zeitliche Beschränkung die Möglichkeit gibt, weiter mit von Qualzucht betroffenen Tierrassen zu züchten – sofern sie dokumentieren, dass sie Maßnahmen zur Reduzierung der gesundheitlichen Einschränkungen setzen.*
- 2. Die Festlegung von Grenzwerten, die klar definieren, ab welcher Ausprägung ein bestimmtes Merkmal als Qualzucht einzustufen ist und so den einheitlichen Vollzug des Verbots ermöglichen. Dazu soll die Nutzung der Datenbank <https://qualzucht-datenbank.eu/> geprüft werden.*
- 3. Die Einrichtung einer unabhängigen Expertenkommission im für Tierschutz zuständigen Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, welche als Kontrollstelle sämtliche Zuchtvorhaben und*

Zuchtvorgaben im Hinblick auf das geltende Verbot der Qualzucht zu überprüfen und freizugeben hat.

GRⁱⁿ Katzensteiner:

Ich danke der Frau Kollegin Schleicher für diesen wichtigen Antrag. Sie hat die Probleme, die sich eben hier ergeben, eh schon angesprochen. Die Tiere leiden eben unter massiven gesundheitlichen Beeinträchtigungen durch diese Züchtungen, führt natürlich auch zu chronischen Erkrankungen, es sind ständige Behandlungen notwendig, führt auch zu hohen Tierarztkosten für die Besitzer. Das ist eigentlich heutzutage nicht mehr zeitgemäß. Wichtig in dem Zusammenhang bezüglich gesetzlicher Einschränkungen sind natürlich dann immer auch Kontrollen, dass hier geschaut wird, dass das auch eingehalten wird. Hier möchte ich auch ein Danke an das Veterinäramt aussprechen, das ja bei der umstrittenen Hunderassenschau sehr genau hingeschaut hat, sodass diese dann jetzt zum Glück nicht mehr in Graz stattfindet. Ein weiterer Aspekt wäre natürlich auch Qualzucht bei Nutztieren. Das gibt es ja nicht nur bei Haustieren, sondern eben auch bei den sogenannten Nutztieren, wo Kühe zum Beispiel darauf gezüchtet werden, möglichst viel Milch zu geben, die Masthühner darauf gezüchtet werden, eine möglichst schnelle Schlachtreife zu erhalten, was halt auch zu massiven Beeinträchtigungen, Schmerzen und teilweise auch zu Bewegungsunfähigkeit dieser Tiere führt. Da gäbe es natürlich auch noch viel zu tun. Nichtsdestotrotz freue ich mich jetzt aber über diesen Antrag und werde dem auch gerne zustimmen. Dankeschön (*Appl.*).

GRⁱⁿ Slama:

Passt, machen wir das gleich, dann ziehen wir das nicht in die Länge. Liebe alle, liebe Durchhaltende im Livestream. Grundsätzlich einmal, ich glaube, zum Thema Qualzucht haben wir jetzt schon ganz viel schon gehört. Ich glaube, dass auch vor allem in meiner Generation die meisten das von irgendwelchen TikTok-Trends auch schon kennen,

wenn dann Hunde gezeigt werden, die aufrecht schlafen müssen, weil sie keine Luft bekommen, die durchgehend röcheln, die kürzere Lebenserwartungen haben. Also ich glaube, die Beispiele kennen wir alle, die Rassen kennen wir alle. Wieso ist noch nichts passiert? Das wurde eh schon erwähnt, es wurde 2021 vom Nationalrat ein Paket dazu beschlossen, es ist noch nichts passiert. Also ich kann einmal weitergehen, es gibt eine quasi fertige Novelle, da sind all diese gewünschten Punkte im Antrag drinnen, also sowohl diese Streichung von § 44/17, das Expertengremium und die Grenzwerte, und noch mehr, zum Beispiel eine Nachschärfung beim Ausstellungsverbot von Tieren mit Qualzuchtmerkmalen. Und grundsätzlich, was dauert hier quasi noch so lange, also at this point warten wir eigentlich nur noch auf die Zustimmung der ÖVP, genau deswegen denke ich mir auch, ist das super und wichtig, wenn man genau so einen Antrag bringt und einfach ein bisschen erinnert, auch ein bisschen zeigt, das ist wichtig, wir haben hier einen Fokus drauf und es muss bald etwas passieren. Also ich glaube, man hat es eh schon ein bisschen herausgehört, aber Zustimmung auch von unserer Seite. Danke (*Appl.*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GRⁱⁿ Mag.^a **Schleicher:**

Vielen Dank, das ist wirklich erfreulich, auch für die Tiere. Danke auch für den Hinweis an die Nutztiere, diese Meinung kann ich nur teilen. Und dann bitte ich die ÖVP-Mitglieder, ihre Nationalratsabgeordneten etwas an diese wichtige Sache zu erinnern. Danke (*Appl.*).

Der Dringlichkeitsantrag wurde einstimmig angenommen.

Bgm.ⁱⁿ **Kahr**:

Wir kommen zum vorletzten dringlichen Antrag, eingebracht von Frau Gemeinderätin Sabine Reininghaus: Ausbau der Fahrradabstellplätze im Umkreis der Universitäten und Fachhochschulen.

**10.10 Ausbau der Fahrradabstellplätze im Umkreis der Universitäten und Fachhochschulen
(GRⁱⁿ Sabine Reininghaus, Neos)**

GRⁱⁿ **Reininghaus**:

Vielen Dank, geschätzte Frau Bürgermeisterin, Sie haben das Thema jetzt genannt, da kann ich gleich direkt einsteigen. Der Grazer Gemeinderat hat ja in seiner Sitzung am 24. März 2022 mehrheitlich den Grundsatzbeschluss zum „Masterplan Radoffensive 2030“ angenommen. Ziel der Offensive ist es, das Radfahren in der Stadt komfortabler und attraktiver zu gestalten, um so die Wahl des Verkehrsmittels bewusster in Richtung smarte Mobilität zu lenken. Wir haben heute schon mehrmals darüber gesprochen. Aus diesem Anlass verpflichtet die Stadt Graz beispielsweise im Mobilitätsvertrag zum Bebauungsplan 07.29.0 zur Liebenauer Tangente – Lortzinggasse – Dr. Lister Gasse, wir haben heute darüber mehrheitlich abgestimmt, also angenommen, verpflichtet also die Projektwerberin unter dem Vertragspunkt Maßnahmenpaket Radverkehr auch dazu, Fahrradabstellplätze so zu planen und durchzuführen, dass sie einfach erreichbar, dass die überdacht, also witterungsgeschützt sind, ein felgenschonendes Abstellen möglich machen und Ansperrern des Fahrradrahmens geeignet sind. Leider entsprechen die vorhandenen Fahrradabstellplätze an vielen Grazer Universitäten und Fachhochschulen diesen Vorgaben keineswegs. Ein Umstand, der eigentlich relativ einfach und gerade jetzt zu Beginn der Fahrradsaison dringlich behoben werden müsste, will sich die Stadt Graz ernsthaft als Universitäts- und Fahrradhauptstadt einen Namen machen. Hier braucht es zur Zielerreichung auch Fahrrad-Parksysteme, die ein geordnetes, trockenes, diebstahlgesichertes und beschädigungsfreies Abstellen von Fahrrädern ermöglichen.

Und darum stelle ich gemäß § 18 der Geschäftsordnung des Grazer Gemeinderats folgenden

dringlichen Antrag:

- Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen den Bedarf an überdachten und beleuchteten Fahrradabstellplätzen im Umkreis der Grazer Universitäten und Fachhochschulen prüfen, die auch über standsichere und felgenschonende Ständersysteme verfügen, zum Ansperrren der Fahrradrahmen geeignet und mit Werkzeug für kleinere Reparaturen ausgestattet sind.
- Über das Ergebnis der Prüfung ist dem Grazer Gemeinderat bis zu seiner Sitzung am 6. Juli 2023 zu berichten.

Ich freue mich, wenn Sie diesen dringlichen Antrag annehmen. Dankeschön (*Appl.*).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Der Grazer Gemeinderat hat in seiner Sitzung vom 24. März 2022 mehrheitlich den Grundsatzbeschluss zur „Masterplan Radoffensive 2030“¹ angenommen. Ziel der Offensive ist es, das Radfahren in der Stadt komfortabler und attraktiver zu gestalten, um so die Wahl des Verkehrsmittels bewusster in Richtung smarte Mobilität zu lenken. Mit diesem Grundsatzbeschluss wurde im vergangenen Jahr zweifelsohne ein wichtiger Schritt hin zur klimafitten Stadtentwicklung gesetzt, wobei es jetzt gilt, die geplanten Maßnahmen rasch und möglichst parallel zum Ausbau des öffentlichen Verkehrs umzusetzen. Aus diesem Anlass verpflichtet die Stadt Graz beispielsweise im Mobilitätsvertrag zum Bebauungsplan 07.29.0 zur „Liebenauer Tangente – Lortzinggasse – Dr. Lister Gasse“ die Projektwerberin unter dem Vertragspunkt

¹ GZ: A10/BD-048094/2020/0009 und A10/8-048914/2020/0007

„Maßnahmenpaket Radverkehr“², Fahrradabstellplätze so zu planen und auszuführen, dass sie einfach erreichbar und überdacht (witterungsgeschützt) sind, ein standsicheres felgenschonendes Abstellen möglich ist und zum Ansperrern des Fahrradrahmens geeignet sind. Leider entsprechen die vorhandenen Fahrradabstellplätze an vielen Grazer Universitäten und Fachhochschulen diesen Vorgaben keineswegs. Ein Umstand der relativ einfach und gerade jetzt zu Beginn der Radsaison dringlich behoben werden müsste, will sich die Stadt Graz ernsthaft als Universitäts- und Fahrradhauptstadt einen Namen machen und die Reduktion des MIV1-Anteils durch die Attraktivierung des Radverkehrs vorantreiben. Hier braucht es zur Zielerreichung Fahrrad-Parksysteme, die ein geordnetes, trockenes, diebstahlgesichertes und beschädigungsfreies Abstellen von Fahrrädern ermöglichen.

Daher stelle ich gemäß § 18 der Geschäftsordnung des Grazer Gemeinderats, folgenden

dringlichen Antrag:

- Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen den Bedarf an überdachten und beleuchteten Fahrradabstellplätzen im Umkreis der Grazer Universitäten und Fachhochschulen prüfen, die auch über standsichere und felgenschonende Ständersysteme verfügen, zum Ansperrern der Fahrradrahmen geeignet und mit Werkzeug für kleinere Reparaturen ausgestattet sind.*
- Über das Ergebnis der Prüfung ist dem Grazer Gemeinderat bis zu seiner Sitzung am 6. Juli 2023 zu berichten.*

² Z: A10_8_034924_2021_0001

GR Günter **Wagner**:

Hoher Gemeinderat, liebe Antragstellerin. Erst einmal herzlichen Dank für diesen dringlichen Antrag, das Thema ist wahrlich dringlich. Eineinhalb Jahre, die Grünen in der Stadtregierung, Fahrradfans ihres Zeichens, trotz alledem schauen die Fahrradabstellplätze in Graz noch so aus (*zeigt ein Foto eines Fahrradabstellplatzes*), ich glaube, wir kennen sie alle, laden jetzt nicht unbedingt ein, dass man dort ein zeitgemäßes Fahrrad abstellt. Der Fahrradverkehr spielt in Graz bereits eine große Rolle, soll zukünftig eine größere Rolle spielen, und es sollen ja Autofahrer dazu bewegt werden, ihren Weg in die Arbeit mit dem Fahrrad zu finden. Meist, wenn ich das Auto dann eintausche und mir ein Rad kaufe, ist das heute ja nicht mehr irgendein Gerät, sondern meistens schon ein hochtechnisches Gerät, elektrisch oder normal betrieben, kostet also oft schon mehre tausende Euro. Das heißt, ich will das nicht nur überdacht abstellen, sondern vielleicht auch sicher abstellen, vielleicht möchte ich auch eine Lademöglichkeit vorfinden, um den Akku wieder aufzuladen, und das betrifft eben auch nicht nur die Universitäten und Schulen, sondern es betrifft auch den kompletten innerstädtischen Bereich, weil es gibt auch in Graz durchaus Menschen, die hier arbeiten und gerne in die Stadt mit dem Rad in die Arbeit fahren. Nur wohin dann damit? Ich kann es schwer, auch wenn es die Firma erlaubt, so ein E-Bike mit 25 Kilo in den dritten Stock mit ins Büro nehmen. Somit müssen wir hier Alternativen finden, und eine Alternative wären zum Beispiel sogenannte Fahrradabstellboxen. In Kempten im Allgäu kommen die schon zum Einsatz. Da kann man wie in einem Spind sein Fahrrad und das ganze Zubehör wie Fahrradhelm einsperren, man kann sein Rad dort vielleicht sogar schon aufladen. Und ich glaube, das sind durchaus Denkansätze, die man hier miteinpfelegen sollte. Und zu diesem Antrag, den du eben gestellt hast, der sehr gut ist und für den ich eben, wie gesagt, auch dankbar bin und diesen gerne annehme, würde ich gerne folgenden

Zusatzantrag

stellen:

- 1.) Die zuständige Stelle im Magistrat der Stadt Graz möge prüfen, an welchen Standorten in bestehenden Fußgängerzonen beziehungsweise auf Plätzen eine Errichtung von Fahrrad-Abstellanlagen laut Motivenbericht möglich ist.
- 2.) Über das Ergebnis der Prüfung ist dem Grazer Gemeinderat bis zur Sitzung am 6. Juli 2023 zu berichten.

Ich bitte um Annahme. Danke.

Originaltext des Zusatzantrages:

Der Radverkehr spielt eine große Rolle in unserer Stadt. Die Radwege werden ständig ausgebaut. Kurze, direkte Wege, wenige Kreuzungen und Ampeln. Diese Maßnahmen machen das Fahrradfahren zunehmend attraktiv.

Aber wohin dann mit dem Fahrrad? Der klassische Fahrradständer hat ausgedient. Die Fahrräder werden immer hochwertiger und sind auch immer öfter elektrisch angetrieben. Diese möchte man ungern bei Wind und Wetter im Freien stehen lassen. Auch Diebstahl ist ein großes Thema. So wurde die Stadt Graz in der „Woche“ vom 9. April 2021 mit dem wenig ruhmvollen Titel „Diebstahl-Hauptstadt“ betitelt. Im Jahr 2020 wurden 999 Fahrräder in Graz gestohlen.

Fahrrad-Abstellboxen, wie sie zum Beispiel auch in Kempten (Allgäu) aufgestellt sind, können hier gleich mehrere Probleme lösen. Dort haben Radfahrer verschiedene Möglichkeiten, ihr Fahrrad abzustellen. Überdacht an Metallbügeln oder versperrt in einem Schließfach, wo es neben einem Stromanschluss für E-Bikes auch genügend Platz für den Helm gibt. Auch eine Reparatursäule kann integriert werden sowie die Möglichkeit, elektrische Rollstühle aufzuladen.

Es ist an der Zeit, auch in Graz zeitgemäße, sichere und multifunktionale Abstellmöglichkeiten zu bieten. Dies wäre ein weiterer Anreiz für die Grazer, auf das Fahrrad umzusteigen.

Daher stelle ich den

Zusatzantrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

- 1.) *Die zuständige Stelle im Magistrat der Stadt Graz möge prüfen, an welchen Standorten in bestehenden Fußgängerzonen beziehungsweise auf Plätzen eine Errichtung von Fahrrad-Abstellanlagen laut Motivenbericht möglich ist.*
- 2.) *Über das Ergebnis der Prüfung ist dem Grazer Gemeinderat bis zur Sitzung am 6. Juli 2023 zu berichten.*

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR DI Topf:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, liebe Antragstellerin. Ich möchte einfach in einem Zusatzantrag noch einmal zurückgreifen auf den dringlichen Antrag unserer Klubobfrau vom 19.5.2022, wo insbesondere auch das, was der Kollege Wagner hier angeschnitten hat, auch noch einmal sozusagen gefordert wurde, nämlich dass überdachte und überwachte Fahrradstationen, insbesondere auch im innerstädtischen Bereich, angedacht werden sollen. Das ist also ein Teil dieses seinerzeitigen dringlichen Antrages vom 19.5.2022 gewesen. Daher stelle ich jetzt einen

Zusatzantrag

zu diesem durchaus dringlichen Antrag, nämlich:

Im Zuge der beantragten Prüfung, das ist ja der Inhalt des dringlichen Antrages, mögen auch die im dringlichen Antrag, ich habe ihn schon zitiert, vom 19.5.2022 dargelegten Modelle des innovativen Fahrradparkens, damit meine ich zum Beispiel diese

überdachten Fahrradgaragen, sowie Möglichkeiten zum Abstellen von Lastenfahrrädern, das scheint mir ein bisschen ein Problem zu sein, ohne Beeinträchtigung anderer Verkehrsteilnehmer mitberücksichtigt werden. Also ich denke auch, dass wir insgesamt im Konzept auch die durchaus Platz brauchenden Lastenfahrräder mitberücksichtigen sollte. Ich bitte um Annahme dieses Zusatzantrages (*Appl.*).

Originaltext des Zusatzantrages:

Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich zum angeführten dringlichen Antrag den

Zusatzantrag:

Im Zuge der beantragten Prüfung mögen auch die im dringlichen Antrag vom 19.5.2022 dargelegten Modelle des innovativen Fahrradparkens sowie Möglichkeiten zum Abstellen von Lastenfahrrädern ohne Beeinträchtigung anderer Verkehrsteilnehmer mitberücksichtigt werden.

GRⁱⁿ Slama:

Hi, da bin ich schon wieder. Noch einmal hallo an alle, hallo an die zwei bis drei Leute, die es sich immer noch antun hier. Sabine, ehrlicherweise als Studierende und als ehemalige ÖH-Mandatarin hast du mich mit diesem Thema wirklich doppelt. Also man muss schon sagen, über die Dringlichkeit waren wir uns eh alle einig. Räder sind das Hauptfortbewegungsmittel auf der Uni. Studierende haben teilweise aus Geldmangel, teilweise einfach für die Freiheit als Hauptfortbewegungsmittel eigentlich das Fahrrad. Deswegen, wenn man die KF, meine Heimatuni, als Beispiel nimmt, dort gibt es jetzt seit gut einem Jahr, eineinhalb Jahren neue Abstellplätze mit Reparaturstationen, basierend damals auf sehr vielen Ansuchen der ÖH-Vorsitzenden, der Sarah Rossmann von der GRAS, auch involviert waren da nämlich die JUNOS, vielleicht kommt es dir eh

schon bekannt vor, die sind überdacht und beleuchtet. Also denke ich mir einmal, ihr könnt euch vorstellen, welche Fahrradständer als erstes besetzt sind, weil, egal wo am Campus ich hinmuss, am liebsten habe ich natürlich, dass ich auch im Regen dann zu einem trockenen Rad komme und dass ich im Dunklen nicht meinen Schlüssel fünfmal fallen lasse, sondern sofort finde. Also da ist schon einmal eine erste Zusatzbitte zu diesem Antrag, und zwar mit den ÖHs zusammenarbeiten, weil die haben da schon großteils sehr viel Arbeit hineingesteckt und wissen sehr genau, welche Fahrradständer gut genutzt werden, welche nicht so gut genutzt werden, wo Standorte noch fällig wären und wo nicht. Und der zweite Zusatz wäre dann auch, dass man über diese Aufwertung von schon bestehenden Fahrradständern nachdenken kann. Und wenn ich schon beim Zusatz bin, mache ich gleich weiter mit dem Zusatzantrag vom Herrn Kollegen Topf, wo ich ehrlicherweise sagen muss, der Inhalt ist halt im Originalantrag mit Eigenbegriffen, also genau dieses Überdachte, Beleuchtete, Sichere, ist ja der Sinn dieses Antrages. Außerdem kann ich versichern, das passiert ja so oder so, vor allem dieses innovative Fahrradabstellen, das wird ja durchgehend geprüft eigentlich und geschaut, wo was am besten ist. Und dann haben wir auch schon den Abänderer, ich glaube ...

*Zwischenruf GR Günter **Wagner**: Das ist ein Zusatzantrag, ich habe das noch nachträglich geändert.*

GRⁱⁿ Slama:

Ach so, Entschuldigung, ich habe es noch als Abänderer bekommen. Als Zusatzantrag, ok. Die Geschichte ist nämlich, ich habe mir vorhin nämlich ein bisschen angeschaut, wie viele Fußgängerzonen anliegend sind an Unis, und die Antwort ist, keine. Also keiner Uni wäre damit geholfen, aber als Zusatzantrag, ok, macht für mich ein bisschen mehr Sinn ehrlicherweise. Deswegen, Sabine, auf jeden Fall, wir sind an Bord (*Appl.*).

GRⁱⁿ Kreiner:

Sehr geehrte Stadtregierung, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuseherinnen und Zuseher. Es ist wichtig, viele verschiedene Dimensionen der heutigen Fahrräder mitzudenken. Sicheres und wetterfestes Abstellen vom Kinderfahrrad bis zum Lastenrad, welche wegen der besonderen Größe auch Beachtung benötigen, sollten sinnvoll geplant umgesetzt werden. Derzeit behelfen sich viele Radfahrerinnen und Radfahrer, indem sie Wände, Zäune und Verkehrsschilder zum Abstellen des Fahrrades benutzen. Ein Mangel an Abstellplätzen ist leider in ganz Graz sichtbar, so stehen Fahrräder auch dort, wo eigentlich kein Platz für Fahrräder vorgesehen ist. Umso mehr gilt es hier ein Augenmerk zu legen und innovatives Fahrradparken mitzudenken, ohne dabei andere Verkehrsteilnehmer zu behindern und auch auf Anrainerinnen und Anrainer Rücksicht zu nehmen. Ich fahre selbst sehr viel mit dem Fahrrad und sehe in Graz, wo überall Bedarf an Abstellplätzen herrscht, vor allem aber, dass viele vorhandene Abstellplätze mit sogenannten „Fahrradleichen“ besetzt sind, welche schnell und leicht entfernt werden könnten, um eben Platz zu schaffen. Sichere und ausreichende Fahrradabstellplätze sind ein wichtiger Punkt, um die Radoffensive voranzutreiben. Wir würden uns sehr freuen, wenn bei der Bedarfserhebung auch gleich alternative, innovative Abstellplätze mitgedacht und berücksichtigt werden und auch die multifunktionalen Abstellmöglichkeiten begrüßen wir ebenfalls. Danke an die Antragstellerin für diesen dringlichen Antrag, dem wir gerne zustimmen werden. Danke (*Appl.*).

GRⁱⁿ Robosch:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Sabine, vielen Dank für diesen Antrag. Ich wollte nur ganz kurz sagen, natürlich haben wir in unserer Stadt noch zu wenig Fahrradabstellplätze, und ich glaube, die Priorität ist gar nicht, darüber zu diskutieren, brauchen wir jetzt Boxen, wie sicher sind die, wie schauen die aus? Ich glaube, die Priorität muss sein, in einer Fahrradstadt und auch in eine Studierendenstadt so viele Fahrradabstellplätze und so gute Fahrradabstellplätze zu haben, dass wirklich sehr

viele Leute umsteigen und dass auch sehr viele Leute ihr Rad überall mithinnehmen können, wo sie sich gerade in der Stadt bewegen. Das sollte unser Ziel sein, das ist unsere Ambition auch in dieser Koalition, deswegen unterstützen wir gerne diesen Antrag. Und wir sehen auch das als quasi Auftrag, das zu prüfen und das auch in einer kontinuierlichen Art und Weise zu prüfen, dass man sagt, nicht nur jetzt prüfen wir das an diesen Standorten, sondern das auch immer wieder zu prüfen und immer wieder als unseren Auftrag zu sehen, das flächendeckend auszuweiten. Deswegen danke, und wir unterstützen das (*Appl.*).

KO GR Dreisiebner:

Lieber Kollege Wagner, tut mir leid, uns ist ein Abänderungsantrag zugestellt worden von der Frau Rangger, sie hat es, glaube ich, ausgehändigt. Dass das mittlerweile ein Zusatzantrag ist, ist mir leider nicht bekannt.

*Zwischenruf GR Günter **Wagner** unverständlich.*

KO GR Dreisiebner:

Ich weiß nicht, ist bei uns in der Klubleitung etwas eingetroffen? Nein.

Bgm.ⁱⁿ Kahr:

Nur, damit wir uns alle auskennen. Zusatzantrag vom Herrn Gemeinderat Topf ist klar, der Herr Gemeinderat Wagner, das war ursprünglich ein Abänderungsantrag, ist aber ein Zusatzantrag geworden. Vom Text her ist er gleich geblieben. Aber nachdem es sowieso sozusagen um zwei Bereiche geht, was ja nichts schmälert sozusagen inhaltlich, dass man das auch weiterhin, die Verkehrsplanung, im Auge hat, das hat die Gemeinderätin Anna Robosch auch gesagt. Ich möchte das nur anmerken, das ist

deswegen keine Ablehnung. Aber wir kommen jetzt, wenn es keine weiteren Wortmeldungen gibt, zum Schlusswort von Frau Gemeinderätin Sabine Reininghaus.

GRⁱⁿ Reininghaus:

Vielen Dank, es zeichnet sich eine breite Zustimmung ab. Das freut mich natürlich sehr, freut mich auch im Besonderen für die Studierenden. Und, liebe Anna, natürlich haben wir uns kurzgeschlossen mit den JUNOS, das sind die jungen Studierenden Neos. Wir waren erst kürzlich dort, haben alle Fahrradabstellplätze begutachtet, sage ich einmal, und dahingehend kann ich dich beruhigen. Ich mache es kurz, ich bedanke mich schon jetzt für die Zustimmung. Vielen Dank (*Appl.*).

Der Dringlichkeitsantrag wurde einstimmig angenommen.

Der Zusatzantrag (ÖVP) wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP, FPÖ und Lohr) abgelehnt.

Der Zusatzantrag (FPÖ) wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP, KFG, Neos, FPÖ und Lohr) abgelehnt.

10.11 Keine Verhandlungen mit Klimaklebern (GR Günter Wagner, FPÖ)

GR Günter Wagner:

Hoher Gemeinderat, werte Kolleginnen und Kollegen. Ich werde versuchen, mich möglichst kurz zu halten, denn es ist eh schon schade genug, dass wir uns über so ein Thema unterhalten müssen in diesem Haus. Gehen tut es eben darum, keine Verhandlungen mit sogenannten Klimaklebern oder Klimaaktivisten, Fanatiker würde ich fast dazu sagen, zu führen. Ich glaube, die letzten Wochen haben eh gezeigt, dass

diese Aktivisten mit zahllosen Aktionen nicht nur Grazer Bürgern die Zeit, sondern Unternehmen und deren Mitarbeiter auch Geld gekostet haben. Nicht zuletzt ist, glaube ich, den meisten bekannt das Posting vom Dr. Peter Panzenböck, der leider im Verkehr stehengeblieben ist, somit nicht zeitgerecht zu den Operationen kommen hat können, zum Glück sind diese Patienten eben noch nicht narkotisiert gewesen. Das sagt ja eigentlich nur, dass diesen Fanatikern das komplett egal ist, wie es anderen Menschen damit geht und somit ihren Willen mit Zwang durchsetzen wollen. Und ich glaube, wenn wir diese Tür öffnen, wenn wir mit solchen Taktiken damit entgegnen, dass wir dem nachkommen, dann ist das erst der Anfang. Man hat eh gesehen, es gibt auch schon Nachahmungstäter, zum Glück sind die weniger erfolgreich, die picken sich mit einer Handcreme auf einen Fahrradstreifen (*Gelächter im Saal*).

Nicht auszudenken, es kommen dann ein paar auf die Idee, dass sie sich auf die Liebenauer Tangente picken, um das zweite Stadion zu realisieren, oder gar die nächsten dann sich irgendwo auf die Liebenauer Hauptstraßen picken, um ein Grillverbot zu erwirken. Ich glaube, das ist eine Büchse der Pandora, die wir nicht öffnen müssen und nicht öffnen sollen und deswegen ganz kurz und knapp:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Stadtregierung wird aufgefordert, jegliche Verhandlung, Zusammenarbeit oder Solidarisierung mit den sogenannten Klimaklebern sowie der Organisation „Letzte Generation“ zu unterlassen.

Ich bitte um Annahme (*Appl.*).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Seit Wochen stehen die sogenannten Klimaaktivisten mit ihren Aktionen unzähligen hart arbeitenden Grazern ihre wertvolle Zeit. Damit versuchen sie auf Kosten der Allgemeinheit Verhandlungen mit der Stadtregierung und letztendlich die Unterstützung ihrer Forderungen zu erzwingen. Unabhängig davon, was von diesen Forderungen zu halten ist, sollte jeder den gefährlichen Präzedenzfall erkennen, den ein Entgegenkommen offizieller Vertreter der Stadt Graz darstellen würde. Führen solche

Erpressungstaktiken zum Erfolg, werden zukünftig auch andere skrupellose Gruppierungen solche Strategien anwenden.

Namens des freiheitlichen Gemeinderates Günter Wagner ergeht daher nachfolgender

dringlicher Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Stadtregierung wird aufgefordert, jegliche Verhandlung, Zusammenarbeit oder Solidarisierung mit den sogenannten Klimaklebern sowie der Organisation „Letzte Generation“ zu unterlassen.

GR Mag. **Winter:**

Hoher Gemeinderat, werte Stadtregierung. Danke Günter, bis zu einem gewissen Grad natürlich (*Gelächter im Saal*).

Das große Problem, glaube ich, ist, dass die Situation zu ernst ist, dass man eigentlich Scherze darüber machen könnte. Wir erleben eine aggressive Minderheit, die die große Mehrheit der Grazer Bürger tyrannisiert mit ihren asozialen Protestformen, die teilweise bewusst die Gefährdung von Menschen in Kauf nimmt und die teilweise auch bewusst die Einsatzkräfte daran hindert, dass, wenn gefährliche Situationen passieren, auch die Einsatzkräfte schnellstmöglich an den Einsatzort kommen. Das ist zu ernst, dass man in Wirklichkeit über solche Dinge Scherze machen darf. Die große Frage ist, was würde so ein Beschluss wirklich bringen? Eine rechtliche Bindungswirkung, dass der Gemeinderat jetzt irgendjemanden aus der Stadtregierung auffordern kann, mit jemandem ein Gespräch nicht zu führen, diese rechtliche Bindungswirkung wird so ein Beschluss leider nicht haben. Die Tendenz, die du hast in dem Antrag, ist aber mit Sicherheit richtig. Ich glaube, man räumt diesen Klimagauklern mit Sicherheit eine viel zu große Bühne ein, wenn man mit ihnen Verhandlungen führt und auch noch in den Medien über diese Verhandlungen berichtet wird. Ich glaube, das ist ein bisschen so, als wenn die Irren das Haus übernommen hätten. Die Irren in einem Haus, nämlich in

einem Irrenhaus, sollten die Minderheit bleiben und sollten keine Bühne erlangen. Ich glaube, in dem Punkt sind wir uns zumindest einig. Für den Fall, dass die Dringlichkeit angenommen wird, würden wir aber durchaus noch einen Schritt weiter gehen, daher der Zusatzantrag, Angleichung an die deutsche Rechtslage, die bestehende, nämlich an das Deutsche Strafgesetzbuch. In dem Falle, dass Klimakleber bewusst Handlungen setzen und hier auch einen gefährlichen Eingriff in den Straßenverkehr vornehmen und für diese Straßenblockaden verantwortlich sind, soll das im Strafgesetz verankert werden. Wir brauchen robuste, wir brauchen kräftige rechtliche Mittel, um langfristig gegen diese Chaoten vorzugehen und ich hoffe, in diesem Punkt sind wir uns einig (Appl.).

Originaltext des Zusatzantrages:

Namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs stelle ich den

Zusatzantrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen:

Der Bundesgesetzgeber wird am Petitionswege aufgefordert, ein Gesetz zu erlassen, das – angelehnt an §315b Deutsches Strafgesetzbuch – ermöglicht, Klimakleber für ihre bewusst gesetzten Handlungen auch strafgesetzlich zu belangen, wenn diese gefährliche Eingriffe in den Straßenverkehr vornehmen oder für Straßenblockaden verantwortlich sind.

GR Brandstätter:

Sehr geehrte Damen und Herren, ich werde versuchen, zu dem Thema zu reden, ohne despektierlich gegenüber Menschen, die wahrscheinlich aus ihrer Sicht das Richtige tun, zu sein, möchte aber trotzdem sagen, und ich habe es schon einmal gesagt, aber ich halte es für sehr wesentlich, ich glaube, dass alle, die für Klimaschutz sind, und ich

zähle mich da wirklich dazu und meine das sehr ernst, müssen sich dagegen wehren, dass Organisationen wie die Letzte Generation in der medialen Aufbereitung als diejenigen wahrgenommen werden, die sich dem Thema Klimaschutz am stärksten verschreiben. Weil was wäre die Konsequenz? Die Menschen, die wir noch überzeugen müssen, dass Klimaschutz notwendig ist, die werden wir nicht erreichen mit radikalen Protestformen, diese Menschen werden wir auch nicht erreichen, indem wir uns auf Straßen festkleben, wir werden sie erst recht nicht erreichen, wenn dann tatsächlich schwerwiegende Konsequenzen, in dem Fall ist es schwerwiegend, wenn Menschenleben in Gefahr sind, wenn die Gesundheit von Menschen in Gefahr ist. Da werden wir keine Überzeugungsarbeit leisten im positiven Sinn; und wenn dann solche Gruppierungen erpresserisch auftreten, und das ist erpresserisch, wenn ich sage, ich nehme Methoden weiterhin wahr, wenn ihr nicht das tut, was ich von euch fordere, und diese Methoden aber außerhalb dessen liegen, was der Rechtsstaat zulässt, dann, glaube ich, ist es wirklich wichtig, und ich möchte das ganz frei von Ideologie als Appell an die Stadtregierung richten, mit Menschen die erpresserisch vorgehen, keine Verhandlungen zu führen, sondern sie zuerst einmal wieder auf den Boden des Rechtsstaates zurückzubringen. Und danach, glaube ich, gibt es viele Gruppen, denen man viel mehr Platz und Zeit in solchen Gesprächen einräumen könnte, insbesondere denjenigen Gruppen, die das auch erkannt haben. Friday for Future äußert sich recht kritisch zu den Auftritten der Letzten Generation, die Grünen in Deutschland haben es durchaus auch schon verstanden und sind auch nicht der Meinung, dass die Letzte Generation jetzt vielleicht der beste Fürsprecher für einen echten Klimaschutz und die Anliegen des Klimaschutzes sind. Und insofern, auch wenn ich nicht teile, dass diese Menschen automatisch, ich glaube, Kasperln wurden sie genannt oder andere Wörter, ich glaube, die wissen sich anders nicht mehr zu helfen und das ist schade, aber wir müssen ihnen auch zeigen, dass diese Art und Weise von uns nicht akzeptiert wird. Und ich glaube, wir senden ein falsches Zeichen, wenn wir da noch mehr Raum geben und insofern werden wir dem Hauptantrag und auch dem Zusatzantrag zustimmen, weil es tatsächlich aus unserer Sicht nicht akzeptabel ist in einem demokratischen

Rechtsstaat, wo jeder die Möglichkeit hat, sich auf demokratischem Weg einzubringen, solche Methoden zu forcieren. Danke (*Appl.*).

Bgm.ⁱⁿ Kahr:

Ich möchte nur persönlich anmerken, dass ich denke, dass wir uns hier alle doch einig sein sollten, dass wir dem Klimaschutz selbstverständlich uneingeschränkt Raum geben müssen. Ich glaube, da sind wir uns alle einig und insofern gibt es auch durchaus mit den Klimaklebern in dem, für was sie eintreten, natürlich Parallelen. Was uns aber unterscheidet, und das kann ich persönlich für mich auf jeden Fall auch ganz klar sagen, ist die Methode, und die lehne ich persönlich ab. Und das habe ich ihnen auch persönlich gesagt, und das ist auch nicht unwichtig, das auseinander zu halten. Man lässt sich nicht erpressen, aber ich bin ein Mensch, der auf Überzeugung setzt, das ist auch heute schon von jemandem gefallen, ich glaube, der Kollege Winter hat das gesagt. Und ich versuche selbst diejenigen letztendlich davon zu überzeugen, dass diese Methoden falsch sind, und das gilt generell für viele Bereiche im Leben, dass man jemanden, der etwas anders sieht, man trotzdem probiert zu überzeugen; wenn es nicht geht, ist es so, da gibt es eh klare Konsequenzen, wir leben in einem Rechtsstaat und die Betroffenen bezahlen ja auch diese Strafen. Aber noch einmal, der Klimaschutz selbst, das Anliegen, ich denke, da sind wir uns einig, dass das dringend notwendig ist und ich kann auch durchaus, das muss ich jetzt auch einmal so sagen, die Ungeduld natürlich vieler junger Menschen hier verstehen. Ich muss nur an mich selbst denken, ich bin auch älter und gelassener, aber trotzdem, wenn ich zurückdenke, mir ist immer alles viel zu langsam gegangen früher. Und insofern habe ich hier natürlich Verständnis, was die Eindringlichkeit betrifft vom Anliegen. Aber noch einmal, und man kann es ja ganz konkret auch sagen, wir haben ein Gespräch gehabt, meine Kollegin, die Vizebürgermeisterin und ich, mit ihnen und haben das auch genau in dieser Tonart und in dieser Weise auch gesagt. Und ich glaube, damit ist dieser Dringlichkeitsantrag eigentlich auch aus unserer Sicht nicht dringlich, weil wir das verstehen auseinander zu halten (*Appl.*).

GR Günter **Wagner**:

Dem eigenen Vernehmen nach, für das Richtige etwas zu tun und das Richtige tun, ich glaube, dazwischen liegen Welten. In dem Fall steht, glaube ich, ganz klar fest, da wird definitiv nicht das Richtige gemacht, da werden Menschenleben gefährdet, völlig bewusst. Jetzt haben wir gerade gehört, es hat bereits Verhandlungen und Gespräche gegeben. Das ist zwar nett, wenn Sie dazusagen, dass Sie, natürlich zum Glück und zu Recht, diese Methoden verurteilen, die andere Seite wird sein, jetzt haben sie es schon so weit gebracht, dass sie schon im Rathaus waren und bei Gesprächen waren. Was wird dann sein, wenn ihren Wünschen nicht entsprochen wird? Dann wird es genauso weitergehen, wie sie jetzt hierhergekommen sind, dementsprechend bitte ich trotzdem, dem dringlichen Antrag, so wie er ist, zuzustimmen. Danke (*Appl.*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP, KFG, FPÖ und Lohr) abgelehnt.

KO GR Mag. **Pascuttini: (zur Geschäftsordnung)**

Ganz kurz zum Antrag der Neos, zu dieser Diskussion. Dir ist richtigerweise aufgefallen, ob Abänderungsantrag oder Zusatzantrag ist egal, weil der Antrag an sich einen Formfehler gehabt hat, der an alle Klubs ausgeschickt worden ist, weil da steht „der freiheitliche Gemeinderatsklub“ drauf, dessen Rechtsnachfolger wir sind. Das bitte dann auch zu protokollieren, also der Antrag ist nicht von uns, ist auch nicht vom Rechtsnachfolger, hat dementsprechend diesen Formfehler. Ich war nicht da, danke, dass es dir aufgefallen ist. Ist auch Insofern wichtig, dass wir das festhalten (*Appl.*).

Ende Dringlichkeitsanträge: 22.37 Uhr.